Antifaschistisches info Blatt

Nr. 111 | Sommer 2016 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR

# NAZIS VERBIETEN?

## WIE ERFOLGREICH IST STAATLICHE VERBOTSPOLITIK

www.antifainfoblatt.de




## VERBOTSPOLITIK GEGEN DIE EXTREME RECHTE

Derzeit läuft am Bundesverfassungsgericht das Verbotsverfahren gegen die NPD. Das Ergebnis ist noch offen. Grundsätzlich stellt sich aus antifaschistischer Perspektive die Frage, was für und was gegen ein Verbot der NPD spricht.




## „GLÜCK AUF UND HEIL HITLER"

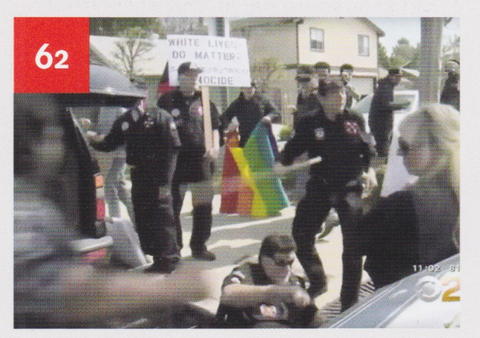
Der Umfang der Erkenntnisse über die Strukturen, die Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt nach ihrem Abtauchen in Chemnitz 1998 und bis zu ihrer Selbstenttarnung in Zwickau 2011 punktuell oder konstant nahe standen, gleicht einem „Fass ohne Boden".




Foto: Jakob Huber/Campact (CC BY-SA 2.0)

## MIGRATIONSPOLITIK DIE ÜBER LEICHEN GEHT

Die geplante militärische Zusammenarbeit der EU und der NATO mit der libyschen Küstenwache ist Ausdruck einer Migrationspolitik, die nur die Abwehr von Flüchtlingen im Sinn hat und dabei über Leichen geht.




## BLUE BY DAY, WHITE BY NIGHT

Bei einer Demonstration des rassistischen Ku-Klux-Klan in Anaheim im kalifornischen Orange County kam es zur Konfrontation mit Anwohner_innen und Antifaschist_innen, die sich den Klan-Mitgliedern spontan und entschlossen in den Weg stellten.

### TITEL


### NS-SZENE


### BRAUNZONE


### ANTIFA


### GESELLSCHAFT


### RASSISMUS


### GESCHICHTE


### REPRESSION


### INTERNATIONAL


### RUBRIKEN

# Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen,

Das Antifaschistische Infoblatt berichtet Zeit seines Bestehens über die NPD. In bisher jeder Ausgabe haben wir auf ihre Gefährlichkeit, ihre nationalsozialistische Wesensverwandtschaft und das menschenverachtende, oft brutale Agieren ihrer Mitglieder und AnhängerInnen hingewiesen. Nun ist erneut ein Verbotsverfahren gegen die Partei vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe angelaufen. Zuletzt wurde der Partei allerorten die zunehmende Bedeutungslosigkeit attestiert. Nicht nur das aktuelle Verbotsverfahren macht der Partei Druck. Es gelingt ihr ganz offensichtlich auch nicht, das derzeitige Aufleben einer rechten Bewegung für sich nutzen zu können. Im Abgesang der NPD wird jedoch zu oft vergessen, dass es ihr kontinuierliches Agieren war, das den Boden in vielen Teilen Deutschlands bereitet hat, auf dem AfD, PEGIDA und rechter Bürgermob ihre momentanen Erfolge feiern. Und noch immer bestimmen NPD, JN und ihre AnhängerInnen in vielen Regionen das politische Klima. Es herrscht dort ein Klima der Angst.

Auch wenn viele Antifaschist_innen staatlicher Verbotspolitik als Instrument zur Aufrechterhaltung politischer Ordnung skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen: Ein weiteres Bestehen der NPD kann sich niemand ernsthaft wünschen. Wir finden aber, es braucht eine kritische Reflektion staatlicher Verbotspolitik, und haben uns deshalb für den Schwerpunkt entschieden. Wir berichten vom aktuellen Stand des NPD-Verbotsverfahrens, analysieren den derzeitigen Zustand der Partei, betrachten die (Miss-)Erfolge staatlicher Verbotspolitik am Beispiel von „Blood & Honour" und geben Auskunft über die „Entstehung" der freiheitlich demokratischen Grundordnung fdGO, deren Schutz als wichtigstes Argument eines Parteienverbots gilt.

Wo die NPD momentan schwächelt steht eine andere Partei längst bereit. Auch der nationalpopulistischen Rechtspartei AfD widmen wir uns. So berichten wir im Artikel „Land in Blau" über ihren enormen Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt. Erst kürzlich hat der stellvertretende AfD-Sprecher Alexander Gauland mit seine Äußerungen über den Fußballer Jérôme Boateng sehr eindrücklich bewiesen, welchem Konzept von „Volkszugehörigkeit" die Führungsriege der AfD anhängt. Es ist vor allem der rechte Parteiflügel um Björn Höcke, der sein „geistiges Manna" beim „Institut für Staatspolitik" des Bewegungsunternehmers Götz Kubitschek erhält. Im Artikel „AfD und Neue Rechte" werden ihre Verbindungen und ihre geistige Nähe dargestellt.

Während die rechten Bewegungen und Parteien, überall in Europa, die herrschenden bürgerlichen Parteien für ihren Liberalismus attackieren, führen diese bereits aus, was von rechts seit jeher gefordert wird. Längst herrscht „Ein echter Krieg gegen Migranten", so einer unserer Artikel über die europäische Abschottungspolitik. Nicht zuletzt die jüngsten EU-Abkommen mit zahlreichen Despoten dieser Welt führen zwangsläufig zu einer verschärften „Migrationspolitik, die über Leichen geht".

In dieser und der kommenden Ausgabe beschäftigen wir uns auch mit dem NSU-Komplex. Eine zweiteilige Recherche beleuchtet das Umfeld in Zwickau, bei dem das Trio nach seinem Untertauchen Zuflucht fand. Die neuesten Erkenntnisse geben erneut Aufschluss über die wichtige Funktion von „Blood & Honour" im Netzwerk des Trios. Außerdem wird erneut deutlich, wie nah der Verfassungsschutz dem Trio über viele Jahre war.

Auch die Hooligan-Szene, die sich durch HoGeSa, PEGIDA und andere rechte Groß-Mobilisierungen stetig politisch nach rechts radikalisiert, werden wir im Blick behalten. Noch vor kurzem verfeindete Gruppierungen agieren geschlossen – Gemeinsamer Nenner: Nationalismus und Rassismus. Zuletzt zu beobachten war dies bei einem EM-Länderspiel des deutschen Teams in Unter den angereisten deutschen Fußballfans befanden sich auch 150 Hooligans, die u.a. Fans des ukrainischen Teams angriffen und zudem mit Hitler-Grüßen und dam Schwenken der Reichskriegsflagge auffielen. Im Speziellen waren es größere regionale Zusammenschlüsse, wie „Faust des Ostens" — die extrem rechte Ultra-Gruppe von „Dynamo Dresden" — und bundesweit organisierte Hooligans, die sich bei HoGeSa finden lassen.

Auf der letzten Redaktionssitzung erreichte uns die schockierende Nachricht vom Terrorangriff auf die LGBT-Community in Orlando, USA. Dort erschoss am 12. Juni ein Mann 49 Menschen, vermutlich aus Hass auf Homosexuelle. Aus demselben Grund musste Anfang Juni im russischen Sankt Petersburg der Journalist Dmitry Tsilikin sterben. Ein Neonazi hatte ihn erst mit seiner sexuellen Orientierung erpresst und später äußerst brutal erstochen. Wir gedenken den Opfern in Orlando und Sankt Petersburg, wie auch allen anderen Opfern rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. •

# Rechte Terrorplanungen in Frankreich ?

■ Anfang Juni 2016, kurz vor Beginn der Fußballeuropameisterschaft, wurde der 25-jährige Franzose Grégoire Moutaux vom ukrainischen Geheimdienst an der Grenze zu Polen festgenommen. Der Mann soll in Frankreich mehrere Anschläge geplant haben. Bei seiner Festnahme wurden rund 125 Kilogramm Sprengstoff, Waffen, sechs Kalaschnikows, drei Granatwerfer, rund 100 Zünder und 5.000 Schuss Munition gefunden. Das französische Nachrichtenportal „M6 Info" berichtete unter Berufung auf ukrainische Sicherheitsbehörden, der Mann habe einen extrem rechten Hintergrund und sowohl Moscheen als auch Synagogen in Frankreich im Visier gehabt. Offiziell teilte der ukrainische Geheimdienst hingegen mit, es seien „15 Anschläge" auf die Fußballeuropameisterschaft geplant gewesen. Das der Festgenommene jedoch die französische Regierungspolitik wegen eines angeblichen „massiven Zuzugs von Ausländern nach Frankreich, die Verbreitung des Islam und die Globalisierung" ablehne, wurde immerhin eingeräumt. Der Franzose sei im Dezember 2015 in die Ukraine gereist und habe sich dort als Freiwilliger ausgegeben, um mit militärischen Einheiten Kontakt aufzunehmen, die dort gegen prorussische Separatisten kämpfen. Der Geheimdienstchef Wassil Gryzak erklärte: „Er suchte nach Möglichkeiten, Waffen, Sprengstoff und andere Ausrüstung zu kaufen." Frankreichs Sicherheitsbehörden reagieren eher zurückhaltend auf die Festnahme und den Waffenfund. Thomas Pison, Staatsanwalt in Nancy, erklärte den Medien: „Dieser junge Mann ist französischen Geheimdiensten unbekannt" und „Wir neigen zurzeit dazu, die Angelegenheit als Fall von Waffenschmuggel zu betrachten." Die französische Polizei fand bei der Durchsuchung seiner Wohnung in seinem Heimatdorf Nant-le-Petit im nordostfranzösischen Département Meuse jedoch selbst gebastelte Sprengsätze und ein T-Shirt der rechten Bewegung „Renouveau français" („französische Wiedererweckung"), wie Medien unter Berufung auf Polizeikreise berichteten. Indes verhaftete die französische Polizei am 14. Juni einen 40-Jährigen Bauern im Département Meuse (Maas), der Grégoire Moutaux gut gekannt haben soll. Unklar ist, inwieweit dieser an dem Waffenhandel beteiligt war und in welcher Beziehung er zu Frankreichs extremen Rechten steht. •



Pressefoto des Security Service of Ukraine/ssu.gov.ua

Der verhaftete Franzose Grégoire Moutaux

# Wohnungsüberfall in Halle (Saale)

■ In der Nacht zum Samstag den 23. April 2016, gegen 0:50 Uhr, traten Unbekannte offenbar gezielt die Wohnungstür einer alternativen Wohngemeinschaft in Halle (Saale) ein. Unter „Scheiß Zecken"-Rufen stürmten etwa zehn Angreifer in die Zimmer der Schlafenden, zerrten drei junge Männer aus ihren Betten und schlugen und traten auf sie ein. Ein Punk erlitt blutende Stichverletzungen am Rücken und am rechten Arm, ein weiterer musste u.a. mit diversen Hämatomen an der rechten Gesichtshälfte stationär im Krankenhaus behandelt werden. Ein Bewohner wurde zudem mit Flaschen beworfen und trug u.a. eine Schulterprellung sowie diverse Hämatome an Kopf und Oberkörper davon. Zwei Frauen, die sich auch in der Wohnung aufhielten, wurden körperlich nicht attackiert, erlitten aber einen Schock. Bevor die Angreifer flüchteten, verwüsteten sie die Wohnung und rissen u.a. eine Che-Guevara-Fahne von der Wand, die sie als Trophäe mitnahmen. Trotz des massiv gestörten Sicherheitsgefühls in den eigenen vier Wänden und zum Teil massiver Ängste wollen die Betroffenen sich nicht aus ihrer Wohnung vertreiben lassen. Da allerdings bislang völlig unklar ist, ob die Täter_innen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können, bleibt die Unsicherheit, dass ein solcher Angriff sich jederzeit wiederholen könnte.•

Die Mobile Opferberatung bittet um die Unterstützung der Betroffenen durch Geldspenden:

Spendenkonto Opferfonds:
Miteinander e.V.
Bank für Sozialwirtschaft Magdeburg
IBAN: DE84 8102 0500 0008 4734 01
SWIFT / BIC: BFSWDE33MAG
Verwendungszweck: Wohnungsüberfall Halle

## Spätes Urteil für Neonazi-Bombenleger

Im Prozess um den versuchten Bombenanschlag auf den linken Treffpunkt Reitschule in Bern hat das Bundesstrafgericht im April 2016 ein spätes Urteil gefällt. Vier Jahre Haft erhielt der 26-jährige Neonazi Kim Sury für das Ablegen einer Bombe auf dem Gelände eines antifaschistischen Festivals im August 2007. Während sich dort rund 1.500 Menschen aufhielten, fiel einigen BesucherInnen ein Rucksack auf. Ein Sicherheitsbeauftragter brachte die Tasche auf die Straße, wo sie kurz darauf detonierte. AntifaschistInnen wiesen nach dem Anschlagsversuch darauf hin, dass der Neonazi Kim Sury den Anschlag im Online-Forum von „Blood & Honour" erwähnte. Er soll auch verantwortlich für die Anti-Antifa-Seite redwatch.ch.vu gewesen sein. Trotzdem stellte das Untersuchungsrichteramt Bern-Mittelland das Verfahren im März 2008 ein, weil es keine Ermittlungsansätze mehr sah. Dabei wurden an der Bombe auch DNA-Spuren gefunden. Eineinhalb Jahre nach der Tat stellte Kim Sury ein Gesuch für einen Waffenerwerbsschein. Weil die Kantonspolizei wusste, dass Kim Sury bereits einen Karabiner erworben und auf Fotos im Online-Forum von „Blood & Honour" mit Schusswaffen posiert hatte, veranlassten sie eine Hausdurchsuchung. Bei dieser entdeckte sie zahlreiche Waffen und Zubehör zum Bombenbau. Von Kim Sury wurde nun doch eine DNA-Probe genommen — sein DNA-Profil stimmt mit den Spuren an der Bombe überein. Im Januar 2013 verkündete die Bundesanwaltschaft trotzdem, die Ermittlungen aus „Mangel an Beweisen" einstellen zu wollen. Nur weil die NebenklägerInnen eine Beschwerde beim Bundesstrafgericht einreichten, stand eine endgültige Entscheidung lange Zeit aus. Das Bundesstrafgericht gab der Beschwerde über die Verfahrenseinstellung schließlich Recht. „Meine politische Gesinnung hat sich gewandelt" erklärte Kim Sury nun während des Prozesses. Ein Nebenklage-Anwalt wies jedoch auf SMS-Nachrichten mit „Blut und Ehre!" als Grussformel hin, die Kim Sury noch nach seinem angeblichen Wandel geschrieben habe. •

## Amoklauf von „Blood & Honour"-Aktivist

In der Nacht des 22. Mai 2016 erschoss der österreichische Neonazi Gregor Schallert im vorarlbergischen Nenzing zwei Menschen beim Fest des Motorradclubs „The Lords", mit einem serbischen Kalashnikov-Nachbau. Ein zweites, identisches Modell befand sich noch im Kofferraum seines Wagens. Von vielen Medien wurde diese Tat zu einem Beziehungsstreit verklärt. Der Auslöser für die Tat soll ein Streit mit seiner Freundin gewesen sein, mit der Schallert ein 17 Monate altes Kind hat. Zwar wird in den meisten Berichten auf den Neonazi-Hintergrund von Schallert hingewiesen, allerdings tut sich die österreichische Medienlandschaft und Öffentlichkeit dann doch schwer, den Kontext der Tat als politisch zu benennen. Schallert war den Behörden einschlägig bekannt. Zwischen 2005 und 2010 wurde er acht Mal rechtskräftig wegen Körperverletzung und gefährlicher Drohung verurteilt. So war er an einem bewaffneten Neonazi-Angriff auf ein Punk-Konzert im Dezember 2005 in Bludenz beteiligt gewesen. Die „Antifa Recherche Wien" ordnete Gregor Schallert der früheren „Blood & Honour — Division Vorarlberg" zu, welche sich derzeit auch im Umfeld der „Identitären" reorganisiert. Öffentlich war „Blood & Honour Vorarlberg" vor allem durch die Organisation von Rechts-Rock-Konzerten wahrnehmbar. Aus dem Milieu von „B&H Vorarlberg" war im August 2007 der Verein „Motorradfreunde Bodensee" (MFB) gegründet worden. Dieser betrieb über zwei Jahre ein Vereinslokal, in dem einschlägige Veranstaltungen mit BesucherInnen aus dem In- und Ausland stattfanden. Öffentliche Wahrnehmung erlangte der MFB-Verein erst, als im Februar 2009, bei einer Auseinandersetzung im Clubheim des Motorradclubs „Outsider", der Neonazi Michael Achberger erstochen wurde. Im darauf folgenden Jahr kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen „Outsider" und den „Motorradfreunden". Zum Beispiel verwüsteten Neonazis das Clubheim der „Outsider". Ein anderes Mal gingen 30 bewaffnete Personen der beiden Gruppen auf einem Parkplatz aufeinander los. Im Juni 2009 wurden die „Motorradfreunde Bodensee" schließlich verboten.

Zu Schallerts deutschen „Kameraden" soll nach Informationen der „Autonomen Antifa Freiburg" auch Markus Walter, inzwischen Funktionär bei „Die Rechte", gehört haben.



Foto: Antifa Recherche Wien

Gregor Schallert im „White Resistance"-T-Shirt.

Er soll noch nach seinem Umzug ins niedersächsische Verden über Schallert geschrieben haben: „Viele Wegbegleiter entpuppten sich als charakterlose Versager oder Verräter und sind größtenteils nicht mehr aktiv, oder sind gar dem jüd****** Zeitgeist zum Opfer gefallen! Doch der wahren Bewegung bricht das kein Bein ab, ganz im Gegenteil es trennte sich eher die Spreu vom Weizen — und das ist auch gut so! Doch diejenigen die stehen blieben, sind wahrlich charakterstarke Personen wo selbst die Freundschaft bis heute trotz unzählige hunderte Kilometer Entfernung überdauert! DANKE! ;-)" •

TITEL

**Derzeit läuft am Bundesverfassungsgericht das Verbotsverfahren gegen die NPD. Das Ergebnis ist noch offen. Grundsätzlich stellt sich aus antifaschistischer Perspektive die Frage, was für und was gegen ein Verbot der NPD spricht bzw. wie die staatliche Verbotspolitik gegenüber der extremen Rechten generell zu beurteilen ist.**

# Verbotspolitik gegenüber der extremen Rechten

## Tendenzen und Effekte

**„Eine neue Inquisition kündigt sich an."** Mit diesen Worten kommentierte Horst Mahler als Anwalt der NPD das erste Verbotsverfahren, das bekanntermaßen im Jahr 2003 kläglich gescheitert war. Die Richter am Bundesverfassungsgericht ließen den Antrag erst gar nicht zur Hauptverhandlung zu, da durch den massiven Einsatz von V-Personen auf Führungsebene der Partei eine Einflussnahme des Staates nicht auszuschließen war. Mahlers damalige Stellungnahme mit eben diesem Ziel, den Verbotsantrag der Bundesregierung gar nicht erst für das Hauptverfahren zuzulassen, erinnert an die aktuelle Rhetorik von rechts. So diene der Verbotsantrag dem „Schutz einer gescheiterten Politik": „Die Multiethnisierung der Bevölkerung in der Mitte Europas soll als nicht mehr debattierbares Schicksal unseres Volkes hingenommen werden."

Zehn Jahre nach dem Scheitern des ersten Versuches, die NPD zu verbieten, stellte der Bundesrat einen neuen Verbotsantrag. Anders als beim ersten Versuch wurde die Initiative dieses Mal nicht durch die Bundesregierung unterstützt. Auch im Bundestag fand sich keine Mehrheit. Anfang März 2016 fand die mündliche Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe statt (vgl. den Artikel von Gerd Wiegel in dieser Ausgabe).

### Ende der staatlichen Zuschüsse

Ein Verbot der NPD orientiert sich als Verbot nach dem Parteiengesetz an wesentlich höheren Hürden, als die Verbote extrem rechter Vereinigungen durch das Vereinsrecht. Was als zentrales Argument für ein Verbot der NPD immer wieder ins Feld geführt wird, ist die daraus resultierende Beendigung der staatlichen Parteienfinanzierung sowie der Bereitstellung von Infrastruktur. Zu den mit dem Parteienstatus erlangten Vorzügen zählen Bürgerbüros, Wahlkampfsonderrechte, Steuervorteile, die Immunität der MandatsträgerInnen und nicht zuletzt die Finanzierung von rechten VollzeitaktivistInnen. Insbesondere als die Partei noch in den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern saß, erhielt sie über die Parteienfinanzierung erhebliche staatliche Zuschüsse. Nimmt man den ungefähren Zeitraum seit dem ersten Verbotsverfahren ist festzustellen, dass die NPD bis zum Jahr 2008 ihre Einnahmen aus dem Staatshaushalt auf jährlich knapp 1,5 Millionen Euro staatliche Zuschüsse und damit rund die Hälfte der Gesamteinnahmen der Partei stetig steigern konnte. In den nachfolgenden Jahren gingen die staatlichen Zuschüsse wieder etwas zurück und bildeten rund 40 Prozent der Gesamteinnahmen der Partei. Zum Vergleich: Bereits 2013, also noch ohne Landtagsmandate, bekam die AfD etwa 1.85 Millionen Euro staatliche Zuschüsse. Die Höhe der staatlichen Zuschüsse orientiert sich neben den Wahlerfolgen auch an den Spenden und Beiträgen der MandatsträgerInnen: Je mehr gespendet wird, desto höher der Zuschuss. Mit dem Wegfall der NPD-Landtagsfraktion in Dresden wird sich auch der Rücklauf durch MandatsträgerInnen und Spenden negativ auf die Einnahmen der Partei auswirken. Alle im Jahr 2013 getätigten Spenden ab einer Höhe von 10.000 Euro (insgesamt über 100.000 €) kamen von NPD-Landtagsverordneten aus Sachsen. Dies hängt sicherlich mit den parteiinternen Auseinandersetzungen zusammen: Bis Ende 2013 war der aus Sachsen kommende Holger Apfel mit seinem umstrittenen Konzept der „seriösen Radikalität" Bundesvorsitzender der Partei. Nachdem die NPD den Wiedereinzug in den sächsischen Landtag im Jahr 2014 knapp verfehlte, ist es nicht unwahrscheinlich, dass sie auch bei den anstehenden Landtagswahlen in Mecklenburg Vorpommern im September 2016 an




der Fünfprozenthürde scheitern wird: Aktuelle Umfragen sehen die Partei in Mecklenburg-Vorpommern bei rund 4 Prozent. Es gelingt der NPD derzeit nicht, aus dem aktuellen Rechtsruck Kapital zu schlagen — die nationale Karte anlässlich der Asylpolitik wird, neben der Bundesregierung selbst, derzeit von der AfD gespielt, und das mit zunehmendem Erfolg.

### Erledigt sich die NPD von selbst?

In den späten 1990er Jahren reagierte die neonazistische Szene mit der Bildung einer eher loseren Struktur, den sogenannten „Freien Kräften" sowie Kameradschaften, aber auch dem Beitritt zur NPD auf die staatlichen Organisationsverbote der frühen 1990er Jahre (Nationalistische Front, Nationale Offensive, Deutsche Alternative, Wiking Jugend, Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei — um nur einige durch den Bundesinnenminister vollzogene Verbote aufzuzählen). Diese Umstrukturierung kann sicherlich nicht allein auf die staatliche Verbotspolitik zurückgeführt werden, sondern muss auch als Teil eines „soziokulturellen Wandels" begriffen werden, der „von Adaptionen strategischer und kultureller Elemente der Neuen Sozialen Bewegungen begleitet ist"[1], wie es Fabian Virchow, Christoph Kopke und Gideon Botsch in ihrer historisch angelegten Untersuchung zur Verbotspolitik gegenüber extrem rechten Organisationen treffend formulieren. In den „Nuller Jahren" zeigte sich dies mit dem Aufkommen der „Autonomen Nationalisten" (AN) besonders deutlich: Nicht nur der Stil der Neonazis änderte sich, was dazu führte, dass AN-Gruppen auf den ersten Blick nicht von Genoss_innen zu unterscheiden waren, auch die Themenpalette neonazistischer Politik wurde breiter. Rückblickend lässt sich jedoch feststellen, dass die Szene mit ihrer organisatorischen Umstrukturierung nicht erfolgreich war: Weiterhin wurden etliche Kameradschaften per Vereinsgesetz verboten. Aktuell ist eine andere Entwicklung festzustellen. Neben der losen Organisierung im Rahmen der in den vergangenen Jahren sich neu etablierenden völkischen Bewegung auf der Straße ist auch ein „zurück zur Partei" zu beobachten. Mit der Gründung von „Die Rechte" (2012) und „Der III. Weg" (2013) haben sich zunächst regional, zunehmend aber auch überregional zwei neue neonazistische Parteien etabliert. Die NPD hat somit Konkurrenz erhalten und kann von dem neonazistischen Trend der Reorganisierung in Parteistrukturen, die ein Verbot erheblich erschweren, nicht profitieren. Nicht nur die Wahlergebnisse, auch die Mitgliederzahlen der NPD sind zurückgegangen und stagnieren in den letzten Jahren bei etwas über 5000. Angesichts des desolaten Zustands der NPD drängt sich die Frage auf, warum ausgerechnet jetzt ein NPD-Verbot erstrebenswert sei.

### Ein neues Verbotsverfahren

Bereits ein Blick in die jüngere Geschichte staatlicher Verbotspolitik gegenüber extrem rechten Vereinigungen macht deutlich, dass weniger die Struktur bzw. die Gefahr durch die zu verbietende Organisation ausschlaggebend war, sondern vielmehr die gesellschaftliche Debatte. So waren die Vereinsverbote der frühen 1990er Jahre im Wesentlichen eine Reaktion auf die damalige rassistische Gewaltwelle.[2] Ausgangspunkt des aktuellen Verbotsverfahrens war die Selbstenttarnung des NSU im November 2011. In der daraufhin einsetzenden öffentlichen Debatte zum Thema "Rechtsextremismus" wurden Stimmen immer lauter, die eine Neuauflage des Verbotsverfahrens forderten. Die notwendige Voraussetzung, um nicht wie beim ersten Anlauf erneut bereits vor der Eröffnung des Hauptverfahrens zu scheitern, war mit Beschluss der

Innenminister zum Abschalten der entsprechenden Personen schließlich erfolgreich erfüllt worden: Das Bundesverfassungsgericht sah darin kein Verfahrenshindernis mehr. Kritiker_innen eines neuerlichen Verbotsverfahrens, die ein Verbot der Partei zwar befürworten, dessen Machbarkeit aber in Frage stellen, verweisen auf die hohen Hürden, die ein Parteienverbot im Gegensatz zu einem Verbot nach dem Vereinsrecht mit sich bringt. Um erfolgreich zu sein, muss der Partei als Ganzes eine „konkrete Gefahr" für die freiheitlich-demokratische Grundordnung nachgewiesen werden. Dass dies derzeit möglich sei, wird bezweifelt: „Die NPD ist eine neonazistische Splitterpartei, nah am politischen, wie finanziellen Konkurs," heißt es etwa in einem „Bündnisgrünen Appell gegen die Einleitung eines neuen NPD-Verbotsverfahrens".

Die NPD selbst mahnt zur Gelassenheit — der für die mündliche Verhandlung vom NPD-Anwalt Peter Richter angekündigte „eine oder andere Knaller" blieb jedoch aus. In einem „Leitbrief" an die Bezirks- und Kreisverbände heißt es: „In unserer politischen Arbeit sind gerade vor dem Hintergrund eines drohenden Verbotsverfahrens Stetigkeit, Disziplin und öffentliche Wahrnehmbarkeit unabdingbar. In unserem politischen Kampf muß uns die Gewißheit leiten, daß unsere Antworten auf die großen politischen Herausforderungen unserer Zeit richtig sind und mit jedem Tag richtiger werden. Hysterisches Verbotsgeschrei vermag daran nichts zu ändern."

**Signal an die Gesellschaft**

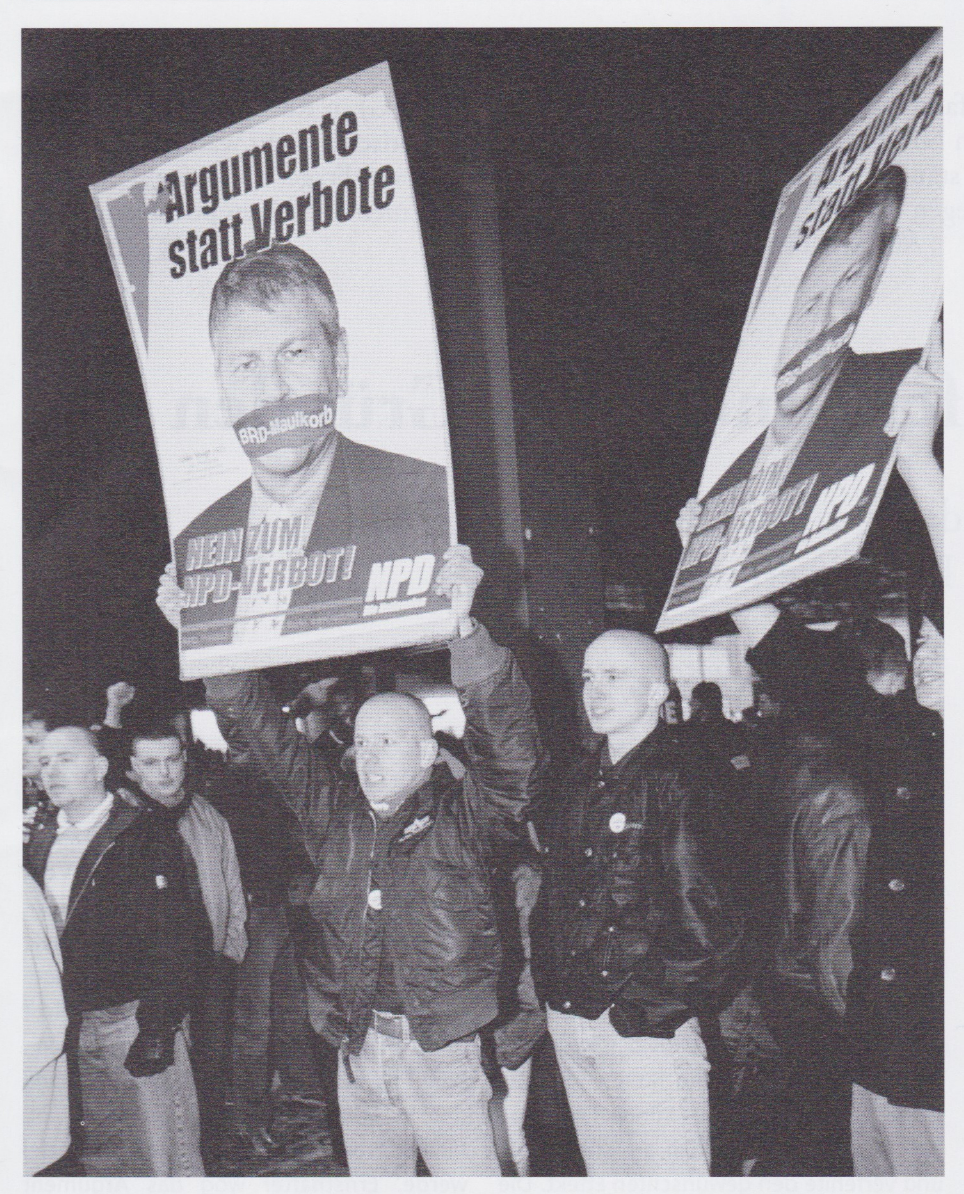
Hätte das Verbot Erfolg, wäre dies ein wichtiges Signal an die Gesellschaft und nicht zuletzt an die Betroffenen neonazistischer Gewalt. „Es kann sehr unterhaltsam sein, in Ausschüssen, auf Podien oder bei einem Glas Wein über die Gefährlichkeit des Rechtsextremismus zu debattieren. Aber es ist etwas ganz anderes, wenn man — etwa als Dunkelhäutiger — manche Landkreise nicht mehr betritt, aus berechtigter Furcht, dort überfallen zu werden," heißt es treffend im Dezember 2012 in der taz, anlässlich des Bundesratsbeschlusses, ein neues Verbotsverfahren einzuleiten. Mit einem Verbot wäre ein klares Signal gesetzt, wo die Grenzen des Tolerierbaren verlaufen. Das Verbot hätte damit zunächst eine symbolpolitische Funktion. Im ungünstigsten Fall hätte diese Symbolpolitik jedoch auch den Effekt, dass das Thema Neonazismus für einige Jahre ad acta gelegt wird, ja schlimmer noch, dass die gesellschaftlichen Anteile an Rassismus und Nationalismus jenseits neonazistischer Organisierung einmal mehr aus dem Blickfeld geraten. Dieses Argument gewinnt sicherlich noch an Bedeutung, betrachtet man den aktuellen Erfolgskurs der AfD. Die derzeit noch durch alle politischen Parteien (abgesehen von der CSU) getragene Kritik an Teilen der AfD-Programmatik ist zwar begrüßenswert, allerdings kann mit dieser Externalisierung sehr leicht vergessen werden, dass auch in den eigenen Reihen entsprechende Positionen vertreten und in Wahlkampfzeiten entsprechende Signale gerne auch mal in diese Richtung gesendet werden. Nichts desto trotz sollte das mit einem Verbot verbundene Signal an die Gesellschaft nicht unterschätzt werden.

**Effekte staatlicher Verbotspolitik**

Eine weitere Ebene in der Debatte spielen befürchtete oder erhoffte Effekte von Verboten extrem rechter Organisationen bzw. Parteien. Dazu gehört zunächst die These, dass sich mit dem Verbot ein wesentlicher Teil der AnhängerInnenschaft radikalisieren könnte. Ein Blick in die Historie staatlicher Verbotspolitik gegenüber extrem rechten Organisationen zeigt, dass sich diese befürchteten Radikalisierungseffekte empirisch nicht belegen lassen. Virchow, Kopke und Botsch zeigen in ihrer Untersuchung auf, dass die Szene auf die Verbotswelle Anfang der 1960er Jahre nicht mit Radikalisierungstendenzen reagierte. So habe sich die NPD bei ihrer Gründung 1964 ganz bewusst für das Attribut „nationaldemokratisch" entschieden und eine allzu kämpferische Rhetorik in den ersten Jahren vermieden. Gleichzeitig konstatieren die Autoren für die 1970er Jahre einen gegenteiligen Effekt: In dieser Zeit völliger Abstinenz staatlicher Verbotspolitik habe sich die extreme Rechte erheblich radikalisiert. Die NPD war 1969 mit 4,3 Prozent eher knapp am Einzug in den Bundestag gescheitert — in den nachfolgenden Jahren entstanden diverse kleine Gruppierungen mit teilweise rechtsterroristischen Zügen. Der kausale Zusammenhang zwischen der Verbotspolitik bzw. deren Abstinenz und der Entstehung gewaltbereiter und rechtsterroristischer Strukturen sei jedoch kaum nachzuweisen. Das gelte auch für die schweren Straftaten aus dem Umfeld der Wehrsportgruppe (WSG) Hoffmann, das Oktoberfestattentat 1980 sowie die Ermordung des jüdischen Verlegers Shlomo Lewin und dessen Lebensgefährtin in Erlangen im selben Jahr, die kurz nach dem Verbot der WSG Hoffmann verübt wurden.

**Verbote schwächen Strukturen — verhindern jedoch keine Reorganisierung**

Was sich jedoch feststellen lasse, so Botsch, Kopke und Virchow weiter, sei eine vorübergehende Schwächung neonazistischer Organisationen durch Verbote, insbesondere, wenn diese thematisch eher eng ausgerichtet sind. Der Handlungsspielraum verbotener Organisationen sei zumindest für einige Zeit zunächst stark eingeschränkt, bis eine Reorganisierung in anderen Strukturen vollzogen werden könne. Dies sei etwa nach dem Verbot des „Bundes Nationaler Studenten" Anfang der 1960er Jahre, aber auch in jüngeren Fällen wie dem Verbot der „Wiking Jugend" (1994), der „Heimattreuen Deutschen Jugend" (2009) oder der „Hilfsorganisation für nationale Gefangene und deren Angehörige" (2011) zu beobachten gewesen. All diese Organisationen waren über Jahrzehnte gewachsene Strukturen und damit nicht von einem auf den anderen Tag ersetzbar. Allerdings zeigt die Erfahrung eben auch, dass ein Verbot auf einen nicht unwesentlichen Teil der organisierten Szene kaum abschreckend wirkt (vgl. dazu auch den Artikel zu B&H in dieser Ausgabe). Aktuelle Zahlen gibt es dazu nicht, dennoch lässt sich durch Beobachtungen zumindest die These aufstellen, dass die Anzahl extrem rechter Akteure, die nach Vereinsverboten ihre Aktivitäten in der Szene einstellen, nicht wesentlich höher ist als die übliche Fluktuation, etwa aufgrund veränderter Lebensumstände (Familie und Vollzeitjob). Dass auch diese




Klientel in Zeiten einer rassistischen Hochkonjunktur leicht reaktivierbar ist, ist aktuell kaum zu übersehen. 2001 konstatierte der Verfassungsschutz, dass rund 70 Prozent der Kader und 40 Prozent der Mitglieder extrem rechter Organisationen, die in den 1990er Jahren verboten wurden, weiterhin aktiv sind.[3] Inwiefern eine Abschreckung in ein rechtsaffines, aber bisher unorganisiertes Milieu durch staatliche Verbote erreicht werden kann, kann nur spekuliert werden. Insbesondere in subkulturell geprägten Szenen ist beides vorstellbar: Während ein Verbot für einen Teil des rechtsaffinen Spektrums eher sogar noch anziehend wirken könnte, könnte es gleichermaßen bei einem anderen Teil der (potentiellen) AnhängerInnenschaft den gewünschten Abschreckungseffekt bewirken.

Sicherlich ist die Frage nach der Sinnhaftigkeit eines NPD-Verbotes zum aktuellen Zeitpunkt noch einmal anders zu betrachten als die staatliche Verbotspolitik gegenüber neonazistischen Organisationen und Zusammenschlüssen. Letztere werden zunächst effektiv in ihrem Handeln eingeschränkt — ein Teil überlegt sich vielleicht, ob er in der Form weitermachen will — auch wenn dies natürlich noch nichts über eine veränderte Gesinnung aussagt. Versuche auf juristischer Ebene gegen das Verbot vorzugehen, scheiterten, etwa beim „Nationalen Widerstand Dortmund" (NWDO), dem „Freien Netz Süd" (FNS) oder „Besseres Hannover". Im Fall des FNS versuchten 41 der im Netzwerk organisierten Neonazis, das Vereinsverbot mit der Begründung anzufechten, dass das „Freie Netz Süd" kein Verein sei. Im gleichen Zeitraum gründeten etliche ehemalige Neonazis des FNS die Partei „Der III. Weg". Bereits das FNS gilt als Nachfolgestruktur der 2004 verbotenen „Fränkischen Aktionsfront" (FAF). Entsprechend hieß es damals aus den Reihen der FAF: „Grundsätzlich wächst die Erkenntnis, dass das FAF-Verbot personell und strukturell keinerlei Wirkung nach innen hatte. Lediglich materielle Einbußen und kleinere 'Schönheitsfehler' sind hier zu beklagen." Bei der NPD ist insbesondere die juristische Perspektive eine andere. Auch wenn das Verfahrenshindernis der V-Personen aus dem Weg geräumt wurde, ist kaum abschätzbar, wie das Bundesverfassungsgericht entscheiden wird. Das letzte Parteiverbot liegt 60 Jahre zurück und fällt damit noch in die postfaschistische Phase. Zudem befindet sich die NPD seit Jahren im Niedergang. Es kann davon ausgegangen werden, dass die NPD aus einem erneuten Scheitern des Verbotes gestärkt hervorgehen wird, und nicht nur sie, auch „Die Rechte" und „Der III. Weg" würden davon profitieren — da der Parteienstatus trotz der neonazistischen Ausrichtung noch einmal eine Stärkung erfahren würde. Auch wenn beide Parteien mit bundesweit deutlich unter 1000 Mitgliedern bei weitem noch nicht mit den Strukturen der NPD vergleichbar sind, würden sie im Falle eines Verbotes als Auffangbecken dienen. So oder so: Ein wesentlicher Teil der organisierten Szene wird weiterhin aktiv sein, weshalb sich Antifaschismus eben nicht auf juristischer Ebene durchsetzen lässt — es braucht weiterhin die kontinuierliche Recherche über neonazistische Strukturen und natürlich auch den organisierten Widerstand. •

**1** Vgl. Gideon Botsch, Christoph Kopke, Fabian Virchow: Verbote extrem rechter Vereinigungen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Ralf Melzer, Sebastian Serafin (Hrsg.): Rechtsextremismus in Europa: Länderanalysen, Gegenstrategien und arbeitsmarktorientierte Ausstiegsarbeit, FES, Berlin 2013. **2** Vgl. ebd. **3** Vgl. ebd.

TITEL

Vom 1. bis 3. März 2016 fand vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in Karlsruhe die mündliche Verhandlung zum NPD-Verbotsverfahren statt. Aus antifaschistischer Sicht waren die drei Tage von Karlsruhe ein ständiges Auf und Ab, denn unabhängig von der Frage, ob man ein staatliches Verbotsverfahren gegen die NPD begrüßt oder nicht, kann sich niemand einen positiven Ausgang für die NPD wünschen.

# Von Zweifeln und guten Gründen

## Verhandlung zum NPD-Verbot vor dem Bundesverfassungsgericht

GERD WIEGEL

Ohne Zweifel hat die Brisanz des Verbotsverfahrens im Vergleich zum ersten Verfahren 2001 nachgelassen. Hatte man es damals mit einer wachsenden und aufstrebenden Partei des Neofaschismus zu tun, die sich gerade eng mit der militanten Kameradschaftsszene verbunden hatte, führt die NPD seit einigen Jahren ein Schattendasein und wird häufig als nicht mehr ernst zu nehmend abqualifiziert. Diese auch in antifaschistischen Kreisen anzutreffende Bagatellisierung der NPD ist durch einen Blick auf die reale Mobilisierungskraft der Partei und ihre Rolle innerhalb der Neonaziszene nicht zu rechtfertigen. Ohne Zweifel hat die NPD an Schlagkraft verloren. Sieht man sich aber z.B. die Zahlen der rassistischen Mobilisierungen an, wie sie seit 2014 und auch schon davor zu verzeichnen sind, dann spielt die NPD bzw. JN dabei, trotz „Der III. Weg" und „Die Rechte", eine führende Rolle. Gute Gründe also, das Verfahren in Karlsruhe aufmerksam zu verfolgen.

### Keine formalen Hindernisse

Die drei Verhandlungstage hatten eine klare Gliederung und zeichneten sich durch tägliche Anhörungen von teils mehr als acht Stunden aus. Während es am ersten Tag um mögliche Verfahrenshindernisse ging, stand am zweiten Tag die Frage der Zulässigkeit eines Verbots und am letzten Tag die Begründetheit im Zentrum.

Großspurig war vom Prozessvertreter der NPD, Peter Richter, angekündigt worden, man werde zu Beginn der Verhandlung ein Bombe platzen lassen, die das Verfahren zu Fall bringen könne. Die Bombe entpuppte sich jedoch als Knallfrosch und verfehlte den gewünschten Effekt. Die Frage der V-Leute und der möglichen Durchdringung der NPD mit staatlichen Spitzeln war Thema des ersten Tages. So wie das Verfahren 2003 an den V-Leuten des Verfassungsschutzes gescheitert war, so wollte es die NPD auch diesmal zu Fall bringen. Allerdings nahm das Gericht die von Richter vorgetragenen Gründe nicht besonders ernst, sondern schenkte den schriftlichen Erklärungen aller Landesinnenminister und des Bundesinnenministers Glauben, alle V-Leute auf Führungsebene (Landes- und Bundesvorstände) seien seit April 2012 abgeschaltet. Für Richter und die NPD reichten diese Erklärungen nicht aus, nur die Offenlegung aller Akten zu den V-Leuten könnten als Beweis anerkannt werden (eine Logik, der man sich nicht völlig verschließen kann). Allerdings gelang es der NPD anders als im ersten Verfahren nicht, V-Leute in Führungspositionen der Partei zu präsentieren. Der von Richter vorgetragene Zusammenstoß eines saarländischen Verfassungsschützers mit dem Auto seiner Mutter im Jahr 2012 erntete nicht mehr als Heiterkeit auf der Richter_innenbank, zumal damals weder die Eröffnung des Verfahrens feststand, noch gar, ob Richter Prozessbevollmächtigter der Partei werde. Ernsthafter wog das Argument Richters, er habe mit seiner Klientin (NPD) keine Prozessstrategie absprechen können, weil sie davon ausgehen mussten, dass diese durch die Überwachung der Partei sofort bei der Gegenseite lande. Daher habe man keinen eigenen Schriftsatz vorbereiten können. Das Gericht räumte der NPD dafür weitere sechs Wochen ein, verkündete aber am nächsten Morgen klar, dass es keine formalen Hindernisse (in Form von V-Leuten) für das weitere Verfahren gäbe. In Erwartung dieser Entscheidung zog Richter am nächsten Morgen einen Schriftsatz von mehr als 500 Seiten als Erwiderung auf den Verbotsantrag aus dem Hut und übergab ihn dem Gericht.

### Zweifel an der Verhältnismäßigkeit

Während also der erste Tag klar an die Seite




Foto: Mehr Demokratie (CC BY-SA 2.0)

der Antragsteller ging, entwickelte sich der zweite Tag zum Desaster für die Verbotsbefürworter. Immer wieder bohrten die Richterinnen und Richter bei der Frage der Zulässigkeit und Verhältnismäßigkeit eines Verbotes nach und die Prozessbevollmächtigten des Bundesrates (als Antragsteller) schienen darauf mangelhaft vorbereitet zu sein. Genüsslich zitierte Richter Müller aus einem früheren Buch des Prozessbevollmächtigten Prof. Möllers, der sich dort als strenger Gegner staatlicher Parteiverbotsverfahren zeigte. Auch der von den Antragstellern mit einer Studie zu Dominanzbestrebungen der NPD in Mecklenburg-Vorpommern beauftragte Dirk Wilking zeigte sich in seiner Befragung nicht überzeugt von der Angemessenheit eines Verbots, für das er dennoch eine Studie geliefert hatte. Gänzlich zur Farce geriet der Auftritt des unvermeidlichen Eckhard Jesse, der der NPD als politischem Akteur jegliche Bedeutung absprach. Da rollten selbst alle anwesenden Verfassungsschutzchefs mit den Augen. Einzig Andrea Röpke konnte die Bedeutung der NPD an konkreten Beispielen der Nachwuchsarbeit herausarbeiten.

Immer wieder betonten die Antragsteller die kommunale Verankerung der NPD und die damit verbundene Einschüchterung der Zivilgesellschaft. Vom Gericht wurde das jedoch eher als Ausweis fehlenden staatlichen Verfolgungsdrucks denn als objektive Stärke der NPD gewertet. Auf das vorgetragene Argument, die NPD habe immerhin mehr als 300 Kommunalmandate antwortete das Gericht mit der Frage, wie viele solcher Mandate es denn bundesweit gäbe, um die Antwort „50.000“ mit der Korrektur „230.000“ und der Frage, ob man tatsächlich die verschwindend geringe Zahl von 300 Mandaten weiterhin anführen wolle, zu kontern.

Auch die Innenminister Hermann (Bayern) und Caffier (Mecklenburg-Vorpommern) konnten am Morgen des letzten Tages diesen Trend zunächst nicht ändern. Nachdem sie ihre vorbereiteten Sprechzettel zur Gefährlichkeit der NPD verlesen hatten, wurden sie jeweils durch die einfache Frage ausgekontert, wie sich diese Einschätzung mit den jeweiligen Landesverfassungsschutzberichten vertrage, in denen der NPD mehr oder weniger Bedeutungslosigkeit attestiert werde. Schließlich war es ausgerechnet der sächsische LfV-Chef Meyer-Plath, der anhand aktueller Mobilisierungszahlen zur NPD das Bild der Harmlosigkeit der NPD etwas milderte. Vom Gericht wurde moniert, dass sich diese relevanten Zahlen nicht im Antrag fänden.

### NPD-Vertreter als beste Zeugen für ein Verbot

So schlecht die Vorbereitung der Antragstellung auf die kritischen Fragen des Gerichts war, so verlässlich ritt sich die NPD wieder selber in die Bredouille, sobald die vom Gericht geladenen NPD-Zeugen zu den Inhalten der Partei und damit zur Frage der Begründetheit des Antrags Stellung nehmen mussten. Zentral war dabei die Frage der gleichen Rechte deutscher Staatsbürger, wie sie vom Grundgesetz garantiert wird. Richter Müller als Berichterstatter des Gerichts ging es immer wieder um die Frage, wie sich aus Sicht der NPD der zentrale Begriff der „Volksgemeinschaft“ definiere, wer zu ihr gehöre und welche Rechte denen verweigert würden, die nach Lesart der NPD nicht zu dieser „Volksgemeinschaft“ gehörten. Erbärmlich sah der Parteivorsitzende Frank Franz im Zeugenstand aus, der etwas von „Ermessenseinbürgerung“ faselte, die es auch mit der NPD gäbe, um auf die Frage, ob eingebürgerte Landesbewohner zur „Volksgemeinschaft“ gehörten und damit gleiche Rechte wie „Geburtsdeutsche“ hätten, mit Schweigen zu antworten. Mit dem Versuch von Franz, sie gehörten zur „Gemeinschaft der Deutschen“ gab sich Müller nicht zufrieden und sagte, er habe nach der „Volksgemeinschaft“ gefragt, um dann ein Zitat aus einer JN-Schulungsbroschüre zu verlesen: „Ein Afrikaner, Asiate oder Orientale wird nie Deutscher sein können. Deutscher ist, wer deutsche Eltern hat. Deutscher ist man von Geburt oder nicht, aber wird es nicht durch Annahme der Staatsbürgerschaft.“ Franz wollte dieses Zitat nicht kennen und verstieg sich dann zu der Behauptung, auch eingebürgerte Deutsche seien Teil der „Volksgemeinschaft“, was ihm konsequenterweise ein Ausschlussverfahren aus der NPD eintragen müsste.

Weniger Ausflüchte suchte da der „Chefideologe“ Jürgen Gansel, der sich als Mann des "rhetorisch scharfen Schwertes" vorstellte und damit bereitwillig die inhaltliche Begründung eines Verbotes stützte, die die NPD als rassistische und antidemokratische Partei darstellte.

Ganz ohne Zweifel konnte mit dem Verbotsantrag und in den drei Tagen von Karlsruhe die Verfassungsfeindlichkeit der NPD nachgewiesen werden. Ob diese Feststellung jedoch ausreicht, um die Partei zu verbieten, ist nach der mündlichen Anhörung offen. Denn neben der Absicht muss das Gericht der NPD auch die zumindest theoretische Möglichkeit der Umsetzung ihrer Ideologie attestieren. Hier blieben deutliche Zweifel. Mit einem Urteil aus Karlsruhe ist auf jeden Fall in diesem Jahr zu rechnen, wahrscheinlich wird es aber noch bis zum Herbst dauern. •

TITEL

Was bringen Verbote neonazistischer Gruppen den Behörden? In der Regel die Möglichkeit, deren ehemalige Mitglieder über Jahre hinweg zu überwachen und mit Ermittlungen zu überziehen. Der Blick auf das Verbot der deutschen Division des Netzwerks „Blood & Honour" und auf den Umgang mit dessen Nachfolgestrukturen macht dies deutlich.

# Viel Aufwand, wenig Verurteilungen

## Die Ermittlungen gegen Nachfolgestrukturen des deutschen „Blood & Honour" (B&H)

■ Am 14. September 2000 wurde das Verbot der deutschen Division des internationalen „Blood & Honour"-Netzwerkes und ihrer Jugendorganisation „White Youth" vollzogen. Bald wurde klar, dass B&H in Deutschland zum Zeitpunkt des Verbotes bereits in internen Streits aufgerieben und zerfallen war. Ein ausgestiegener ehemaliger B&H-Aktivist erzählt, das Verbot sei für ihn geradezu „befreiend" gewesen. Die Aktivitäten in der Konzertorganisation und Musikproduktion habe er unter anderem Namen weitergeführt, doch es habe niemanden mehr gegeben, dem er Rechenschaft hätte ablegen müssen. Durch das Verbot stiegen Mythos und Marktwert des Labels B&H beträchtlich und er konnte nun hemmungslos in die eigene Tasche wirtschaften.

**Nachfolge oder Trittbrettfahrer?**

Was tatsächlich eine Nachfolgeorganisation des deutschen B&H war und wer sich „nur" mit dem Label B&H profilierte, um seinen Szenestatus zu erhöhen, lässt sich nur schwer festlegen. Netzwerke wie die „Brotherhood 28" oder die „Division 28" reklamierten offen die Nachfolge von B&H, was schon der Zahlencode „28" in ihren Namen deutlich macht.[1] Die beiden Gruppen waren ins internationale B&H-Netzwerk eingebunden und wurden von Personen getragen, die schon im „alten" B&H aktiv gewesen waren. Andere Gruppen posierten zwar mit der „28", wurden jedoch von ehemaligen B&H-Aktiven als Trittbrettfahrer angesehen und zum Teil regelrecht bekämpft. Aus der internen Kommunikation von Personen der kürzlich verbotenen „Weisse Wölfe Terrorcrew" (WWT) wird deutlich, dass auch diese sich als „28er" verstanden. Doch es gibt keine Hinweise darauf, dass sie Teil eines internationalen B&H-Netzwerkes gewesen wären. Der Bezug auf B&H diente der WWT wohl eher zur Profilierung nach innen und außen.

In den vergangenen Jahren treten deutsche Neonazis auf Konzerten im Ausland (wieder) vermehrt in Shirts mit Aufdrucken wie „Blood & Honour Deutschland" auf. Vor allem Personen aus dem Fankreis der Allgäuer Band Faustrecht, die zu den führenden deutschen B&H-Bands zählt(e), exponieren sich damit. Solange man dies nicht in Deutschland tut, wähnt man sich mittlerweile sicher.

**„Brotherhood 28" und „Division 28"**

Das Kokettieren mit B&H-Symbolik führte in den vergangenen Jahren zu Dutzenden Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts, eine verbotene Organisation weiterzuführen bzw. deren organisatorischen Zusammenhalt aufrecht zu erhalten. Dies beschreibt der §85 StGB. Wie viele Verfahren es diesbezüglich gab, lässt sich nicht überblicken. Manchmal genügte das Tragen verbotener B&H-Symbolik, um den Ermittlungsapparat in Gang zu setzen. Größere Ermittlungskomplexe betrafen Kreise, die sich „Brotherhood 28" und „Division 28" nannten.

Am 16. Juni 2001 versammelten sich unter konspirativen Umständen ca. 40 Neonazis in Magdeburg, um — so die polizeiliche Erkenntnis — die Weiterführung von B&H zu planen. Ein Großteil von ihnen hatte vor dem Verbot B&H angehört. Über Jahre hinweg ermittelte die Polizei umfangreich gegen 39 Personen, die unter anderem das Label „Brotherhood 28" nutzten. Erst im Jahr 2008 wurde vier Angeklagte in einem Prozess in Halle/Saale wegen der Durchführung eines Konzertes im Jahr 2001, das als Nachfolgeaktivität von B&H gewertet wurden, zu Geldstrafen verurteilt. Ein weiterer Angeklagter wurde verwarnt.

2002 und 2003 kamen auf mindestens zwei Treffen in Baden-Württemberg und dem österreichischen Vorarlberg bis zu 50 Neonazis zusammen, um B&H in Deutschland neu zu gründen. In den Folgejahren trat ihr Kreis unter den Namen „Division 28" und „Pirates 28" auf und unterhielt Sektionen in Hessen, Baden, Württemberg, Thüringen, Franken, Bayern, in der Pfalz und in Vorarlberg. In Sachsen waren insbesondere Neonazis des „Sturm 24 Bautzen" in das Netzwerk der Aktivitäten eingebunden.

Doch schon bald gärten in der „Division 28“ die Streits zwischen denen, die ein Musiknetzwerk mit entsprechenden Kommerz betreiben wollten, denen, die B&H als eine Gang sahen und im Rotlichtmilieu angekommen waren, und denen, die sich als „Untergrund“-Kampforganisation nach Konzept des „Combat 18“ verstanden. Man beschimpfte sich gegenseitig als „Juden“, prügelte sich und schmiss sich gegenseitig raus. Spätestens Im Jahr 2008 war die „Division 28“ kleinteilig zerfallen.

Die Landeskriminalämter ermittelten gegen diesen Kreis bereits seit 2003 nach §85 StGB. Eigens eingerichtete Sonderkommissionen waren Jahre lang mit Beobachten, Abhören und Mitlesen beschäftigt. Die Ermittlungen betrafen im Jahr 2007 fast 100 Personen. Die Ergebnisse muten bescheiden an: Zu Prozessen gegen Aktivisten der Division 28 kam es erst 2009 (Stuttgart), 2010 (Frankfurt/Main) und 2011 (Karlsruhe), in denen insgesamt fünf Personen zu Geld- oder Bewährungsstrafen verurteilt wurden. Von anderen Ermittlungsverfahren, beispielsweise gegen knapp drei Dutzend sächsische Neonazis, sind keine Prozesse bzw. Urteile bekannt geworden.

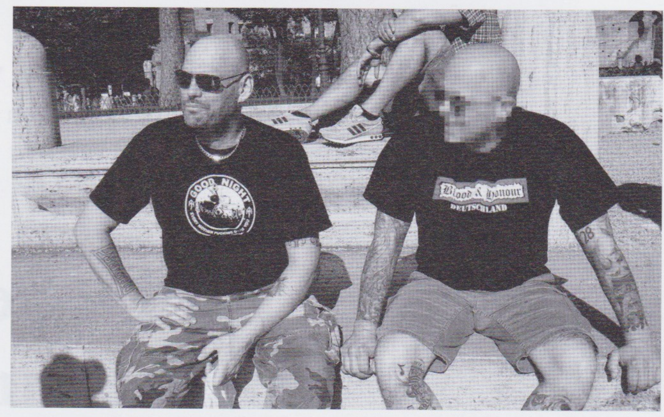
### Das Instrument §85 StGB

Die Organisierung von Neonazikonzerten und die Produktion neonazistischer Musik ist erst strafbar, wenn darüber volksverhetzende Textinhalte oder nationalsozialistische Symbolik transportiert werden. Selbst dies rechtfertigt in der Regel keine derart aufwändigen Ermittlungen wie der „Verdacht auf Weiterführung einer verbotenen Organisation“. Der §85 StGB ermöglicht es der Polizei, über viele Jahre das volle Programm zu fahren: Strukturermittlungsverfahren und umfassende Kommunikationsüberwachung zur Beschaffung und Auswertung großer Datenmengen. Aus den Erfahrungen von B&H und deren Nachfolge wird erkennbar, wie Polizei und Staatsanwaltschaft den §85 StGB nutzten, um Angehörige einer Organisation, die zum Zeitpunkt ihres Verbotes schon im Zerfall war, über viele Jahre (und wohl bis heute) zu überwachen und mit Ermittlungsverfahren zu überziehen. Und nicht nur sie, sondern auch Personen, die sich der Symbolik der verbotenen Gruppe bedienen.

Sicherheitsbehörden setzen ihre Priorität in der Regel darauf, tiefe Einblicke in die Strukturen zu bekommen, geleitet vom unbeirrbaren Glauben, diese dadurch unter Kontrolle zu haben. In klar strukturierten und gefestigten Gruppen sehen sie dies, vor allem über V-Personen in Führungsebenen, gewährleistet. Warum also diese verbieten? In dieser Logik bereitet es Probleme, wenn eine Gruppe Auflösungserscheinungen zeigt. Dann schafft ein Verbot die Grundlage für Ermittlungen nach §85 StGB, über den langfristig und umfangreich überwacht werden kann. Ein zügiger Abschluss der Ermittlungen ist oft nicht von Interesse, denn mit diesem müssen die Überwachungsmaßnahmen eingestellt oder zumindest stark zurückgefahren werden. So wird ermittelt und ermittelt — und am Ende wirken sich, wenn es denn überhaupt zu Prozessen kommt, die lange Verfahrensdauer (Karlsruhe, 2011) und weil die Tat schon sieben Jahre zurücklag (Halle, 2008) für die Angeklagten strafmindernd aus.

### Nicht verboten: Die Konkurrenz von „Blood & Honour“

Nutznießer dieser Behördenlogik sind allzu offensichtlich die „Hammerskins“. Ursprünglich war im Jahr 2000 geplant gewesen, zugleich mit „Blood & Honour“ die „Hammerskins“ in Deutschland zu verbieten. Das Bundesamt für Verfassungsschutz schlug das Ansinnen unter anderem mit dem Hinweis auf deren angeblich „geringe Relevanz“ nieder. Doch die deutschen „Hammerskins“ waren schon zu dieser Zeit eine überaus militante und international vernetzte Organisation. Sie boten nach 2000 manchen B&H-Aktiven eine neue organisatorische Heimat, übernahmen einige Labels und Versände des ehemaligen B&H und wuchsen zum Big Player (nicht nur) im Rechtsrockbusiness. Mit dem Ermittlungsdruck auf B&H-Nachfolgestrukturen und dem Verbot der „Weisse Wölfe Terrorcrew“ wurden ausgerechnet die Gruppen geschwächt, die sich als Konkurrenz zu den „Hammerskins“ aufgestellt hatten. Die „Hammerskins“ bilden eine gefestigte Struktur, in ihrer Führungsebene bewegt sich mindestens ein V-Mann. Es lässt sich mutmaßen: Sollten bei ihnen Zerfallserscheinungen einsetzen, so wäre ein Verbot wohl nur Formsache. •







**Oben:** Im Ausland weitgehend risikolos: Neonazi aus dem Allgäu 2015 in Italien mit Shirt von „Blood & Honour Deutschland“. Die Tätowierung am Oberarm zeigt den Zahlencode „28“. Links daneben: Ein Musiker der schwedischen Neonazi-Band Pitbullfarm.

**Unten:** Konzert in England: Das Transparent „Brotherhood 28 Outlaw“ bei einem Auftritt der deutschen Neonaziband Valhallas Patriots (Halle / Saale) 2006

**Zum Weiterlesen:**
Der NSU im Netz von Blood & Honour und Combat 18, NSU-Watch, 13.06.2015, www.nsu-watch.info/2015/06/der-nsu-im-netz-von-blood-honour-und-combat-18-gesamtversion

**1** Die „28“ steht für den zweiten und achten Buchstaben im Alphabet — B und H.

TITEL

Die NPD schlittert von Wahlniederlage zu Wahlniederlage und die Führungsebene ist wieder dringend auf der Suche nach strategischen Alternativen. Vor allem die geringe Personalbasis und die AfD machen der Partei dabei zu schaffen.

# NPD: Seriös in die Bedeutungslosigkeit

Eigentlich hat sich bei der NPD nicht viel verändert: Ihre Funktionäre versuchen, die Partei und die eigene Strategie erfolgreicher zu reden als beides ist, und die Wirklichkeit beweist ihnen das Gegenteil. Noch auf dem Bundesparteitag der NPD in Weinheim im November 2015 verstieg sich der ehemalige Generalsekretär der Partei, Peter Marx, zu der These, die NPD könne bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt sechs Prozent und in Mecklenburg-Vorpommern gar zwölf Prozent erreichen. Im März 2016 sah dann — eine Woche vor der Wahl — auch der Parteivorsitzende Frank Franz bei einer Pressekonferenz gute Chancen für den Einzug in das Landesparlament von Sachsen-Anhalt. So hätten die kurz zuvor teils zweistelligen Ergebnisse der NPD in wenigen Kommunen in Hessen ja gezeigt, dass die Partei nicht bedeutungslos sei. Fast peinlich wirkte dann auch die Vorstellung eines Plakates, auf dem die NPD warb, man möge bei der Landtagswahl der AfD die Erststimme und der NPD die Zweitstimme geben. Die „Partei der Normalität", wie Franz die NPD nennt, versucht um jeden Preis, mediale Aufmerksamkeit zu generieren. Noch während der Pressekonferenz erhielten Journalisten das Dementi der AfD: die gemeinsame Werbung sei nicht abgesprochen. Die Ergebnisse der Landtagswahl zeigten dann gut die derzeitigen Verhältnisse am rechten Rand des Parteienspektrums: Die NPD sackte von 4,6 Prozent auf 1,9 Prozent ab, und die AfD triumphierte mit 24,3 Prozent und ihrem bisher besten Ergebnis. Auch das Verbotsverfahren ist bei weitem nicht die Bühne, als die sie die NPD gern genutzt hätte. Mediale Aufmerksamkeit verschaffte es der Partei gewiss, doch auch hier dürfte die NPD nicht gerade positive Auswirkungen erwarten. Vielmehr zeigte sich während des Verfahrens, dass sogar die Gutachter die NPD für teils bedeutungslos halten. Die Richter scheinen außerdem die Hürde für ein Verbot höher anzusetzen als nur bei der Frage, ob der Partei eine Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus oder demokratiefeindliche Bestrebungen nachzuweisen sind. Damit könnte die NPD von ihrer derzeitigen desolaten Lage profitieren, ganz nach dem Motto: Zu bedeutungslos für ein Verbot.

Im September steht nun mit der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern die nächste und wichtigere Wahl für die NPD 2016 an. Hier verfügt die extrem rechte Partei über ihre letzte Landtagsfraktion und damit über eine wichtige Einnahmequelle und einen Ausbildungsort für ihre Funktionäre. Der Verlust der Fraktion, die aus fünf Abgeordneten besteht, wäre wohl die endgültige Wegmarke für den Sturz der Partei ins Bodenlose. Der NPD blieben schlussendlich noch rund 350 Abgeordnete in den Kommunalparlamenten und mit dem ehemaligen Parteivorsitzenden Udo Voigt noch ein Mandat im Europaparlament.

## Von allen Seiten in Bedrängnis

Von den aktuellen Debatten rund um die gestiegene Zahl von Geflüchteten und dem damit wahrnehmbar wiedererstarkten Rassismus in der „Mitte der Gesellschaft" kann die NPD derzeit nicht wirklich profitieren. Auf dem Bundesparteitag im November 2015 gab Frank Franz an, die Mitgliederzahlen der Partei seien um 8 bis 10 Prozent gestiegen und die Partei habe nun rund 5.200 Mitglieder. Damit hätte sich die Partei auf einem Niveau stabilisiert, über welches sie bereits zu Zeiten von Holger Apfel als Vorsitzendem verfügte. Dies würde aber gleichzeitig bedeuten, dass die NPD zwischenzeitlich deutlich unter 5.000 Mitglieder hatte. Mit der „seriösen Radikalität" eines Holger Apfel, die unter Frank Franz zum „aufgeklärten Nationalismus" wurde, und dem Auftreten der AfD hat die NPD ihren Platz am rechten Rand des Parteiensystems verloren. Auf der einen Seite zieht ihr die AfD große Teile des WählerInnenklientels ab und auf der anderen Seite können besonders die radikalen neonazistischen Kräfte mit der NPD nicht mehr viel anfangen. Zusätzlich haben sich mit den Parteien „Die Rechte" und „Der III. Weg" radikalere Alternativen gebildet, welche das aktionsorientierte Potential der Szene eher ansprechen. Dies zeigt sich in den letzten Jahren nicht zuletzt auch an den bundesweiten Demonstrationen am 1. Mai. Das aktionsorientierte Spektrum und darunter auch zahlreiche NPD-Funktionäre zieht es eher zum „III. Weg" als zur eigenen Partei. Damit ist die NPD zwischen den neonazistischen Kleinstparteien und der AfD gefangen und hat ihren angestammten Platz als Integra-




Ideenlos, hilflos, erfolglos — Die NPD unter ihrem Parteivorsitzenden Frank Franz.

tionspunkt der extremen Rechten verloren. Auch die Verlagerung der Parteipropaganda in die digitale Welt ändert daran nichts. Das neue Youtube-Format („DS-TV") der NPD, eine Art verfilmte Parteizeitung, kommt bei den meisten Beiträgen nicht über 10.000 Klicks hinaus und verharrt bei vielen sogar unter 5.000. Bedenkt man, dass die Videos auch über Facebook verbreitet werden, wo allein der Bundesverband über 160.000 Likes hat, eine eher schlechte Bilanz.

### Neue Strategie-Diskussion

Im Mai 2016 fand sich dann eine erste öffentliche Reaktion des Parteivorsitzenden auf die schlechten Wahlergebnisse und den Zustand der NPD in der Parteizeitung. Unter dem Titel „Wie weiter?" skizzierte Franz die Probleme der Partei aus seiner Sicht und deutete erste Maßnahmen an. Bereits mit der Überschrift knüpft Franz an einen seiner Strategietexte aus dem April 2011 an. Für Franz sind aktuell mehrere Faktoren für den Misserfolg der NPD verantwortlich. Innerparteilich seien es vor allem die „Mehrfachbelastungen" des Personals, was auf die weiterhin dünne Personaldecke der NPD vor allem im Bereich der Führungskräfte verweist und die Strukturschwäche der Partei. Daneben habe die „anhaltende Verbotsdebatte" die Partei „selbstverständlich geschwächt", wie Franz einräumt. Hatte Franz im März noch behauptet, es gäbe genug Platz für zwei „patriotische Parteien", also NPD und AfD, so macht er kaum zwei Monate später die AfD mitverantwortlich für das schlechte Abschneiden der eigenen Partei bei den zurückliegenden Wahlen. Fast etwas resigniert klingt dann auch sein Fazit in Bezug auf AfD und Verbotsverfahren: „Wir können an diesen beiden Punkten nahezu nichts ändern."

Vielmehr will er weiter an einer „seriösen Strategie" der NPD festhalten und den Weg zum „Normalbürger" finden. Dazu gehöre auch eine bessere Wähleransprache und ein geringerer Fokus auf die „Abstammungsfrage", da diese „in keiner Weise wahlentscheidend" sei. Daneben will Franz nicht mehr jede Wahl mit Mitteln bezuschussen, sondern Schwerpunkte setzen. Jenseits der Bundestagswahl 2017 soll also jeweils entschieden werden, wo die NPD mit allen zur Verfügung stehenden Ressourcen in den Wahlkampf zieht. Neben dem Strukturausbau soll außerdem weiter auf eine Verankerung vor Ort gesetzt werden. In diesem Zuge kündigt Franz eine Mitgliederkampagne für das Jahr 2016 an.

### Mit voller Kraft bergab

Seit rund eineinhalb Jahren ist Franz nun Vorsitzender der NPD. Wie auch der Parteitag in Weinheim zeigte, ist er nach den langandauernden innerparteilichen Querelen mehr eine Notlösung als die lang erwartete Führungsfigur. Franz scheint die NPD mit seinem überschaubaren Team weiter als seriöse Partei inszenieren und „keine Randgruppenbelustigung betreiben" zu wollen, wie er selbst schreibt. Damit wird die NPD weiter an Integrationskraft verlieren, was vor allem offen auftretende neonazistische Strukturen begünstigen könnte. Gleichzeitig sind Wahlerfolge vor allem wegen der AfD nicht zu erwarten. Jenseits der Entscheidung bezüglich eines NPD-Verbotes wird sich für Franz die Frage stellen, wie lange die Partei ihm Niederlagen verzeiht, und ob es nach all zu zahlreichen Wahldesastern doch noch einen aussichtsreichen Gegenkandidaten geben wird, der Franz ablösen will. •

TITEL

Als die offen nationalsozialistische „Sozialistische Reichspartei" zu Beginn der 1950er Jahre zweistellige Wahlergebnisse erzielte, entschied sich die Bundesregierung unter Kanzler Konrad Adenauer erstmalig zur Stellung eines Parteiverbotsantrages beim Bundesverfassungsgericht. Wie und mit welcher Begründung werden Parteien in der Bundesrepublik verboten? Ist die wehrhafte Demokratie ein antifaschistisches Konzept?

# Schutz der bestehenden Ordnung durch wehrhafte Demokratie

SARAH SCHULZ

## Verfassungsrechtliche Grundlagen

In den 1950er Jahren festigte sich das Konzept der wehrhaften Demokratie, dessen „schärfstes Schwert" das Parteiverbot durch das Bundesverfassungsgericht sein sollte. Der Artikel 21 des Grundgesetzes integriert Parteien in das Verfassungsgefüge der Bundesrepublik. Auf diesen „verstaatlichenden Sog", in dem der politische Streit gezähmt wird, folgt im nächsten Absatz des Grundgesetzartikels prompt die Drohung des Parteiverbots bei Beeinträchtigung oder versuchter Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (fdGO). Ein solches Verbot darf nur das Bundesverfassungsgericht aussprechen. In der Juristerei nennt man das „Parteienprivileg" — das Privileg also nur vom höchsten Gericht verboten werden zu dürfen. Um die „Sozialistische Reichspartei" (SRP), die sich selbst in der Tradition der NSDAP sah, aber verbieten zu können, musste das Gericht nachweisen, dass die Partei die fdGO gefährdete. Was aber ist denn die fdGO?

## Wehrhafte Demokratie

Die fdGO erscheint heutzutage relativ klar und konsensuell — ist sozusagen der Grundkonsens der Demokratie. Dabei war sie in den 1950er Jahren umstritten. Die Idee der wehrhaften Demokratie speiste sich aus der Annahme, dass eine Demokratie ohne festen Wertekonsens Gefahr läuft, sich nicht gegen ihre Feind*innen wehren zu können. Die nationalsozialistische Machtübernahme war dafür das historische Beispiel. Dabei wurde allerdings kaum bis gar nicht geklärt, was denn der Nationalsozialismus war, wie Staat und Recht im NS funktionierten und wovon man sich genau abgrenzen wollte.

In der „Geschichtslegende" ist der Nationalsozialismus legal an die Macht gekommen und die Weimarer Republik konnte sich aufgrund ihrer inhaltlichen Beliebigkeit — sie hatte ja keine fdGO — nicht gegen ihre Unterwanderung wehren. Dabei haben Bürokratie und Justiz den Nationalsozialismus begünstigt bis gefördert und standen der liberalen Demokratie seit Beginn der Republik skeptisch gegenüber. Nicht ihre Liberalität, sondern die monarchistische und konservativ-nationale Ausrichtung der Staatsapparate und deren Akteure ließen die Weimarer Demokratie scheitern.

## Die Darstellung der nationalsozialistischen Machtübernahme im SRP-Verbot

Im Urteil zum Verbot der SRP leitet das Verfassungsgericht eben diese Legende her. Bei den Diskussionen zum Grundgesetz habe sich der Verfassungsgeber entscheiden müssen, ob er „absolute Freiheit" (BVerfGE 2, 1, 11) gewähren wolle oder „gewisse Grenzen ziehen" (ebd.) müsse, gerade wenn Parteien mit „formalen Mitteln der Demokratie diese selbst beseitigen wollen" (ebd.). Der Aufstieg der NSDAP war für das Verfassungsgericht eine planvolle Manipulation unreifer, drängender Jugend, die nach dem Ersten Weltkrieg in wirtschaftlicher Not war (BVerfGE 2, 1, 17). Das spielte zusammen mit der legalen Strategie wie sie in modernen Staaten immer häufiger werde. Die Macht werde durch eine „Unzahl feindseliger Einzelakte, von denen jeder für sich betrachtet verhältnismäßig unbedeutend und nicht notwendig verfassungswidrig" (BVerfGE 2, 1, 20) sei, erlangt. Das Ende vom Lied ist dann der „Staat in Krieg und Zusammenbruch" (BVerfGE 2, 1, 19).

Diese Erzählung ist bis heute Rechtfertigung für präventives Handeln der Strafverfolgungs- und Verfassungsschutzbehörden. Legales politisches Handeln ist dann, je nach dem was gerade durch die Behörden als bedrohlich gekennzeichnet ist, mit der „Duftmarke besonderer Gefährlichkeit versehen". Wehrhafte Demokratie ist verkürzte Liberalität: Politische Freiheit wird vom Staat gewährt — Demokratie ist „‚von oben' dargereichte[...] Politik" — und kann von ihm folglich auch wieder genommen werden.

## Die freiheitliche demokratische Grundordnung

Genommen werden kann politische Freiheit dann, wenn eine Gefahr für die fdGO diagnostiziert wird. Das Bundesverfassungsge-


Foto: Bundesarchiv Bild 183-H25087

Der Major Otto Ernst Remer war ein Kommandeur des Wachbataillons Berlin, der den Putschversuch der Offiziere [am 20.7.1944] vereitelte. Hier im Zeitspiegelgespräch mit Paul Cnuva, dem Leiter der Gruppe Zeitgeschehen des Großdeutschen Rundfunks.

Remer war in der Nachkriegs-BRD Mitbegründer und 2. Vorsitzender der neonazistischen Sozialistischen Reichspartei (SRP).

richt definierte im SRP-Verbot erstmals, was die fdGO sein sollte. Die damals aufgestellte Formel findet sich bis heute überall zitiert.

„Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Art. 21 II GG ist eine Ordnung, die unter Ausschluß jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition." (BVerfGE 2, 1, 1)

Das Gericht stellte die Formel ohne „materielle[n] Zusammenhang von bürgerlicher Gesellschaft und aus ihr heraus konstituiertem Staat" auf. Es fand stattdessen eine „religiös-naturrechtliche[...]" Begründung: Die Richter*innen behaupteten, dass „der Mensch in der Schöpfungsordnung einen eigenen selbstständigen Wert besitzt und Freiheit und Gleichheit dauernde Grundwerte der staatlichen Einheit sind". Damit war die fdGO als objektive Wertordnung gesetzt.

Ebenso wenig verwies das Gericht auf die eigentliche Quelle seiner Definition. Die fdGO war nämlich schon 1951 in den parlamentarischen Debatten zum politischen Strafrecht Thema gewesen. Die Abgeordneten und das Bundesjustizministerium schufen mit diesem Gesetz den Tatbestand der „Staatsgefährdung". Das Schutzobjekt dieses neuen Tatbestandes waren „Verfassungsgrundsätze im Sinne des Strafrechts". Diese Verfassungsgrundsätze sind mit der verfassungsgerichtlichen Definition der fdGO nahezu identisch und waren für strafrechtliche Anwendbarkeit konzipiert, nicht um einen demokratischen Minimalkonsens zu schaffen. Mit dieser fdGO-Formel begründete das Gericht schließlich u.a. das Verbot der SRP.

### Keine antifaschistische Hoffnung

Das SRP-Verbot ist grundlegend für die wehrhafte Demokratie und bis heute die Quelle für die fdGO. Die Richter*innen haben die für das Strafrecht konzipierten Verfassungsgrundsätze zu einer objektiven Wertordnung mit religiösen Weihen gemacht. Die wehrhafte Demokratie ist damit eine „neue Version in der Reihe der demokratieresistenten politischen Systemrealisationen der deutschen Verfassungsgeschichte". Die fdGO funktioniert als staatlich gesetzter Bestandsschutz der politischen Ordnung und ist in allen gesellschaftlichen Bereichen einsetzbar. Das kann auch Neonazis treffen, ist deshalb aber längst kein emanzipatorischer Akt.

Die historisch falsche Erzählung des Weimarer Scheiterns und der nationalsozialistischen Machtübernahme rechtfertigen präventives exekutives Vorgehen. Ein heutiges NPD-Verbot muss sich auf diese Darstellung beziehen, sie übernehmen oder revidieren. Ob die Richter*innen eine Überarbeitung der damaligen Position vornehmen, bleibt abzuwarten. Die antifaschistische Wendung der wehrhaften Demokratie ist dabei eine vergebliche Hoffnung, die das Staatsschutzkonzept nur mehr legitimiert. Wehrhafte Demokratie war nie eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, sondern stets Schutz der bestehenden Ordnung. •

Anmerkung der Redaktion:
Mit Hilfe der fdGO wurde vier Jahre nach der SRP am 17. August 1956 die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) verboten. Mit dem Verbot erfolgte eine Verhaftungswelle mit tausenden Anklagen. Die fdGO wurde vor allem als Instrument genutzt, das linke politische Spektrum massiv zu kriminalisieren. Mit dem sogenannten Radikalenerlass unter Bundeskanzler Willy Brandt vom 28. Januar 1972 wurde sie auch zur Grundlage der Berufsverbote. Diese betrafen nicht nur organisierte Linke, sondern auch unorganisierte. Die Regelanfrage auf Bundesebene wurde schon 1976 wieder aufgehoben, aber letztendlich nur auf die Landesebene verlagert. Als letztes Bundesland schaffte sie Bayern 1991 ab. Bis heute bildet die fgGO die Grundlage für verfassungsschützerische Umtriebe und Repression gegen 'Linksextremisten'.

TITEL

Am 10. Februar 2016 verbot das Bundesministerium des Inneren die Neonazi-Vereinigung „Weisse Wölfe Terrorcrew“ (WWT). Das Verbot der Gruppierung kam für AntifaschistInnen wenig überraschend: Die Gruppe hatte ihre nationalsozialistische Gesinnung und ihre Gewaltbereitschaft immer wieder offen zur Schau getragen. Die wesentliche Akteure und die Gewalttaten der WWT hatten AntifaschistInnen bereits 2013 recherchiert und in der Broschüre „Den Weissen Wölfen Terror machen!“ veröffentlicht.

# Wölfe im Wolfspelz

## Verbot der „Weisse Wölfe Terrorcrew“



## Vom Fanclub...

Wie bereits zuvor AntifaschistInnen, machte auch das Bundesministerium den Neonazi-Aktivisten Sebastian Rudow aus Hamburg als Gründer und Rädelsführer der WWT aus. Auf ihn ging die ursprünglich 2007 als Fangruppe der RechtsRock-Band „Weisse Wölfe“ gegründete WWT zurück. Die konspirativ agierende Band um Sänger Stjepan Jus und Schlagzeuger Marko Gottschalk (ebenfalls Sänger bei „Oidoxie“), bezieht sich seit ihrer Gründung 1998 deutlich auf das in Deutschland verbotene Neonazinetzwerk „Blood & Honour“ (B&H), sowie dessen militanten Arm „Combat 18“ (C18). Auch die WWT lässt personell auf dieses internationale Netzwerk schließen, betrachtet man deren Aufstellung auf Neonazi-Veranstaltungen. Erwähnenswert ist dabei der frühe Kontakt zu der Schweizer B&H-Sektion um Jonas Schneeberger[1] und Sebastien Nussbaumer. Mit Letzterem kam die WWT bereits im April/Mai 2008 in Kontakt, als dieser einen knappen Monat zu Besuch in Hamburg war. Gemeinsam mit dem Brandenburger WWT-Sektionschef Sandy Ludwig und WWT-Rädelsführer Sebastian Rudow nahm der Schweizer am 1. Mai 2008 an einem Aufmarsch in Hamburg teil. Brisant ist dessen Aufenthalt nicht nur, weil er dadurch Kontakt zur norddeutschen Neonazi-Szene bekam, sondern weil er im Zuge seines Besuchs eine Pumpgun nach Hamburg schmuggelte, die 2009 bei einem Mitglied der WWT gefunden wurde. Im Mai 2012 versuchte Nussbaumer diesen Kontakt zur WWT für seine Flucht zu nutzen, nachdem er in Zürich auf ein anderes B&H-Mitglied geschossen hatte. Diese endete jedoch nicht wie geplant in Buchholz in der Nordheide, denn die Bundespolizei wartete bereits am Hamburger Hauptbahnhof auf den bewaffneten Neonazi (Vgl. AIB Nr. 95). Im Juli 2013 gelangte der Schweizer zusammen mit den WWT-Mitgliedern Denny R. und Heiko W. erneut ins Visier der Behörden. Gemeinsam mit drei weiteren Neonazis aus der Schweiz und den Niederlanden sollen sie Teil der militanten Gruppe „Wehrwolf Kommando“ gewesen sein (Vgl. AIB Nr. 100).

## ...zur Kameradschaft

Als Kameradschafts-Gründungsfeier der WWT kann ein Treffen im Juni 2008 mit rund 50 Neonazis im Hamburger Jacobipark angesehen werden. Neben Sandy Ludwig aus Wittstock/Dosse und Sebastian Rudow posierten ein Dutzend weitere Neonazis mit einheitlichen Shirts der WWT, auf deren Rückseite der Schriftzug „Unbelehrbar“, das Kürzel „C18“, sowie der Spitzname des Trägers abgedruckt waren. Als Polizisten die Gruppe wegen Hitler-Grüßen und Angriffen auf Autos festsetzen wollten, sprang der betrunkene Sebastian Rudow einer Polizistin gegen das Knie und verletzte sie dadurch schwer. Im Anschluss verletzte er einen weiteren Polizisten durch einen Sprung gegen die Brust. Nach einer 14-monatigen Haftstrafe strukturierte Rudow Mitte 2011 die Reste der WWT neu, die aus der Gruppierung „Hamburger Nationalkollektiv / Weisse Wölfe Terrorcrew“ (HNK/WWT) hervorgegangen war. Diese Gruppe hatte Rudow bereits 2007 gegründet gehabt. Auf der von Denny R. betreuten Homepage sprach man sich nun u.a. gegen eine „undiziplinierte Freizeitmentalität“ und für einen „gesunden Gemeinschaftssinn“ aus und warb für „gemeinsame Aktivitäten“. Dieser „Gemeinschaftssinn“ zeigte sich 2011 und 2012 durch die Teilnahme an fast jedem größeren Neonazi-Aufmarsch in der Bundesrepublik, Besuche unterschiedlichster politischer Veranstaltungen und durch die Organisation eigener Aufmärsche. Herausragend ist in dem Zusammenhang die von ihnen veranstaltete „Unsterblichen“-Spontandemonstration in Hamburg 2011 — als Teil der bundesweiten „Volkstod“-Kampagne — und die Teilnahme am „Nationalen Fußballturnier“ Anfang September 2012 im brandenburgischen Velten, in dessen Anschluss sich Mitglieder der WWT auf den Weg nach Berlin machten. Ziel war die von Neonazis betriebene und von Berliner WWT-Mitgliedern wie Ronny Sch., Tim W. oder Tom Staletzki[2] frequentierte Kneipe „Zum Henker“ in Berlin-Treptow. Dort entzündeten die Anwesenden bengalische Lichter und entrollten ein Transparent, auf dem sie Solidarität mit dem verbotenen "Nationalen Widerstand Dortmund" forderten. Des weiteren griffen Mitglieder der WWT-Sektion Hamburg, u.a. Maximilian F. und Heiko W., am späten Abend einen Mann an, beraubten und jagten ihn.

## ...zum Bruderbund

Dass die Homepage der HNK/WWT nur bis Herbst 2012 gepflegt wurde, ist auf den Richtungsstreit zwischen Heiko W. und Denny R. zurück zu führen, der für letzteren mit dem Austritt aus der Gruppe endete. Der Name „Hamburger Nationalkollektiv“ verschwand aus dem Logo und Denny R. gründete die „AG Nordheide“. Zu diesem Zeitpunkt entstand auch die WWT-Sektion Hannover, welche aber schnell an Bedeutung verlor.

Dass dieser Strukturwechsel in keinem Fall die Gewalttätigkeit der WWT beeinflusste, wurde im Laufe der folgenden Jahre quer durch Deutschland deutlich. So griffen Mitte Februar 2013 in Hamburg-Pinneberg neun Neonazis aus den Kreisen der WWT einen Mann aus Togo aus rassistischen Motiven an. Als sich im April 2013 die führenden Thüringer Neonazi-Gruppen gegen eine weitere Zusammenarbeit mit dem aus dem Weimarer Land stammenden Michel Fischer entschieden, fand dieser als Gewalttäter bekannte Neonazi eine neue Heimat bei der WWT, als Sektionsleiter in Thüringen. Gemeinsam mit Ronny Sch., ehemals Aktivist der verbotenen Berliner Kameradschaft „Frontbann 24“, war er bis 2015 für die Ausstattung der WWT mit Kleidung mit WWT-Symbolik zuständig. Fischers Popularität und Selbstbewusstsein stieg durch die Teilnahme an bundesweiten Demonstrationen als WWT-Mitglied, so dass es ihm ab Anfang 2014 wieder voll möglich war, eigene Demonstrationen in Thüringen durchzuführen. Auch bei gewalttätigen Auseinandersetzungen war er bundesweit zugegen. Anfang Februar 2014 pöbelte er gemeinsam mit einer Gruppe Neonazis um den WWT-Kader Sebastian Rudow mehrere Personen im Hamburger Hauptbahnhof mit rassistischen Sprüchen an. Als Polizeibeamte eintrafen, wurden diese aus der Gruppe heraus körperlich attackiert, wobei Rudow nur durch Gewalt daran gehindert werden konnte, einem asiatisch aussehenden Sicherheitsdienstmitarbeiter ins Gesicht zu schlagen. Allerdings wurde dieser anschließend vom WWT-Mitglied Daniel D. zu Boden geschlagen und dort weiter attackiert.

Nur ein paar Tage später fand in Weimar der von Michel Fischer organisierte „Trauer-

marsch" anlässlich des 70. Jahrestags der Bombardierung der Stadt statt, an dem WWT-Mitglieder aus Hamburg, Thüringen und Berlin teilnahmen. Auch der sächsische Sektionsleiter der WWT, Kevin Pesch, trat in diesem Zusammenhang wohl zum ersten Mal in Erscheinung. Obwohl dem Aufruf nur knapp 80 Personen gefolgt waren, fiel die WWT, bzw. deren Berliner Mitglied Tim W., erneut durch Gewalt auf. Nachdem der Einsatzleiter und Weimarer Polizeichef ihn aufgefordert hatte seine Vermummung abzunehmen, wurde er von Tim W. angegriffen und zu Boden gerissen.

2014 war auch das Jahr, in dem die bayerische WWT-Sektion durch Gewalttaten von sich hören lies. So griffen Sascha Rosenbach, damals Sektionsleiter Bayern, und der spätere Sektionsleiter Patrick Hofmann-Kraus Anfang Dezember in Bamberg alternative Studenten in einem Lokal an. Dann randalierten Mitte Dezember, nach einem Treffen in Allmersbach im Tal, WWT-Mitglieder in einer Gaststätte in Backnang. Die ein Dutzend Neonazis pöbelten dort drei Algerier an und riefen Parolen wie „Juden zu vergasen, ist kein Verbrechen". Im Januar 2015 griffen WWT-Aktivisten um Hofmann-Kraus und Rosenbach unter Rufen wie „Ist hier jemand links?" und „Heil Hitler" erneut vermeintliche Linke in einer Bamberger Gaststätte an, wie auch im darauf folgenden Mai, wo eine Gruppe WWT-Mitglieder um Hofmann-Kraus mehrere Antifaschist_innen angriffen und verletzten.

Bis zum Verbot im März 2016 gab es etliche gewalttätige Auseinandersetzungen, die durch die bundesweiten Sektionen der WWT initiiert wurden. Bevorzugt auf Aufmärschen wie dem 1. Mai 2015 in Saalfeld, lebte die WWT ihren Gewaltfetisch aus. In den letzten Monaten ihrer offiziellen Existenz schien jedoch ein strategischer Wandel erfolgt zu sein. Immer seltener waren WWT-Mitglieder in WWT-Shirts anzutreffen. Der seit 2015 als Sektionsleiter der WWT in Bayern agierende Hofmann-Kraus, ließ durch seine Aussagen im Zusammenhang mit einer Vernehmung den Schluss zu, dass die WWT mehr und mehr versuchte im „Untergrund" zu agieren. Die Führungsebene hätte beschlossen, „dass keine Straftaten in Klamotten der WWT begangen werden sollten. Dennoch verhält es sich so, dass sich der Schwarze Block häufig aus WWT-Mitgliedern zusammengesetzt hat (...)" und weiter: „Für etwaige noch nicht genau besprochene Aktionen gegen die Antifa-Gruppierungen war geplant, dass wir örtlichen WWTler uns nicht die Finger schmutzig machen würden, sondern dies durch die internationale Vernetzung durch Mitglieder anderer WWT-Gruppen erledigen lassen." Dass die WWT unter dem Gruppennamen „One Family" über den Chat-Anbieter „Whatsapp" kommunizierte, spricht allerdings gegen eine durchdachte Konspirativität.

**Bundesweite Expansion**

In den WWT-Strukturen fanden im Laufe der Jahre diverse bekannte Neonazis eine neue politische Heimat. Dabei war das Netzwerk Auffangbecken und Sprungbrett zugleich. So ist Michel Fischer seit 2015 Organisationsleiter der Partei „Die Rechte" in Thüringen, die ehemaligen WWT-Mitglieder Dennis Kittler und Tom Staletzki Beisitzer des Berliner Verbands der Partei.

Langjährig aktive Neonazis wie Detlef Walk aus Zweibrücken[3] verschafften durch ihre Mitgliedschaft im „Bruderbund" der WWT neue Netzwerke und Verbindungen zu älteren Neonazis.

Auffangbecken ist die WWT für Neonazis wie Sabrina Drost, Gründerin der WWT-Sektion Hannover. Sie gehörte der Neonazi-Organisation „Besseres Hannover" an, die im September 2012 verboten worden war. Ein unscheinbares Mitglied der WWT ist auch der Thüringer Michael Zeise, dessen „Autonome Nationalisten Weimarer Land" eine Konstante im Bundesland darstellt. Der „freie Aktivist" tritt seit 2010 als Redner auf diversen Veranstaltungen auf, vom Thüringentag der „nationalen Jugend" in Pößneck bis hin zum 1. Mai 2015 in Saalfeld.

Beachtlich ist in der Rückschau die schnelle bundesweite Verbreitung der WWT. Ausgehend von der ca. 15 Aktivisten zählenden Hamburger Gründungsgruppe um Sebastian Rudow hatte sich die WWT von 2011 bis 2016 auf insgesamt zehn Sektionen (Bayern, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg, Niedersachsen, Saar-Pfalz, Sachsen, Thüringen, Württemberg) mit rund 75 Mitgliedern ausgeweitet. Offenbar gibt es innerhalb der Neonazi-Szene ein Bedürfnis nach einer offen militant auftretenden hierarchisch organisierten Neonazi-Struktur jenseits vom Muff der Neonazi-Parteien und der Verbalradikalität der „Autonomen Nationalisten".

Gerade der elitäre Habitus einer „Bruderschaft" und das uniformierte Auftreten als geschlossene Gruppe bei Neonazi-Events hatte offenbar eine starke Anziehungskraft innerhalb der Neonazi-Szene, wobei die „elitäre" Mitgliedschaft relativ billig mit dem Kauf eines 15 Euro teuren WWT-Shirts und 5 Euro Monatsbeitrag zu haben war. Dass es nicht bei einer Gruppe auf dem Niveau diverser „T-Shirt-Terroristen"-Gruppen blieb, macht der relativ hohe Organisationsgrad deutlich. Neben der gemeinsamen Teilnahme an Neonazi-Demonstrationen und RechtsRock-Konzerten veranstaltete die WWT auch eigene Events. Die RechtsRock-Konzerte u.a. mit „Legion of Thor", „Sleipnir" und „Exzess" am 18. Mai 2013 in Finowfurt (Brandenburg) und am 16. August 2014 mit „Kommando 192" in Erfurt (Thüringen) wurden maßgeblich durch WWT-Mitglieder organisiert. Auch ein Konzert im thüringischen Kirchheim 2015, die Aftershow-Party zum „Trauermarsch", wurde vom WWT-Sektionsleiter Michel Fischer veranstaltet. Den Kartenvorverkauf organisierte das Berliner Mitglied Tim W. Regelmäßig fanden in den vergangenen Jahren auch Gruppen-Treffen und Sektionsleiter-Treffen mit bundesweiter Beteiligung in wechselnden Bundesländern statt.

**Organisierte Gewalt**

Das Verfahren gegen WWT-Mitglieder aus Bamberg wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung (Vgl. Seite 24) zeigt, dass sich Teile der WWT zunehmend radikalisiert haben. Einige Mitglieder der Berliner Sektion scheinen einen besonderen Geschmack an organisierten Gewaltausflügen entwickelt zu haben. So zogen am 12. September 2015 etwa 50 Neonazis durch die Rigaer Straße in Berlin-Friedrichshain und griffen dort vereinzelt Passant_innen an. Die Straße war in den Medien zuvor als „linker Hot Spot" bezeichnet worden. Nach



2.v.r. Oliver O. am 7. Mai 2016 auf einer rechten Demo in Berlin

der gewalttätigen Aktion wurden die meisten Neonazis noch vor Ort von der Polizei festgenommen und diverse Schlagwerkzeuge sichergestellt. Neben dem Berliner NPD-Vorsitzenden Sebastian Schmidtke und dem früheren Aktivisten der Berliner „Kameradschaft Tor" Oliver O. landeten auch der WWT-Chef Sebastian Rudow und mehrere Mitglieder der Berliner WWT-Sektion für kurze Zeit im Polizeigewahrsam. Zu den hier festgesetzten Berliner WWT-Mitgliedern zählten auch Tom Staletzki, Tim W. und Dennis Kittler. Am 11. Januar 2016 wiederholte sich ein ähnliches Szenario in Leipzig. Rund 250 Neonazis griffen den linken Stadtteil Connewitz an.[4] Mehrere Personen wurden verletzt und mehr als 20 Geschäfte beschädigt. Unter den 215 vor Ort von der Polizei festgesetzten und kontrollierten Neonazis befanden sich erneut die Berliner Staletzki, Tim W. und Oliver O. Die erst einen Monat zuvor bei Tim W. und Staletzki persönlich zugestellte WWT-Verbotsverfügung lässt es wenig glaubhaft erscheinen, dass die Sicherheitsbehörden keinerlei Ahnung von dem organisierten Neonazi-Überfall hatten.

Allein in Sachsen rechneten die Ermittler 24 (schwere) Straftaten den regionalen WWT-Aktivisten zu. Ein mutmaßliches sächsisches WWT-Mitglied bzw. ein mutmaßlicher WWT-Unterstützer stand auch im Fokus der Ermittlungen zu dem rassistischen Terror in Freital. Die Ermittlungen zu Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion, versuchte Brandstiftung und Sachbeschädigung aus dem Jahre 2015 wurden wegen der bundesweiten Relevanz sogar an die Generalbundesanwaltschaft abgegeben.

## Konkurrenz zu den „Hammerskins"

Das Selbstbewusstsein der WWT-Mitglieder wuchs offenbar über die Jahre kräftig an. Mit dem Zahlenkürzel „28" auf ihrer Kleidung setzten sie sich in die Tradition des verbotenen „Blood & Honour"-Netzwerkes.[5] Damit sah sich die WWT offenbar auch in direkter Konkurrenz zu den „Hammerskins" (HS). Anlässlich eines Konzertes Anfang April 2014 in Kirchheim (Hessen) soll der damalige thüringische WWT-Sektionsleiter Michel Fischer gegenüber den Konzertveranstaltern geäußert haben, man würde offen als WWT und „28" auftreten, wenn auch die „HS-Pisser" mit ihren Symbolen dies dürften. Wenn jemand die WWT „anpissen" wolle, würde es „knallen". Anlässlich eines Konzertes der Partei „Die Rechte" mit „Die Lunikoff Verschwörung", „Nahkampf" und dem Liedermacher David Allan Surette („Griffin") Anfang November 2014 in Neuensalz-Zobes (Sachsen) soll Fischer dem württembergischen WWT-Sektionsleiter Alexander Scholl erklärt haben, die WWT müsste mal in der Konkurenz-Situation mit den „Freaks" von den „Hammerskins" „mit dem Arsch an die Wand kommen". Laut Scholl ginge es um eine „Machtdemonstration wer die Nummer 1" sei. Die „Hammerskins" dürften somit als ein heimlicher Profiteur des Verbotes gelten. Denn nach den „Skinheads Sächsische Schweiz" (SSS) und „Blood & Honour" ist mit der WWT die dritte Gruppe verboten worden, die in szeneinterner Feindschaft zu ihnen auftrat. Ein Verbot der „Hammerskins" wurde vor einigen Jahren innerhalb der Sicherheitsbehörden gestoppt, um die „Quellen", also V-Personen, innerhalb der Struktur nicht zu gefährden. Über aktuelle Gründe kann man im Moment nur spekulieren, doch dass mit Mirko Hesse (Vgl. AIB 106) und Roland Sokol (Vgl. AIB 109) alle VS-Spitzel innerhalb der „Hammerskins" aufgeflogen sind, erscheint unwahrscheinlich.

## Gefährliche Trümmertruppe?

Im Rückblick erscheint die WWT als eine Gruppe von hoch agressiven Neonazis, deren militantes Auftreten mit einem extrem unprofessionellem Verhalten gepaart ist. Neonazistische Allmachtsphantasien scheinen hierbei zu einem gewissen Realitätsverlust im Umgang mit Straftaten geführt zu haben. Offenkundig hat es die WWT den Sicherheitsbehörden durch ihr offen militantes Auftreten und ihr unvorsichtiges Verhalten sehr leicht gemacht. Anlässlich des Verbotes der „Weisse Wölfe Terrorcrew" äußerte sich Innenminister Thomas de Maizière mit den Worten: „Wir können noch nicht von einem Rechtsterrorismus sprechen, aber wir werden jeden Ansatz dazu unterbinden." Wann und wo dieser Ansatz beginnt, ließ er hierbei offen. Immerhin hatte die WWT bereits im Jahr 2008 Bezug auf das rechtsterroristische Label „Combat 18" genommen und sich mit deren Kürzel „C 18" geschmückt. Wenn dann in 2009 eine Pumpgun samt Munition — geschmuggelt von einem Schweizer Neonazi — bei der Razzia eines WWT-Mitglieds in Hamburg gefunden wird, ist man geneigt zu fragen, wie man sich dann sieben Jahre später die staatliche Unterbindung rechtsterroristischer Ansätze vorzustellen hat.

Die Gefährlichkeit und der Grad der Vernetzung der WWT ist spätestens seit Veröffentlichung der Antifa-Broschüre 2013 hinlänglich bekannt. •

**1** Ein früherer Kandidat der Schweizer Demokraten) **2** Funktionär der Partei „Die Rechte" **3** 2011 trat Detlef Walk noch für die NPD in Rheinland Pfalz an **4** B und H sind der zweite und achte Buchstabe im Alphabet).

NS-SZENE

Nach vier Jahren Ermittlungen gab die Berliner Staatsanwaltschaft im April 2016 die Einstellung eines Ermittlungsverfahrens mit dem Vorwurf der Volksverhetzung gegen fünf Personen bekannt. Es bestehe kein hinreichender Tatverdacht gegen die Beschuldigten. Gegen den gesondert Verfolgten Sebastian Schmidtke, Landesvorsitzender der Berliner NPD, wurde jedoch wegen des identischen Tatvorwurfs Anklage beim Schöffengericht erhoben. Gegenstand des Ermittlungsverfahrens war die Internetseite nw-berlin.net, die als Sprachrohr der gewalttätigen Neonaziszene Berlins diente.

# Etliche Einstellungen und eine Anklage

## Neuigkeiten im langjährigen Verfahren gegen die Neonaziseite „nw-berlin"

Die Bezeichnung „NW-Berlin" kam nach dem Verbot der Berliner „Kameradschaft Tor" im Jahr 2005 auf. Sie dürfte für „Nationaler Widerstand Berlin" stehen. Die Internetadresse des neonazistischen „Aktionsnetzwerkes" unter dem Label „NW-Berlin" fand sich nicht nur auf Plakaten oder Transparenten, sie wurde auch als aufgesprühte Parole an Tatorten neonazistischer Anschläge hinterlassen. Zu den fünf Beschuldigten, gegen die das Verfahren eingestellt wurde, gehören Jürgen R., Thomas M. und Andreas T., deren Postfächer auf „NW-Berlin"-Flugblättern genannt wurden. Die Beschuldigten Marcel Rockel (Herausgeber der Neonazi-Publikation „Berliner Bote") und Corinna H. standen im Verdacht, Zahlungen an den Host-Provider geleistet und damit den Betrieb der Seite unterstützt zu haben. Über die Internetseite wurden bis zu deren Abschaltung im Dezember 2012 etliche strafrechtlich relevante Inhalte verbreitet. Insbesondere wurden auf sogenannten „Feindeslisten" Personen des aus Betreibersicht gegnerischen politischen Spektrums unter Veröffentlichung von Fotos aufgeführt und direkt und indirekt zu Angriffen auf Personen und Einrichtungen aufgerufen. Daraufhin kam es in zahlreichen Fällen auch tatsächlich zu derartigen Angriffen. Zum Verfahren hatte insbesondere ein im Dezember 2011 eingestellter Artikel geführt, welcher unter Befürwortung der im Nationalsozialismus erfolgten Vernichtung „unwerten Lebens" ausführte: „wird das Kranke, das nicht für das Volkswachstum und nicht für die Volkswirtschaft Förderliche, als normal und alltäglich dargestellt. Schwule und Lesben finden in allen Medien und in allen Einrichtungen des öffentlichen Lebens ihren Platz, sie werden als die Generation der Zukunft verschrien. Das ist krank, asozial und unmenschlich, ganz im Sinne der deutschen Volksfeinde."[1]

Auf einer über nw-berlin.net beworbenen Schwesterseite namens „chronik-berlin" fanden sich seit Ende 2011 Listen von den Neonazis so bezeichneten „Linkskriminellen", faktisch betraf dies unliebsame Personen und linke Treffpunkte unter dem Motto: „Wir nennen die Täter beim Namen." Mit der Auslagerung dieser „Chronik" reagierten die Betreiber auf die Indizierung der Domain „nw-berlin.net" vom April 2011, welche durch einen freien Träger der Jugendhilfe im Januar 2010 beantragt worden war. Auch hier waren ausländische Domainbetreiber angegeben. Die Server standen in Panama oder den USA, was zur Folge hatte, dass zahllose Strafanträge von Betroffenen zeitnah als aussichtslos zu den Akten gelegt wurden. Dabei waren etwa der in Dänemark wohnende Schwede Christian Kjellsson und seine Firma „Bifrost Media" offen als Ersteller der Internetseiten genannt worden. Anfang 2012 hatten der Lesben und Schwulenverband (LSVD) und die Partei Bündnis 90 / Die Grünen Anzeige wegen Volksverhetzung gegen „nw-berlin" erstattet.

Auf parlamentarischer Ebene sowie durch zivilgesellschaftliche Gruppen war der Druck auf die Ermittlungsbehörden stärker geworden. Tatsächlich wurde fortan nicht mehr gegen unbekannt, sondern auf Betreiben der Staatsanwaltschaft gegen Sebastian Schmidtke als Beschuldigten ermittelt. Schmidtke war über Jahre Aushängeschild des NW-Berlin, sei es als Verantwortlicher im Sinne des Presserechtes, als Redner auf Veranstaltungen oder als Demonstrationsanmelder. In einem Interview sprach er offen von „unserer Weltnetzpräsents" (sic). Auf all das hatten Betroffene der Neonazigewalt mehr als einmal hingewiesen, das Berliner LKA 532 sah darin jedoch „keine (zureichenden tatsächlichen) Anhaltspunkte". Erst Anfang 2012 wurde im Rahmen eines Rechtshilfeersuchens an den Internetprovider „new dream network" (Kalifornien) herangetreten. Der US-amerikanische Neonazi Tom J. Martin (Charleston / South Carolina) hatte dort für „nw-berlin" und einen „Gottfried Swartholm"[2] (Stockholm) für „chronik-berlin" die Domains registriert. Die Auskunft des Provi-




Als Veranstaltungsleiter einer Neonazidemonstration in Berlin tritt Sebastian Schmidtke hinter einem „NW-Berlin.net"-Transparent öffentlich in Erscheinung.

ders führte zu dem Neonaziaktivisten Dennis Giemsch aus Dortmund und zu Christian Kjellsson aus Dänemark. Giemsch hatte als Hostbetreiber über seinen 2005 bei „DreamHost" angemieteten Server nicht nur dutzende neonazistische Seiten gehostet, sondern für die Szene auch den Bloghoster „logr.org", die Foren skadi.net und widerstand.info, das Werbenetzwerk layer-ad oder den Mailserver „0x300" bereitgestellt. Zwar wurden die beiden Berliner Internetseiten vom Netz genommen, wer dort die Administratorenrechte hatte, war offenbar jedoch nicht zu ermitteln. Auch der Versuch, über die „Hausfotografen" und somit Kontaktpersonen des NW-Berlin, Christian B. und den Berliner JN-Vorsitzenden Björn Wild die verantwortlichen Administratoren zu ermitteln, blieb erfolglos.

Die Erkenntnisarmut der Berliner Sicherheitsbehörden überrascht angesichts der zahlenmäßig überschaubaren Berliner Neonaziszene und aufgrund der Tatsache, dass sich der Berliner Neonazi Denis Sch. Anfang 2011 den ermittelnden Beamten gegenüber diesbezüglich geäußert hatte. In einem Artikel auf nw-berlin waren dessen persönliche Daten, Inhalte eines polizeilichen Ermittlungsverfahrens und ein Foto des Neonazis veröffentlicht worden, da dieser ein „Verräter" und „Denunziant" sei. Sch.'s Schilderungen geben einen Einblick in die Funktionsweise des „Informationsportals". Demnach sei der Neonazi zunächst in sozialen Netzwerken bedroht worden. Teile der ihn belastenden Ermittlungsakte seien dann in der Berlin-Lichtenberger Szenekneipe „Sturgis" Personen aus dem Umfeld der gewaltaffinen „Vandalen — ariogermanische Kampfgemeinschaft" gezeigt worden, wobei der „Vandale" Matthias G. zugesagt habe, dass jeder bekommen würde, was er verdiene. Desweiteren sollen Aktenbestandteile zu Neonazis in Dortmund geschickt worden sein. Für das Outing auf nw-berlin.net seien — seines Wissens nach — „Autonome Nationalisten" aus Berlin-Lichtenberg verantwortlich, der Internetauftritt würde insbesondere durch Björn Wild bearbeitet werden.

Es entsteht der Eindruck, als seien pro forma und ohne große Erfolgsaussichten ein paar Personen aus dem Umfeld des „NW Berlin" in das Visier der Ermittler gerückt, um gegenüber der Öffentlichkeit Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Die mutmaßlichen zentralen Akteure hinter „NW Berlin" blieben bisher noch verschont. Sollte irgendwann neben Sebastian Schmidtke auch Björn Wild angeklagt werden, träfe es neben dem Führungskader der NPD auch den Vorsitzenden ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten" in Berlin. •

1 „Familie —wie die Keimzelle des Volkes von den Demokraten vergiftet wird!" 2 Per Gottfrid Svartholm Warg wurde als Betreiber der BitTorrent-Seite „The Pirate Bay" bekannt.

NS-SZENE

Sie planten Anschläge, unterhielten Verbindungen zu verbotenen Gruppen und verfügen über Kontakte zu PEGIDA: Die Mitglieder der neonazistischen Partei „Die Rechte“ treten in Ober- und Mittelfranken seit Monaten mit unverhohlener Militanz auf. Ein Überblick.

# „Angst und Schrecken“ in Bamberg

JOHANNES HARTL

Am Ende war es ein glücklicher Umstand, der die Pläne einer Bamberger Neonazi-Zelle durchkreuzte. Weil die Polizei ein Paket mit Kugelbomben abgefangen hat, das an einen bekannten Kader gehen sollte, nahmen die Fahnder im Umfeld des Beschuldigten weitere Ermittlungen auf. Im Zuge dessen stießen sie bald auf eine ganze Reihe von aktenkundigen Vorfällen aus der letzten Zeit, darunter vorwiegend Gewalt- und Rohheitsdelikte. Gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft Bamberg erwirkten die Sicherheitsbehörden vor diesem Hintergrund einen richterlichen Beschluss und setzten zu einer großangelegten Durchsuchungsaktion in Ober- und Mittelfranken an. Dabei stellten Polizisten am 21. Oktober 2015 in 12 Objekten neben den üblichen NS-Devotionalien etliche Hieb-, Stoß- und Stichwaffen, eine scharfe Schusswaffe sowie mehrere illegale pyrotechnische Gegenstände sicher. Zudem entdeckten sie bei den Durchsuchungen konkrete Anschlagspläne, die sich gegen zwei Ziele in der Universitätsstadt richten sollten. Die beschuldigten Neonazis Patrick Hofmann-Kraus und Andreas G. wurden anschließend in Untersuchungshaft genommen. Patrick Hofmann-Kraus war seit Sommer 2015 bayerischer Sektionsleiter der „Weisse Wölfe Terrorcrew“ (WWT) und Andreas G. Mitglied seiner Organisation.

Die Gruppe plante demnach, im Anschluss an eine Demonstration das Café Balthasar „plattzumachen“[1], einen bekannten alternativen Treffpunkt in der Region, der zuletzt mehrfach Attacken ausgesetzt war. Daneben nahmen die Neonazis als weiteres maßgebliches Ziel zwei Asylbewerberunterkünfte ins Visier. Auf deren Freigelände sollten laut den Angaben eines Beschuldigten, der die Aussage in Vernehmungen ausdrücklich bekräftigte, aus Tschechien importierte Böller geworfen werden. Diese hätten die Bewohner in „Angst und Schrecken“ versetzen sollen.

Insgesamt ermittelt die Staatsanwaltschaft aufgrund der Razzia derzeit gegen 13 mutmaßliche Täter. Gegen neun von ihnen läuft ein Verfahren wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung nach § 129 Strafgesetzbuch. Sie sollen sich mit der Absicht „in einer Gruppierung“ vereinigt haben, „um rechtsextremistische Ziele zu verwirklichen“, so das bayerische Justizministerium. In dem Zusammenhang sind viele Beschuldigte bereits vor der Razzia „vermehrt wegen Gewalt- und Rohheitsdelikten in Erscheinung“ getreten, ebenso wie sie wiederholt „bei Veranstaltungen rechtsradikaler Parteien und Organisationen“ sowie als „Verantwortliche bei fremdenfeindlichen Demonstrationen“ beobachtet worden waren.

Tatsächlich gehört ein Großteil der Tatverdächtigen zu bekannten Figuren der bayerischen Neonazi-Szene. Die Mehrheit der 13 Personen organisiert sich in Oberfranken rund um den Kreisverband Bamberg der neonazistischen Partei „Die Rechte“ (DR). Deren erster Ableger im Freistaat wurde ausgerechnet am 20. April 2014, dem 125. Geburtstag von Adolf Hitler, in der Landeshauptstadt München unter der Leitung von Philipp Hasselbach gegründet. Seitdem hat die Partei ihre Strukturen in dem Bundesland rapide expandiert und verfügt inzwischen über drei weitere Kreisverbände sowie über einen eigenen Landesverband Bayern. Die Bamberger Niederlassung unter Vorsitz von Nadine Hofmann, gegründet im März 2015, ist der zweitjüngste lokale Verband und ging aus dem rassistischen Bündnis „Bamberg wehrt sich“ hervor, einem Zusammenschluss mit Anti-Asyl-Schwerpunkt.

Seine Kader gelten als außerordentlich gut vernetzt und sind für ihr aktionsorientiertes Auftreten bekannt. So übertraten Aktivisten von DR-Bamberg beispielsweise bewusst die Grenzen ihrer Partei, als sie sich am 1. Mai 2015 an einer Demonstration in Saalfeld beteiligten — einer Aktion der konkurrierenden Partei „Der III. Weg“. Darüber hinaus unterhalten die mittel- und oberfränkischen DR-Kader Kontakte zu extrem rechten Aktionsformen wie „PEGIDA“. An deren Veranstaltungen haben sich Mitglieder der Partei mehrmals beteiligt, teils sogar in leitender Funktion. Unter anderem war der Nürnberger Dan E., ein Beschuldigter im laufenden Verfahren, nicht nur



Foto: Thomas Witzgall

Die Bamberger Neonazis Nadine Hofmann und Andreas G. (Bildmitte) werden beschuldigt Anschläge mit Kugelbomben geplant zu haben. Hier bei einem Neonazi-Aufmarsch 2015 in Würzburg

ständiger Teilnehmer und zentraler Kopf hinter „Nügida". Er war am 12. Oktober 2015 auch als Ordner bei dem Würzburger Pegida-Ableger „Pegida Franken" eingesetzt.

Die maßgeblichen Aktivitäten der Bamberger beschränkten sich jedoch auf ihren Hauptaktionsraum — auf die Regierungsbezirke Ober- und Mittelfranken. Dort agierten Aktivisten und Sympathisanten von DR zeitweise mehr wie eine kriminelle Vereinigung und erregten mit militanten Aktionen wiederholt Aufsehen. Besonders im Umfeld von Veranstaltungen, an denen Anhänger der Partei teilgenommen haben, kam es regelmäßig zu gewalttätigen Eskalationen und/oder zu Einschüchterungsversuchen. Die Aktionen richteten sich hierbei überwiegend gegen politische Gegner und gegen deren Veranstaltungen, aber auch gegen gewöhnliche PassantInnen.

So griffen sechs der Beschuldigten aus dem aktuellen Verfahren am 7. März 2015 nach einer Kundgebung in Nürnberg eine zeitgleich stattfindende Aktion zum Internationalen Frauentag an, provozierten und attackierten in der Nacht vom 14. auf den 15. Mai 2015 PassantInnen in der Bamberger Innenstadt und störten am 7. Juni 2015 eine Veranstaltung gegen Rassismus im Café Balthasar. Bei der letztgenannten Aktion schlichen sich sieben vermummte Neonazis vor die Lokalität, fertigen Aufnahmen an und bauten eine Drohkulisse gegen Anwesende auf; später ergriffen sie die Flucht und wurden von der Polizei gestellt. Das brutale Auftreten der Bamberger bei diesen und weiteren Gelegenheiten bestätigte bereits früh die Befürchtungen hinsichtlich einer zunehmenden Gewaltbereitschaft und ließ eine weitere Radikalisierung erahnen. Selbst die Behörden — sonst eher zögerlich in der Bewertung solcher Vorgänge — sprachen angesichts der Betätigungen im Umfeld des linksalternativen Treffpunkts von einer „neuen Qualität".

Der Schritt hin zu einer konspirativen Zelle mit Anschlagsplänen war dementsprechend nicht weit. Doch derartige Ziele verfolgten die Bamberger offenbar nicht bloß im Rahmen der mutmaßlichen Vereinigung in Ober- und Mittelfranken; gleichzeitig sollen einige der Aktivisten auch in das Netzwerk der WWT eingebunden gewesen sein. Die rechtsterroristische Organisation wurde im März 2016 durch das Bundesinnenministerium verboten, weil sie sich offen zur Gewalt bekannte und Anschläge geplant haben soll. Die WWT-Verbotsverfügung wurde auch dem bayerischen WWT-Sektionsleiter Hofmann-Kraus und dem Bamberger WWT-Mitglied Nadine Hofmann zugestellt. Die Ermittlungen aus Bamberg haben nach Informationen von infranken.de bei dem Vorgehen eine entscheidende Rolle gespielt; sie hätten unter anderem bei der Enttarnung der Strukturen geholfen.

Einige Monate zuvor, bei der Razzia im Oktober, klopften Polizeibeamte ebenfalls an ihre Türen. Damals wurde ihre Wohnung auf verdächtige Gegenstände durchsucht und Hofmann-Kraus in Untersuchungshaft genommen. Er saß aufgrund seiner Position in der mutmaßlich kriminellen Organisation zum Zeitpunkt der Razzia weiter in Haft — als einziger der 13 Tatverdächtigen. Damit schloss sich im März ein Kreis, der die Gefahren einer gut vernetzten, militant auftretenden Organisationsform offenbart. Die zugrundeliegende Entwicklung zeigt, dass gerade auch von einem kleinen Personenkreis ein großes Risiko ausgehen kann und solche Gruppen im Hinblick auf ihre Gewaltbereitschaft nicht unterschätzt werden dürfen. •

1 Alle hier zitierten behördlichen Angaben basieren — soweit nicht anders angegeben — auf einer parlamentarischen Anfrage der Grünen-Abgeordneten Katharina Schulze, Ulrike Gote und Verena Osgyan vom 29. Oktober 2015 an Bayerns Justizminister Winfried Bausback (CSU). Sie wurde aufgrund persönlichkeitsrechtlicher Aspekte nicht als gewöhnliche Drucksache veröffentlicht, liegt dem Antifaschistischen Infoblatt jedoch vor.

NS-SZENE

# (K)Ein Ende in Sicht:

## Die Karlsruher „Wutbürger" von Kargida und Co.

ANTIFASCHISTISCHE AKTION
KARLSRUHE

### Die Pegidawelle schwappt nach Karlsruhe

Am 24. Februar 2015 starteten in Karlsruhe die sogenannten „Wutbürger" von Pegida unter dem Label „Kargida" den ersten von mittlerweile über 20 „Spaziergängen". Ca. 250 Personen aus verschiedenen rechten Spektren nahmen damals teil. Neben Mitgliedern des Landesverbandes Baden-Württemberg der Neonazi-Partei „Die Rechte", traten auch die Neonazihooligans „Berserker Pforzheim", um den selbsternannten „Leader No.1" Sascha Palosy, auf. Anmelder war der Diplom-Soziologe und ehemalige AfD-Kommunalwahlkandidat Thomas Rettig. Seine politische Laufbahn begann Rettig in der marktliberalen „Partei der Vernunft". Danach war er Gründer der sogenannten „Tea Party" in Karlsruhe — einer liberal-konservativen Bewegung, die sich ihren Namen in Anlehnung an die „Boston Tea Party" von 1773 gab. Mittlerweile betreibt er drei Internetblogs, auf denen er über antisoziale und antifeministische Themen philosophiert. Vor seiner AfD-Mitgliedschaft war Rettig Gründungsmitglied des Karlsruher Stadtverbands von „Die Freiheit".

### Sammelsurium aus „Wutbürgern", Neonazis und rechten Hooligans

Es folgten Aufmärsche im Wochentakt. Die Teilnehmerzahlen pendelten sich in diesem Zeitraum auf ca. 150 Personen ein. Unter den Teilnehmenden fanden sich vor allem bei den ersten Demonstrationen zahlreiche Neonazikader, wie z.B. der Mannheimer NPD-Stadtrat Christian Hehl, der NPD Landesvorsitzende Baden-Württemberg, Alexander Neidlein, sowie die Landesvorstandsmitglieder Benjamin Hennes und Jan Jaeschke. Inhaltlich bewegte sich Kargida von Anfang an zwischen rechts-elitärem Konservatismus und offen völkischem Nationalismus, der von NPD, „Die Rechte" und „Berserkern Pforzheim" zur Schau getragen wurde. Letztere stellten zwischenzeitlich den Ordnerdienst bei den Aufmärschen. Die Verbindungen zwischen Orgateam und rechtsradikalem Spektrum wurden vor allem von Angelina Bähren gepflegt, die kurzzeitig Mitglied des Kreisverbands Karlsruhe von „Die Rechte" war, für den sie auch bei der Landtagswahl 2016 hätte kandidieren sollen. Aufgrund ihrer mit der Parteilinie nicht konformen Tätigkeit als Sexarbeiterin sowie ihres Drogenkonsums wurde sie jedoch wieder ausgeschlossen. Trotz des Rauswurfs aus der Partei ist Bähren immernoch für selbige aktiv. Im vergangenen Wahlkampf von „Die Rechte" zur Landtagswahl in Baden-Württemberg war Bähren eine treibende Kraft. Sie war bei mehreren Wahlkampftouren des Landesverbandes mit dabei und organisierte eine Spontankundgebung „gegen Linke Gewalt"[1] als Reaktion auf einen Angriff auf Mitglieder und Symphatisanten von „Die Rechte" nach einem Aufmarsch von Kargida. Mittlerweile hat Bähren bundesweite Kontakte geknüpft. Als Teil einer „Die Rechte"-Delegation nahm sie am „Tag der Deutschen Arbeit" am 1. Mai 2016 in Erfurt teil.

### Aus Kargida wird „Widerstand Karlsruhe"

Nach dem zehnten Spaziergang gab es strukturelle Veränderungen bei Kargida, nachdem es zu Streitigkeiten mit der Pegida-„Mutter" aus Dresden gekommen war. Ab da trat die damals 21-jährige Ester Seitz, die bisher bei Bagida organisiert war, in Erscheinung. Sie war maßgeblich an der Umstrukturierung von Kargida beteiligt und fungierte seitdem als Teil des Orgateams sowie als Rednerin. Seitz hatte kurz zuvor die Organisation „Widerstand Ost-West" gegründet. Nach einem kurzen und kläglichen Ausflug samt Karlsruher Gefolge und unter dem Schutz der „Berserker Pforzheim" am 20. Juni 2015 nach Frankfurt/Main, konzentrierte sie sich fortan primär auf Karlsruhe. Seitz verlieh Kargida nicht nur ein jüngeres Auftreten, sie brachte auch das Label „Widerstand Ost-West" mit. Kurzum benannte man sich in Widerstand Karlsruhe um. Inhaltlich änderte sich zunächst nichts. Häufige Redner waren neben dem Hauptredner und Organisator Thomas Rettig vor allem Michael Mannheimer und Michael Stürzenberger. Mannheimer stellte in seinen Reden immer wieder Bezug zum NS her. So nannte er einmal „Merkel [den] schlimmste[n] Kanzler, (...) seit Adolf Hitler"[2]. Auslöser für Ermittlun-



Angelina Bähren und Ester Seitz als Teilnehmerinnen einer Neonazidemonstration.

gen seitens der Staatsanwaltschaft Karlsruhe waren die Reden Mannheimers und anderer in Karlsruhe bislang jedoch nie.

**Nebenprojekte, interne Streitigkeiten und Organisationswirrwarr**

Nachdem „Widerstand Karlsruhe“ sich eine Sommerpause gönnte, liefen rechte Aktivitäten in Karlsruhe und Region weiter. Mathias Bückle, ein junger rechter Aktivist, der als „Support“ der „Berserker Pforzheim“ an den Kargida-Aufmärschen teilnahm und später als Redner und Teil des Orgateams auftrat, initiierte eine Kundgebungstour unter dem Namen „Steh auf für Deutschland“. Bei den Kundgebungen (Motto: „Gemeinsam gegen das deutsche System“) fanden sich jedoch nie mehr als 20 Teilnehmende ein — darunter u.a. Jan Jaeschke, Ex-Vorsitzender der NPD Rhein-Neckar, der auch als Redner auftrat sowie Personen der „Berserker Pforzheim“ und des „Bündnis Deutscher Hools“ (BDH).

Die Nähe und die Kontakte Bückles zur NPD führten zu Streitigkeiten innerhalb des Orgateams von „Widerstand Karlsruhe“. Auf Drängen Rettigs wurde Bückle aus dem Orgateam ausgeschlossen. Doch Rettigs Versuch die Karlsruher Pegida vor dem Abdriften nach rechtsaußen zu schützen, misslang. Mittlerweile ist Rettig aus dem Orga-Kreis geschasst worden. An seine Stelle trat kurzzeitig der Landesvorsitzende der „Republikaner“ in Rheinland Pfalz und Stadtrat in Speyer, Alois Röbosch — besser bekannt als „Alois von Schlesien“. Nachdem sich Rettig aus „Widerstand Karlsruhe“ zurückgezogen hatte, verkündete Bückle seine Rückkehr.

**Politische Radikalisierung, Teilnehmerschwund und erneute Umbenennung**

Auf eine erneute Pause im Winter folgte eine Neubesetzung des bisherigen Orgateams sowie ein neuer Name. Neben Seitz übernahmen Manuel E. und Sebastian H. die organisatorische Arbeit. Zur ersten Demonstration unter dem neuen Namen „Karlsruhe wehrt sich“ kamen ca. 150 TeilnehmerInnen — darunter auch mehrere Neonazis von „Die Rechte“ und der „Bürgerbewegung Limburgerhof“, die der Partei „Der III. Weg“ nahesteht. Die Radikalisierung der Karlsruher Pegida war zu diesem Zeitpunkt in vollem Gange. RednerInnen wie Holm Teichert und Christian von Mengersen von „Pro NRW“ sowie Melanie Dittmer, jahrelange Neonaziaktivistin und Mitglied der „Identitären Aktion“, bezeugen diesen Wandel.

Diese radikalere Ausrichtung setzte sich auch bei den darauf folgenden Aufmärschen fort. Beim einjährigen Geburtstag von Kargida, der trotz der offiziellen Inaktivität unter der Führung des kurzzeitig dafür zurückgekehrten Thomas Rettig mit ca. 100 Teilnehmenden stattfand, waren neben bereits aufgetauchten Reichsfahnen auch Parteifahnen von „Die Rechte“ zu sehen. Dem einmaligen Intermezzo von Kargida und Rettig folgten weitere Demonstrationen von „Karlsruhe wehrt sich“ — nun im Abstand von vier bis fünf Wochen. Bei keinem dieser Aufmärsche konnte eine Teilnehmerzahl im dreistelligen Bereich erreicht werden.

Ester Seitz rückte ab diesem Zeitpunkt immer mehr in das Zentrum des Geschehens. Neben ihrem engen Kontakt zu Dittmer hat Seitz mittlerweile auch gute Kontakte in Neonazikreise. So trat sie unter anderem als Rednerin beim von „Die Rechte“ und anderen neonazistischen Organisationen initiierten „Tag der Heimattreue“ in Bruchsal, bei einer Demo „gegen Kinderschänder“[3] der Kameradschaft „Freie Nationalisten Kraichgau“ im April in Sinsheim sowie bei der „Merkel muss weg“-Demonstration im Mai 2016 in Berlin auf. Zuletzt nahm sie auch am Bundesparteitag von „Die Rechte“ in Dortmund-Dorstfeld teil.

**Ausblick**

Beinahe eineinhalb Jahre sind nun vergangen, seitdem sich in Karlsruhe die neue rechte Bewegung auf der Straße organisierte. Der anfänglich nach außen hin bemühte bürgerliche Schein ist längst verschwunden. Seit Seitz als Führungsperson des Kargida Nach-Nachfolgers „Karlsruhe wehrt sich“ fungiert, radikalisiert sich Seitz nicht nur selbst, auch die Ausrichtung der Aufmärsche radikalisiert sich. Ob dies letztlich auch der Grund für den starken Teilnehmerschwund ist oder ob den Karlsruher „Wutbürgern“ langsam die Luft ausgeht, ist an dieser Stelle noch nicht abzusehen. Die Proteste, die die Aufmärsche seit Anbeginn begleiten, sind hierbei sicherlich ein bedeutender Faktor. •

1 http://rechte-bw.com/?p=2328 2 www.swr.de/landesschau-aktuell/bw/provokation-bei-demo-von-widerstand-karlsruhe-merkel-schlimmster-kanzler-seit-adolf-hitler/-/id=1622/did=16419808/nid=1622/1h4s16k 3 http://rechte-bw.com/?p=2559#more-2559

NS-SZENE

Seit über 15 Jahren beschäftigen wir uns mit einem Mordanschlag auf AntifaschistInnen in Frankfurt am Main im Jahr 2000. Ein Artikel („Der Anschlag“) in der Frankfurter Rundschau am 15. Mai 2015 berichtete über diesen Fall. Er war für uns Anlass, im November 2015 unsere Erkenntnisse in einem 20-seitigen Papier öffentlich zu machen.

# Vertuscht und Verschwiegen

## Die (Nicht-)Ermittlungen nach einem Mordanschlag auf Linke in Frankfurt am Main im Jahr 2000

EINIGE ANTIFASCHISTINNEN AUS FRANKFURT

**Der Mordanschlag im September 2000**

In den ersten Septembertagen des Jahres 2000 hatten Unbekannte an der Auspuffanlage eines PKW einer Antifaschistin und eines Antifaschisten zwei Stangen mit metallischem Natrium angebracht. Der Stoff reagiert in Verbindung mit Wasser hochexplosiv[1], die Betroffenen — Bastian, Ulrike (Namen geändert) und ihr wenige Monate altes Kind — hätten bei einer Explosion kaum Überlebenschancen gehabt.

Mindestens 100 Kilometer waren die drei am 3. September 2000 mit den Natriumstangen an ihrem Auto unterwegs gewesen, bis diese entdeckt wurden. Sie hatten Glück im Unglück. Es regnete nicht während ihrer Fahrt, die Straßen waren feucht, aber ohne Pfützen. Ein Magnet am Auspuff deutet darauf hin, dass dort weiteres Material angebracht worden war, das während der Fahrt abgefallen war — möglicherweise ein Gefäß mit Wasser, das, wäre es am heißen Auspuff durchgeschmort, Wasser freigesetzt und die Explosion ausgelöst hätte.

**Sehr dürftige polizeiliche Ermittlungen**

Alles deutet darauf hin, dass der Anschlag neonazistisch motiviert war und Bastian treffen sollte, einen engagierten Antifaschisten und Mitarbeiter des AStA der Fachhochschule (FH) Frankfurt. Es gibt keine andere Erklärung, die auch nur im geringen Maße plausibel erscheint. Der damals noch linke AStA der FH wurde von den Neonazis als „Antifa“ angefeindet, denn er initiierte und unterstützte öffentlich antifaschistische Arbeit, zum Beispiel die Kampagne „Weg mit dem rechten Sounddreck“, die sich gegen Strukturen des hiesigen „Blood & Honour“-Ablegers richtete.

Dennoch — oder gerade deshalb: Die Ermittlungen des Frankfurter Staatsschutzes zum Mordanschlag waren äußerst dürftig. Obwohl der Polizei zwei Wochen nach dem Anschlag klar war, dass die Natriumstangen bei einer Explosion „das Auto mehrfach zerfetzt“ hätten (Zitat Frankfurter Rundschau), ermittelte sie nur wegen des Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz und nicht wegen eines geplanten Tötungsdeliktes. Das ist absurd. Doch nur so konnten der Ermittlungsaufwand geringer gehalten und die Akten schneller geschlossen werden. Bereits im Januar 2001 — nicht einmal fünf Monate nach dem Anschlag — wurden die Ermittlungen eingestellt.

Die Polizei hatte bis dahin lediglich den Weg der Natriumstangen verfolgt und ging davon aus, dass diese bei einem Industriebetrieb im Taunus entwendet worden waren. Sie befragte einige Mitarbeiter, die einen Zugang zu dem Material hatten, auf ihre Kontakte zur rechten Szene, was diese natürlich verneinten. Dann versandete dieser Ermittlungsansatz. Jedoch konnten wir in späteren Jahren rekonstruieren, dass gleich mehrere Mitarbeiter in ihrer Vergangenheit offensichtlich Verbindungen zu militanten Neonazis hatten.

Nach unseren Erkenntnissen wurde folgenden Fragen gar nicht nachgegangen: Welche Neonazistrukturen könnten für diesen Anschlag verantwortlich sein? Wer hatte die Motivation und das Konzept, um diesen Anschlag durchzuführen? Und wer hatte zugleich einen „Zugang“ zu den Betroffenen?

Im Abschlussgespräch vor Einstellung der Ermittlungen gab der Ermittlungsführer des Frankfurter Staatsschutzes gegenüber Bastian, Ulrike und ihrem Anwalt zu verstehen, dass es keine Neonazistrukturen im Frankfurter Raum gäbe, denen ein derartiger Anschlag zuzutrauen sei. Dabei wusste es selbst die Polizei zu diesem Zeitpunkt besser.

**Im Fokus: Blood & Honour und Combat 18 Rhein-Main**

Wir wissen nicht, wer Bastian umbringen wollte und fast eine ganze Familie getötet hätte. Doch wir wissen: Es gab zu dieser Zeit im Rhein-Main-Gebiet militante Neonazistrukturen, die Waffen beschafften, paramilitärische Gruppen bildeten, Untergrundkonzepte verfolgten und in entsprechende Netzwerke eingebunden waren. In



Neonazistischer Aufmarsch im fränkischen Wunsiedel 2004. Zentral (mit Brille und Jacke) Alexander H., ehemaliger Sektionsleiter von Blood & Honour Südhessen. Auf dem Shirt der Person daneben ist „B&H" und „Thüringen" zu lesen. Personen von B&H Südhessen unterhielten enge Verbindungen zu B&H in Thüringen und im sächsischen Chemnitz.

unserem Fokus standen damals Neonazis der „Blood & Honour" (B&H) Sektion Südhessen und ihrer Vorfeldtruppe White Unity. Spätestens ab dem Jahr 1999 verfolgten Personen aus diesem Kreis Pläne zur Schaffung einer Terrortruppe nach dem Konzept des „Combat 18". Initiator dieser Gruppe soll nach Angaben eines ausgestiegenen Neonazis der Sektionsleiter Südhessen von B&H, Alexander H. aus Mühlheim (bei Offenbach), gewesen sein. Ein weiterer Neonazi, der zu dieser Zeit als „B&H-Mann" wahrgenommen wurde, studierte zum Zeitpunkt des Anschlages an der FH. Über seinen Studiengang Sozialarbeit kannte er etliche Linke an der FH und er hatte jahrelang in einem Projekt der Drogenhilfe mit Angehörigen des AStA der FH zusammengearbeitet. Studierende berichteten, ihn öfter in dem Café gesehen zu haben, das sich im selben Gebäude wie der AStA befand und von dem aus ersichtlich war, wer die Räume des AStA nutzte. Mit Alexander H. aus Mühlheim verbindet ihn seit vielen Jahren eine Freundschaft. So waren die beiden im Jahr 2006 gemeinsam am Rande der extrem rechten „Ulrichsberg-Feier" im österreichischen Klagenfurt unterwegs und in eine Auseinandersetzung mit AntifaschistInnen verwickelt.

### Ein neonazistischer Überfall mit Fragezeichen

Ein weiteres Beispiel für die unzureichenden Ermittlungen bietet der Überfall von mehreren Neonazis auf die Vorbereitungen der „Rosa-Luxemburg-Tage" am 1. Juni 2000 auf dem Campus der Frankfurter Universität. Die Angreifer bedrohten Anwesende, randalierten und verspritzten Buttersäure. Mehrere Krankenwagen rückten an, um Atemwegsverletzungen der Angegriffenen zu behandeln. Interessant ist: Vor(!) dem Angriff hatte die Polizei in der Nähe der Uni eine Gruppe von acht Neonazis kontrolliert, auf die die Täterbeschreibungen zutrafen. Sechs von ihnen zählten zu White Unity, unter den Kontrollierten war auch Alexander H. aus Mühlheim. Wer konkret den Überfall begangen hatte, wurde nie ermittelt bzw. zur Anklage gebracht.

Der Überfall floss nicht in die Überlegungen der Beamten ein, die sich nur drei Monate später in den Ermittlungen zum Mordanschlag auf Bastian, Ulrike und ihr Kind hätten fragen müssen, welche Personen und Strukturen für militante Angriffe auf Linke in Frankfurt in Frage kommen. Was verleitete den Ermittlungsführer des Staatsschutzes in Frankfurt, dessen Abteilung parallel zum Mordanschlag und zum Überfall auf dem Uni-Campus ermittelte, zur Aussage gegenüber Bastian und Ulrike, dass es keine Neonazistrukturen im Frankfurter Raum gäbe, denen ein derartiger Anschlag zuzutrauen sei? Kann ein leitender Staatsschutzbeamter tatsächlich so beschränkt sein?

### Verschweigen und Vertuschen hat Kontinuität in Hessen

Mit Pannen, Fehleinschätzungen und handwerklichem Versagen lässt sich das Ermittlungsdesaster nicht hinreichend erklären. Geklärt werden muss unter anderem die Frage, ob es bei den Ermittlungen Quellen und V-Leute zu schützen galt. Darauf deuten die Geschehnisse vor und nach dem Überfall auf dem Uni-Campus am 1. Juni 2000 hin und auch eingestellte Ermittlungen gegen eine „Wehrsportgruppe", die um 2003 aktiv war und der Frankfurter Neonazis angehörten.

Die Ermittlungen des Frankfurter Staatsschutzes stehen in der Kontinuität des Verschweigens und Vertuschens der hessischen Landesregierung, die stets darauf verweist, dass das Bundesland in den bundesweiten Statistiken über „rechtsextremistische Straftaten" am unteren Ende zu finden sei. Im derzeit in Wiesbaden laufenden Untersuchungsausschuss zum Mord des NSU am 6. April 2006 an Halit Yozgat in Kassel überbieten sich die „ExpertInnen" der Behörden einmal mehr mit Behauptungen, dass es in Hessen in den 2000er Jahren keinen militanten Neonaziuntergrund gegeben habe. Die Erkenntnisse von AntifaschistInnen, die dies widerlegen, erreichen und mobilisieren indes kaum Öffentlichkeit. All die Skandale in den Legislaturperioden der Regierungen von Roland Koch und Volker Bouffier, die ausgesessen und weggewischt wurden und werden, haben selbst bei vielen kritisch denkenden Menschen ein bedenkliches Maß an Ohnmacht und Fatalismus erzeugt. Es gilt, nicht locker zu lassen und diesen Zustand zu überwinden. •

Der Artikel ist eine gekürzte Fassung der 20-seitigen Veröffentlichung „Vertuscht und Verschwiegen. Der neonazistische Mordanschlag auf Linke in Frankfurt im Jahr 2000 und was wir dazu zu berichten haben ...". Dieser wurde in gedruckter Form im Rhein-Main-Gebiet verbreitet und ist auch über Plattformen wie Indymedia im PDF-Format erhältlich. Für Hinweise, Fragen und weitere Informationen sind wir verschlüsselt unter der Adresse recherche2000@riseup.net erreichbar. Der Schlüssel (0x68A3D767) liegt auf öffentlichen Schlüsselservern, oder wir schicken ihn auf Anfrage.

**1** Metallisches Natrium entwickelt in Verbindung mit Wasser tatsächlich eine enorme Explosionskraft. Diese „Natriumstangen" werden in industriellen Produktionsprozessen verwendet und sind nur unter besonderen Auflagen zu beschaffen.

NS-SZENE

Wir haben im AIB schon häufiger über das weitläufige Netzwerk des „Nationalsozialistischen Untergrunds" (NSU) berichtet, dessen Dimension aber zumindest in der Anklage vor dem OLG München unterschlagen wird.

# „Glück auf und Heil Hitler"

## Das Netzwerk des NSU zwischen Chemnitz und Zwickau

Angeregt von den Artikeln von Stefan Aust, Helmar Büchel und Dirk Laabs in der „Welt"[1] möchten wir uns umfangreich dem Klima und den oft im Hintergrund stehenden Strukturen widmen, die Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt nach ihrem Abtauchen in Chemnitz 1998 und bis zu ihrer Selbstenttarnung in Zwickau 2011 punktuell oder konstant nahe standen. Um diesem „Fass ohne Boden" im Ansatz gerecht zu werden, haben wir uns für einen Zweiteiler entschieden. Der vorliegende Teil widmet sich dem Zeitraum 1990 bis 2002. Im zweiten Teil werden wir uns mit den Entwicklungen bis 2011 beschäftigen.

Ein großes Dankeschön geht an die lokalen antifaschistischen Strukturen, ohne die diese Aufarbeitung in diesem Umfang nie zustande gekommen wäre.

Als die Thüringer Neonazis Uwe Böhnhardt, Beate Zschäpe und Uwe Mundlos im Januar 1998 aus Jena flüchteten, fanden sie bei ihren Kameraden in Chemnitz Unterschlupf. Um diese Entscheidung nachvollziehen zu können, ist ein genaues Verständnis der damaligen Szene in Westsachsen wichtig. Bis 1998 war die sächsische Sektion von „Blood & Honour" (B&H) die aktivste der „Division Deutschland".[2] Exponierte Figuren der Struktur waren der schon zu DDR-Zeiten als extrem rechter Hooligan bekannte Thomas Starke und Jan Werner, dessen „Movement Records" das Label von B&H Sachsen war.

Die Sektion Sachsen bestand aus rund 20 Personen und konnte auf dutzende Neonazis aus der rechten Subkultur zurückgreifen. Die „Skinheads Chemnitz", auch „88er" genannt — deren Personal oft deckungsgleich mit B&H Chemnitz war — fungierten für dieses Klientel als Auffangbecken. Unter dem Label „Chemnitz Concerts 88" organisierten die ChemnitzerInnen größere Konzerte, wie 1996 mit „Fortress" aus Australien oder 1997 mit „Noie Werte" aus Baden-Württemberg.

Nach Streitigkeiten zwischen den Sektionen Berlin und Sachsen wurden Werner und Starke im Herbst 1998 aus der „Division Deutschland" rausgeworfen, die „88er" samt den Geschäften mit „Movement-Records" dienten aber weiterhin als finanzielles und politisches Feld. Man könnte es im Nachgang eher einen Austritt nennen, denn die meisten Sektions-Mitglieder in Sachsen folgten Werner und Starke. Brisant: Der ab 1999 bei Dresden wohnende Thomas Starke war 2000 bis 2012 V-Mann des LKA Berlin.

**Von Jena-Kahla ins Fritz Heckert-Gebiet**

Aus diesem Kreis kam die Unterstützung für Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe, der in Chemnitz eine Infrastruktur für ihre ersten Jahre im Untergrund schaffte. So war es Jan Werner, der beim Brandenburger Neonazi und V-Mann Carsten Szczepanski um Waffen für die drei Untergetauchten fragte, während sich Thomas Starke und Mandy Struck als verlässliche Partner des Trios bei der Wohnungssuche erwiesen. Über Strucks damaligen Freund Max Florian Burkhardt gelangten die drei Gesuchten zu einer halbjährigen Unterkunft.

Eine weitere Wohnung wurde dem NSU durch Thomas Starke vermittelt. Der war dem Trio schon vor ihrem Untertauchen ein treuer Gefährte. Sie besuchten ihn, als er bis 1996 in der JVA Waldheim in Haft saß, er besorgte ein Jahr nach seiner Entlassung den Sprengstoff für Mundlos, der in der Garage in Jena gefunden wurde. Des weiteren soll Starke kurzzeitig mit Beate Zschäpe liiert gewesen sein.

Als er 1998 in der Szene nach einer Unterkunft für die drei suchte, sollte er bei Thomas Rothe, Kern-Mitglied der B&H-Sektion und Teil der „88er", fündig werden. Dieser wohnte im als „Nazi-Viertel" bekannten Plattenbau-Gebiet „Fritz Heckert", in der Friedrich-Viertel-Straße 85. Doch

nicht nur Rothe, sondern auch Kay und Jörg Richter, Andreas Graupner, Ingolf Wecke und Ronny Sch. wohnten im selben Haus.

Um dieser Gemeinschaft Ausdruck zu geben, erfanden die damaligen Bewohner die Gruppe „Combat 85", ein Wortspiel aus „Combat 18", dem militanten Arm von B&H und der Hausnummer 85.

Dass dieses Haus kein unbeschriebenes Blatt bei den Behörden gewesen sein kann, lässt sich schnell klarstellen: Thomas Rothe kümmerte sich um das Fanzine „White Supremacy", das Sprachrohr der sächsischen Szene und war mit Matthias „Melone" Lohrrich Herausgeber des Fanzines „Sachsens Glanz". Zusammen mit den aus der Hooligan-Szene stammenden Richter-Brüdern spielte er in der um 2000 gegründeten Band „Blitzkrieg". Rothe hatte auch nach dem Umzug des Trios nach Zwickau bis mindestens 2002 zu ihnen Kontakt, wobei Mundlos ihm beim Layout seines Heftes half, wie Rothe in seinen Vernehmungen vor dem OLG München zugab. Die Hausbewohner Ingolf Wecke und Ronny Sch. gehörten auch zum engsten Kreis von B&H Sachsen, wobei Wecke Mitherausgeber des Fanzines „White Victory" war.

Andreas Graupner spielte zusammen mit Jens Schaarschmidt, dem Herausgeber des Fanzines „Foier Frei", in der Band „AEG". Mit Schaarschmidt reiste Graupner, nebst Thomas Starke, 1997 in die USA, um die bis heute aktive Band „Blue Eyed Devils" zu besuchen. Dieser Ausflug steht stellvertretend für die internationalen Kontakte der Sachsen, die für das RechtsRock-Geschäft wichtig waren und sind. Erwähnen muss man dabei, dass die Sachsen ebenso eine starke Bindung zur Brandenburger Szene um die Potsdamer Band „Proissenheads" pflegten. Deren Sänger Uwe Menzel war nicht nur Gefährte der Chemnitzer auf ihrer USA-Reise, sondern regelmäßiger Gast bei Treffen und Konzerten in Chemnitz und Umland.

**Chemnitz wird zu heiß**

Im Nachhinein könnte es mehrere Gründe gegeben haben, die den NSU veranlasst haben Chemnitz zu verlassen. Zum einen waren die ChemnitzerInnen nicht für ihre absolute Verschwiegenheit im Bezug auf den NSU gegenüber Dritten bekannt, zum anderen zeichneten sich mögliche Repressalien gegen den harten Kern der Szene ab. Das Jahr 2000 spielte in dem Zusammenhang eine besondere Rolle.

Bereits im Juli des Jahres 2000 wurde aufgrund größerer Zahlungen an us-amerikanische Neonazi-Versände die Wohnung von Andreas Graupner durchsucht. Ein Jahr später verzog er in den Raum Ludwigsburg, wo er bei der Band „Noie Werte" als Gitarrist unterkam. Kurz nach der Durchsuchung Graupners wurde der Potsdamer Uwe Menzel, alias „Uwocaust", durchsucht. Die Beamten fanden eine scharfe Waffe, was nicht verwunderlich ist, soll er doch schon wähend seiner USA-Reise in Kontakt mit Waffen gekommen sein.

Ein bundesweit schwerwiegender Eingriff, der die Chemnitzer Szene zwar nur bedingt getroffen hat — traten deren Mitglieder ja bereits 1998 offiziell aus — war das Verbot von „Blood & Honour — Division Deutschland" im September 2000. Im gleichen Zeitraum verließ Thomas Starke den Kreis der Sektion Sachsen, womöglich weil er von einem bevorstehenden Verbot wusste.

Im November 2000 wurde er im Rahmen der Ermittlungen um die Produktion und den Vertrieb der „Landser"-CD „Ran an den Feind" festgenommen. Er und Jan Werners „Movement Records" hatten diese maßgeblich organisiert. Werner buchte der Band 2000 sogar Tickets aus Chemnitz, damit diese ins Londoner Aufnahmestudio fliegen konnte. Der Kontakt zu der Berliner Band um Michael Regener und die Neonazi-Bruderschaft „Vandalen" (vgl. AIB 110) kommt nicht von ungefähr. Eines der wenigen bekannten Konzerte der Band fand 1998 in Kölsa, nördlich von Leipzig statt, organisiert von B&H Sachsen. Auch Ausflüge der ChemnitzerInnen Anfang der 2000er zu den elitären Treffen der „Vandalen" rühren von einem regen Verhältnis. Schlussendlich war auch Christian Wenndorff, neben „Landser", bei der Potsdamer Band „Proissenheads" aktiv, die wie schon beschrieben regelmäßig in Chemnitz und Umland zu Gast waren.

Das „Landser"-Verfahren sollte auch das Aus für Starkes Rolle in der Szene bedeuten. Dieser ließ sich kurz nach seiner Festnahme auf umfangreiche Aussagen im Bezug auf die „Landser"-CDs ein und belastete dadurch viele B&H-Mitglieder und „Hammerskins". Letzlich wurden auch die Bandmitglieder von „Landser" ein Jahr später festgenommen und wegen Bildung und Unterstützung einer kriminellen Vereinigung zum Teil zu Haftstrafen verurteilt (vgl. AIB 54).

Zu diesem Zeitpunkt, Anfang 2001, waren Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos bereits in das knapp 45 km südlich von Chemnitz gelegene Zwickau gezogen.

Der Kontakt dorthin lässt sich einerseits durch den Zuzug André Emingers und Mathias Dienelts aus dem Erzgebirge erklären. Diese hatten sich um die Jahrtausendwende erfolgreich bemüht, Kontakte nach Chemnitz zu knüpfen. Die von den Brüdern Maik und André Eminger gegründete „Weisse Bruderschaft Erzgebirge" (WBE) diente dabei nicht als Konkurrenz, sondern wollte zusammen mit B&H und den „Hammerskins" Teil eines starken Netzwerkes sein. Ihr politischer Charakter äußerte sich in ihrem Fanzine „The Aryan Law and Order", welches bewusst auf Saufgeschichten verzichtete. Ein von der WBE im Juli 2000 ausgerichteter „Leistungsmarsch" im Erzgebirge untermauerte die Ausrichtung, sich körperlich und mental zu stärken, um im Falle des damals viel beschriebenen „Rassenkrieges", des „Racial Holy War", kampfbereit zu sein.

Diese Einstellung zur „nationalen Sache" imponierte den ChemnitzerInnen und auch dem NSU-Netzwerk, für das Eminger dadurch interessant wurde, war die Szene in Chemnitz damals doch recht stark durchwachsen mit „Sauf-Skins" und Großmäulern. Ein erster Synergie-Effekt zwischen Eminger und dem Trio stellt die Anmietung einer Wohnung für das Trio im April 1999 dar, ebenfalls im Chemnitzer „Fritz Heckert Gebiet".

**Vorgewärmtes Nest in Westsachsen**

„Rund 400 Nazis haben am 2. und 3. September 2000 den „Tag der Sachsen" in Zwickau gestört. Sie provozierten im DGB-Zelt und riefen „Ausländer raus". Von einem Zaun sei ferner ein Transparent mit der

Aufschrift „nazifreie Zone“ abgerissen worden.“ Dieser aus dem Jahr 2000 stammende Eintrag in der Chronik des ARTZ[3] beschreibt, wie die Stimmung um die Jahrtausendwende in Zwickau war und welch fruchtbarer, brauner Boden für die folgenden Jahre geschaffen wurde.

Zehn Jahre zuvor, kurz nach dem Mauerfall, etablierte sich in der Stadt eine rege rechte Skinhead-Kultur.

Teil dieser war auch Ralf Marschner, genannt „Manole“, der mit 19 Jahren nach Zwickau zog. 1991, also ein Jahr nach seinem Umzug aus dem Vogtland, war er bereits an einem Angriff auf ein Flüchtlingsheim beteiligt. 100 rechte Skinheads hatten zuerst Flüchtlinge mit Zaunlatten attackiert und später Brandsätze auf ein Asylbewerberheim geworfen.

Im Mai desselben Jahres konnte sich Marschner auch einen Ruf bei den Hooligans des FSV Zwickau machen. Nach der Halbzeit im Spiel gegen den Erzrivalen Wismut Aue stürmte er gemeinsam mit 50 anderen Personen das Spielfeld, wobei einzelne Spieler zum Teil schwer verletzt wurden. Die Kombination aus Erlebniswelt Fußball und rechtem Lifestyle sollte sich wie ein roter Faden durch Marschners Vita ziehen.

Wie damals üblich produzierte auch die rechte Skinhead-Szene Fanzines. 1992, mit bis dato vier Ausgaben, erfüllte das Blatt „Der Vollstrecker“, herausgegeben von Marschner, diesen Dienst in Zwickau. Ein weiteres Heft namens „Voice of Zwickau“ entstand ab 1997. Die Relevanz der Zines mag heute kaum vorstellbar sein, doch Anfang der 90er Jahre waren sie ein wichtiges Sprachrohr. So wurden darin oft auch Konzerte beworben.

Ein erwähnenswertes RechtsRock-Konzert fand im Oktober 1992 im Clubhaus Braunkohle in Zwickau-Schedewitz statt. 500 Neonazis aus ganz Deutschland feierten unter Hitler-Grüßen und dem Schwenken einer Hakenkreuz-Flagge den letzten Auftritt der Band „Störkraft“, während der Polizei keine Informationen vorgelegen haben sollen, außer dass das Konzert als „Wohltätigkeitsveranstaltung“ angemeldet worden sei.

Es dauerte auch in Westsachsen nicht lange, bis eigene Bands gegründet wurden.




Eine davon war „Bomber“ aus Meerane, deren einziges Mitglied Thomas H., genannt „Kalle“[4], einer der Schlüsselfiguren zwischen Neonazis und Hooligans war. Zusammen mit dem Tätowierer Sten Krüger wirkte er ebenso in der Band „Ostfront AVK“. In Zwickau selbst formierte sich Mitte der 90er Jahre die Band „Westsachsengesocks/WSG“, deren späterer Sänger Ralf Marschner bereits bei „ZB 92“ mitspielte. Andreas Graupner soll bei „WSG“ ebenso dabei gewesen sein. Auf dem Backcover ihrer 1999 von „Hate Records“ — dem Plattenlabel von Hammerskin und V-Mann Mirko Hesse — veröffentlichten CD „Titel Zensiert“ ist auch Paul Morgenstern aus Zwickau erkennbar. Morgenstern ist bis heute in Sachen RechtsRock, bzw. NS-Black Metal (vgl. AIB 111 „Jenseits der Alpen“) unterwegs, aktuell sitzt er bei der NS-Hardcore Band „Brainwash“ am Schlagzeug.

Ralf Marschners Laden „The Last Resort Shop“, den er von 1997 an zehn Jahre in der Innenstadt Zwickaus betrieb, war Umschlagsort für die Produktionen der RechtsRock-Szene. Um 2000 konnte dort auch die „Landser“-CD „Ran an den Feind“ erworben werden. Der dafür Hauptverantwortliche Jan Werner war mit Marschner gut befreundet. Interessant in Bezug auf das Trio ist, dass sowohl Marschner als auch Werner kurz nach dem Untertauchen des Trios versucht haben sollen, an Waffen zu gelangen. Ein Zeuge gab nach der Selbstenttarnung des NSU den Hinweis, dass er Marschner auf einem Turnier in Greiz getroffen habe. Dort, auf dem „Pfingstochsen-Cup“ der rechten Freizeitmannschaft „Koliner Jungs“, will der Zeuge ferner Böhnhardt und Mundlos im Anhang gesehen haben. Im Gespräch fragte Marschner, ob er, der Zeuge, an Waffen kommen würde.

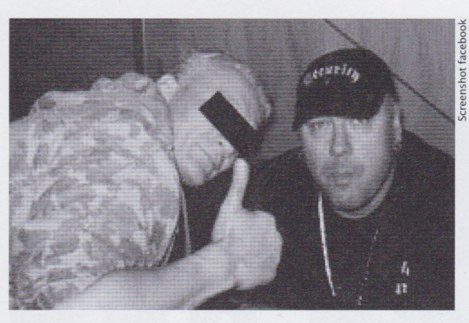
Dass die Szene in Westsachsen auch außerhalb der bekannten Strukturen versuchte an Waffen zu gelangen, machen die Ermittlungen um eine „Militante Gruppe Meerane“ deutlich. 1997 durchsuchten BeamtInnen die Wohnungen von sechs Neonazis im Raum Meerane und fanden Kriegswaffen samt Munition, zündfähige Sprengsätze und Propagandamaterial. Auch bei dem bei Stuttgart lebenden Roman Kr. stellten die Beamten Waffen und Sprengmittel sicher. Er soll den Sachsen die Waffen vermutlich über die Schweiz besorgt haben.

**Gewalttäter Sport**

Ralf Marschners zweite Heimat, die Erlebniswelt Fußball, hatte sich in Zwickau spätestens seit ihrem Anschluss Mitte der 90er Jahre an die rechte Hooligan-Gruppe „HooNaRa“, eine Abkürzung für „Hooligans, Nazis, Rassisten“, straffer organisiert. Auch Erfurter Hooligans der Gruppe „Parolis“ waren Teil dieser Gruppe. Gegründet nach der Wende stellt die Gruppierung um ihren damaligen Anführer Thomas Haller bis heute eine Bedrohung für gegnerische Fußball-Fans, vor allem aber für alternative Jugendliche aus der gesamten Region Westsachsen dar. Die „HooNaRa“ rekrutiert ihre Schläger aus einem Klientel, deren „überwiegende(r) Teil national eingestellt ist“, wie es Haller in einem Interview mit einem



Foto: linksunten.indymedia.org



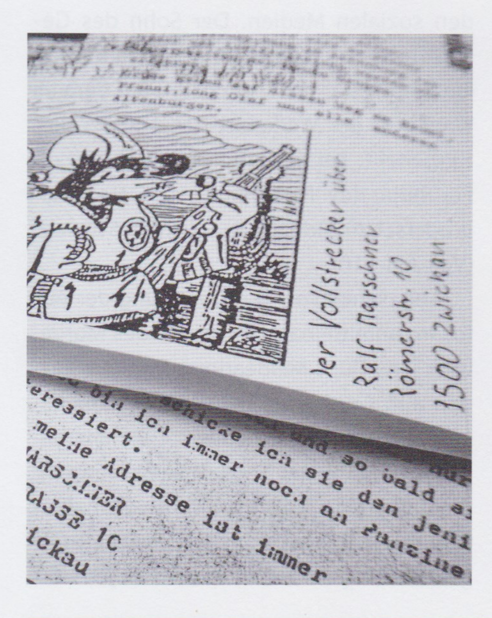
Screenshot facebook

**Links:** Die Zwickauer RechtsRock-Band „Westsachsengesocks". Bekannte Mitglieder waren Ralf Marschner (1.v.r.) und Paul Morgenstern (2.v.r.).
**Mitte:** Damals Teil der „HooNaRa"- und Türsteherszene, heute Lokalpolitiker der NPD: Patrick Gentsch aus Meerane (mit Weste und grauen Pullover) in Leipzig 2012
**Rechts:** Thomas Haller (rechts), Geschäftsführer der „Haller-Security" und ehemals Anführer der „HooNaRa".

rechten Fanzine formulierte.

Diese Mischung aus Gewalt und rechter Ideologie führte noch zu einem ganz anderen Phänomen: Ein Gros der Szene begann, das Türsteher-Gewerbe für sich zu entdecken, egal ob in Chemnitz, Meerane, Zwickau oder Plauen.

So kam Jörg A. — damals Kernmitglied von B&H-Sachsen — bei „Argus" unter. Geschäftsführer Siegert leitete auch die „C.O.P.S.", deren Zweitstellenleiter in Plauen, Frank Nierychlo, noch in einem anderen Zusammenhang auffiel: er war von 2002 bis 2008 Prokurist der Firma „Drei GmbH" um die Geschäftsführer Andreas Rössle und Mario Hoffmann. Rössle trug 1999 die Marke „Brachial — The Lifestyle Company" im DPMA ein — eine bei Hooligans beliebte Marke, die damals exklusiv in Ralf Marschners Läden vertrieben wurde.




Thomas Haller, offizieller Gründer der „HooNaRa", baute indes seine Firma „Haller Security Service Chemnitz" auf, mit der er u.a. für die „COBRA-Security" Aufträge annahm. Rechtsrocker Thomas „Kalle" H. schuf die „SEC Meerane". Mitarbeiter beider Firmen spielten 1999 eine tragende Rolle beim Mord an dem 17-jährigen Patrick Thürmer in Oberlungwitz bei Hohenstein-Ernstthal[5].

Wie sich nun herausstellte war Marschner in dem Verfahren ebenfalls nicht unbedeutend.

Die knapp ein Jahr nach dem tödlichen Angriff zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilten Täter wurden in der Nacht zum 2. Oktober als Unterstützung zur Diskothek „La belle" gerufen. Zuvor hatten Gäste und Türsteher der „Haller Security" Besucher eines angrenzenden Punk-Konzerts schwer verletzt, worauf die Punks einen Gegenangriff auf die Disko starteten.

Nico Ne., Michael Os. und Thomas Wa. fuhren kurz nach ein Uhr von der Zwickauer Disko „FUN" los, bewaffnet mit diversen Schlagwerkzeugen. Angekommen in Hohenstein-Ernstthal entschlossen sie sich ein paar Runden mit dem Auto zu fahren, um „Zecken" zu finden. In räumlicher Nähe befand sich auch Thomas Haller, der laut Zeugen beobachtet wurde, wie er zusammen mit anderen Türstehern Jagd auf Punks gemacht haben soll.

Im späteren Verlauf, auf dem Rückweg nach Zwickau, entdeckten Ne., Os. und Wa. den Punk Patrick Thürmer und seinen Kumpel, die vom Konzert kamen und Schleichwege gegangen waren, um nicht von Neonazis gesehen zu werden.

Stellvertretend für alle Punks, die das „La belle" ein paar Stunden vorher angegriffen hatten, wurde Patrick von den drei rechten Türstehern brutal zusammengeschlagen. Er erlag am darauf folgenden Tag seinen schweren Verletzungen.

Die Personen, die in den Tagen nach dem 2. Oktober mit den Haupttätern verkehrten sind keine Unbekannten. In den Vernehmungen sagte Nico Ne. aus, dass der Chef der Meeraner Security-Firma „Bulls", Gunnar Pr. einen Tag nach dem Mord Teil der Runde in der Disko „FUN" gewesen sei, wo sich über den Mord unterhalten wurde. Nico Ne. war sowohl bei „Bulls" als auch bei Thomas H.'s „SEC Meerane" beschäftigt, ebenso wie Patrick Gentsch, damals Teil der „HooNaRa" und heute Lokalpolitiker der NPD. Gentsch fuhr einen Tag nach dem Mord im Fahrzeug mit — die „HooNaRa" war auf dem Rückweg vom Spiel gegen Cottbus — als im Radio bekannt wurde, dass Patrick Thürmer verstorben ist und nun nach einem „Ford Galaxy" gefahndet werde. Die Insassen des PKWs, unter ihnen Nico Ne., hätten sich geeinigt, „dass Ruhe zu bewahren ist und jeder macht so weiter, wie bisher". Nach der Ankunft am selben Tag in Zwickau hat Nico Ne. auch Ralf Marschner gesprochen, der ihm geraten haben soll, das Tatfahrzeug abzukleben, damit es die Fahnder nicht finden.

Ein paar Tage später rief ein anonymer Hinweisgeber bei der Polizei an und sagte







**Links:** Split-CD der Band „Blitzkrieg" aus Chemnitz und „Warhammer" aus England

**Mitte:** Marco Heft, Freefight-Kämpfer, Hooligan und damals Angestellter des „Bauservice Marschner", hier posierend im Shirt der „HooNaRa-Chemnitz"

**Rechts:** Aushängeschild der gewalttätigen Kameradschaft „Glauchauer Jungs", die RechtsRock-Band „Sperrfeuer"

aus, dass er wenige Tage nach dem Mord ein Gespräch belauschen konnte, in dem ein „Manole" erzählte, er und sein Kumpel „Clauß" aus Meerane hätten den Punker in Hohenstein erschlagen. Mit „Clauß" muss Manole den Türsteher und engen Vertrauten Thomas H.'s, Andre Cl., gemeint haben. Lokale Antifaschist_innen erinnern sich, dass Andre Cl.'s Kameraden der „Koma Kolonne Meerane" bereits 1995 an dem Mord an Peter T. am Stausee Oberwald bei Chemnitz beteiligt waren. Die 20 Neonazis hatten erst eine Gruppe Pakistaner angegriffen und später den 24-jährigen Bundeswehr-Soldaten so schwer verprügelt, dass er Tage später starb. Nico Ne. war damals laut eigenen Aussagen bei fast allen Prozess-Tagen gegen die acht Angeklagten anwesend. Sein enges Verhältnis zu Andre Cl. lässt sich auch während seiner eigenen Inhaftierung 1999 feststellen: Er hatte Andre Cl. als einen der Ersten benannt, der von den Beamten über seine Inhaftierung benachrichtigt werden sollte.

Was aber erst seit den Ermittlungen im NSU-Komplex öffentlich wurde ist, dass er von 1992 bis 2002 als V-Mann tätig war. Als „Primus" war er laut seinem V-Mann-Führer die einzig relevante Quelle in der ostdeutschen RechtsRock-Szene. Die Straftaten bei Fußball-Spielen, seine Verwicklung in den Mordfall Thürmer und seine Rolle beim Vertrieb der „Landser"-CDs fanden alle im Zeitraum seiner Spitzeltätigkeit statt. Einen erneuten Kontakt Marschners zum NSU-Unterstützerkreis bzw. zum Trio selbst, sollte es nach deren Umzug nach Zwickau geben.

**Schlechter Geschäftsmann**

Während sich ein Teil der „HooNaRa" im Security-Bereich betätigte, witterte Ralf Marschner das schnelle Geld im Baugewerbe. Um 1993 begann der Scientologe Kurt Fliegerbauer in Objekte in Zwickau und Umland zu investieren, die Baubranche boomte. Schon 1997 vermietete dessen Firma die Räume in der Kreisigstraße an Marschner, der dort seinen Szeneladen eröffnete. 2000 gründete Marschner seine Firma „Bauservice Marschner", die vorrangig Aufträge von Fliegerbauer übernahm. Marschners 20 Angestellte, die bis zur Insolvenz der Firma 2002 für ihn arbeiteten, bestanden hauptsächlich aus Neonazis des harten Kerns der Szene Chemnitz-Zwickau. Herausragend waren Steffen Ka., „Hammerskin"-Chef der Sektion Auerbach/Vogtland, Marco Heft, Mitglied der „jungen HooNaRa" um Rico Malt in Chemnitz sowie die Brüder Phillip und Gregor „Maxx" Reinhardt, die ebenfalls der „HooNaRa" zugerechnet werden. Gregor Reinhardt betreibt zudem das Freefight-Gym „Muay Thay Schmiede Thalheim", in dem Neonazis wie Rico Malt und Marco Heft trainierten. Durch die Brüder Kay und Jörg Richter gewann die Baufirma Marschners zwei exponierte Figuren aus der RechtsRock-Szene.

Ihre Band „Blitzkrieg" — die damals als B&H-nah galt, jetzt aber den „Hammerskins" zugerechnet wird — grüßte 2001 die „Marschner Bauservice-Crew" auf dem Backcover ihrer Split-CD „German-British Terrormachine", wobei „Besonderer Dank an Manole + die Fototerroristen" geht. Mit „Fototerroristen" sind wohl die mit Baseballschlägern und Masken abgebildeten Personen gemeint, die auf der CD posieren. Einer, klein und dicklich, dürfte Marschner alias „Manole" sein.

Eine weitere Person, die für die Firma tätig war und Fragen im NSU-Komplex offen lässt, ist Jens Gü. Er war als Zweitfahrer eines Autos der Firma am 13. und 14. Juni 2001 im Mietvertrag eingetragen. Zu der Zeit hatte die Firma eine Baustelle in Nürnberg, der Stadt, an dem am Tag der Autoanmietung Abdurrahim Özüdoğru vom NSU ermordet wurde. Die Autovermietung gab zwar gegenüber dem BKA an, dass das Auto erst am Abend, also Stunden nach dem Mord, angemietet wurde, doch besteht für uns die Frage, wie glaubwürdig die Zwickauer Autovermietung ist und welche Rolle sie in der rechten Szene noch bis heute spielt — sei es als Sympathisanten, bzw. Vermietung mit gutem Ruf in der Szene. Dieser Eindruck entsteht zumindest in den sozialen Medien. Der Sohn des Geschäftsführers, Christopher St., hatte dort ein Foto von Lisa Se. gepostet, auf dem ihr Wagen in der Werkstatt der Autovermietung steht. Bei ihr handelt es sich um die Freundin des Präsidenten der Neonazi-Bruderschaft „Brigade 8 — Sektion Schweiz" (Vgl. AIB 110).

Abgesehen von der Anmietung der Autos im unmittelbaren Zeitraum des Mordes wirft Jens Gü.'s Meldeadresse weitere Fragen auf. Gü. ist bis heute in der Polenzstraße gemeldet, in Sichtweite der ehemaligen Wohnung des Trios. Er selbst verneint, die drei jemals wahrgenommen zu haben, was in einer Kleinstadt wie Zwickau unglaubwürdig erscheint. Zudem ist Jens Gü.


Screenshot zwigge.de

kein Unbekannter in der rechten Szene.

Er fiel bereits am 21. April 2001 im Zusammenhang mit einem Überfall auf die Bar „Big Twin" in Zwickau auf, ein Tag nach dem Geburtstag Adolf Hitlers, den die Neonazis vermutlich in der Bar feiern wollten. Brisant ist, dass neben Gü. auch Ralf Marschner, André Eminger und seine spätere Ehefrau Susann Hä. an der Schlägerei beteiligt gewesen waren.

André Eminger hatte damals seinem besten Kumpel Matthias Dienelt, mit dem Eminger nach Zwickau gezogen war, gefragt, ob er für einen „Max Florian Burkhardt" eine Wohnung besorgen könne. Darauf hätte Dienelt die Wohnung in der Polenzstraße besorgt, in der er zeitweise selbst ein Zimmer bewohnte. Dienelt hatte dem selben „Burkhardt" auch die Wohnung in der Frühlingstraße besorgt, wie aus den Vernehmungen hervorging. Durch diese Verbindung — Eminger/Dienelt und Eminger/Gü. — muss man davon ausgehen, dass Jens Gü. sehr wohl von seinen Nachbarn wusste.

Wie schon im „Welt"-Artikel von Aust und Laabs ausführlich beschrieben, wollen auch einer der Angestellten des „Bauservice-Marschner" sowie der damalige Bauleiter Uwe Mundlos und Uwe Böhnardt auf Marschners Baustellen gesehen haben. In diesem Zusammenhang fällt auch Mundlos' Alias, „Max Florian Burkhardt". Der echte Burkhardt verschaffte dem Trio bereits in Chemnitz eine Unterkunft, während er der Freund der B&H-Aktivistin Mandy Struck war — deren Namen Beate Zschäpe als Alias benutzte — und fiel durch seine Teilnahme an Großevents wie dem „Tag der Ehre" in Budapest 1998 auf. Ihn hatte das Trio bis kurz vor ihrer Selbstenttarnung immer wieder nach seinem Befinden oder über persönliche Daten befragt. Rückblickend erscheint es schlüssig, dass Burkhardts Identität für Mundlos' „legales" Leben benutzt wurde. Inwieweit Burkhardt von den Morden wusste, bleibt vorläufig sein Geheimnis.

**Konstanten der Szene Chemnitz-Zwickau**

Während der NSU aus Zwickau seine Morde plante, entwickelte sich die Szene im Umland stetig weiter.

Im 20km von Zwickau entfernten Glauchau — die Stadt in der das Trio seine Fahrräder reparieren ließ — gründete sich um 2001 die Kameradschaft „Glauchauer Jungs", die bis 2006 existierte. Die rund 15 Personen umfassende Gruppe wird oft in den Fanzines der Zeit erwähnt, was auf ihr musikalisches Aushängeschild zurückzuführen ist, die Band „Sperrfeuer". Deren Gitarrist Martin Krause war 2002 einer der Haupttäter im sogenannten „Gründelpark-Überfall". Mit den Worten: „Wenn deutsche Jungen angemacht werden, kommen deutsche Jungen, um zu helfen" prügelten er und vier weitere Mitglieder der „Glauchauer Jungs" auf zwei Männer ein, von denen sie annahmen, dass sie kurz zuvor Kinder im Park angriffen hätten. Das Resultat des Überfalls waren lebensgefährliche Verletzungen.

Tatsächlich ähnelt der Tathergang, also die Anwendung exzessiver Gewalt, dem im Falle Patrick Thürmers oder von Patrick T. Dass auch diesmal wieder „HooNaRa"-Bezüge bestanden verdeutlichen die Beziehungen bekannter Mitglieder der „Glauchauer Jungs". Der schon erwähnte Martin Krause pflegte gerade über die Freefight-Szene beste Kontakte zu den Hooligans und Neonazis in Chemnitz. Sein Gym „Boxclub Chemnitz 94 e.V." trat regelmäßig im Zusammenhang diverser „Fightnights" auf, die maßgeblich durch die einschlägig bekannte „Muay Thai Schmiede Thalheim" organisiert wurden.

**Analyse und Vorschau**

Die Situation, die das Trio um die Jahrtausendwende in Chemnitz und kurz darauf in Zwickau vorfand, erwies sich für sie als nahezu perfekt:

Behörden, die das rechte Auge lieber schlossen, und wenn sie es öffneten überfordert wirkten; eine RechtsRock-Szene, die Gelder abwarf und Möglichkeiten boten, im Untergrund mitzuwirken; Security-und Baufirmen, die sich gegen- und wechselseitig unterstützten und ein gesellschaftlicher Mainstream, dem nicht aufgefallen sein will, dass die Region Westsachsen bundesweit ein Kerngebiet rechter Erlebniswelten darstellte. Die Ereignisse der Jahre 1990-2002 haben die rechte Szene der Region geprägt und geformt. Die weiteren Entwicklungen nach 2002 sind die Früchte.

Tatsächlich werden wir im Laufe des zweiten Teils dieses Artikels im AIB 112 feststellen, dass sich zwar die Akteure ändern, der Tenor aber derselbe bleibt. Hooligans, Freefight, „Autonome Nationalisten" und NS-Hardcore werden dabei eine tragende Rolle spielen, während sich die „Alten" entweder bei den „Hammerskins" oder den Motorrad-Clubs finden lassen werden. •

1 „Protokolle? Unter Verschluss. Ergebnisse? Geheim." Stefan Aust, Helmar Büchel, Dirk Laabs, veröffentlicht am 17. April 2016 in „Die Welt" ; „NSU-Mörder arbeitete bei V-Mann des Verfassungsschutzes" Stefan Aust, Helmar Büchel, Dirk Laabs, veröffentlicht am 6. April 2016 in „Die Welt" 2 Siehe Online-Artikel „Blood & Honour Sachsen" www.antifainfoblatt.de 3 Antifa Recherche Team Zwickau http://zwickau.blogsport.de 4 Antifa Recherche Team Zwickau http://zwickau.blogsport.de 5 Pressespiegel und Aufarbeitung des Mordes an Patrick: http://02okt1999.blogsport.de

BRAUNZONE

# AfD und Neue Rechte

## „Ein Schlag ins Gesicht" — Konservatismus als Kampfbegriff

RICHARD GEBHARDT

■ Björn Höcke verkörpert den paradox anmutenden Typus eines neurechten Parteipolitikers. Das für diese Tätigkeit nötige „geistige Manna" zieht der Landesvorsitzende der thüringischen „Alternative für Deutschland" (AfD) nach eigenen Angaben aus der „Lektüre von Werken, die in Schnellroda entstehen". Das in Sachsen-Anhalt gelegene Rittergut Schnellroda ist Sitz des neurechten Instituts für Staatspolitik (IfS). Ende November 2015 hatte Höcke auf dem IfS-Kongress „Ansturm auf Europa" eine Rede gehalten, in der er auch über den „lebensbejahenden afrikanischen Ausbreitungstyp" spekulierte. Höckes „populationsökologische" Überlegungen sorgten für medialen Wirbel und legten den Blick auf die Kollaboration führender AfD-Politiker mit der Neuen Rechten frei. Denn neben Höcke gehört auch der sachsen-anhaltische AfD-Landesvorsitzende André Poggenburg zu den regelmäßigen Gästen auf dem Rittergut, das von dem Bewegungsunternehmer Götz Kubitschek und seiner Ehefrau, der Publizistin Ellen Kositza bewirtschaftet wird.

Bislang galt die Neue Rechte als metapolitische Fraktion außerhalb der Parteien. Ihre Strategie zielt primär auf den Kampf um die Köpfe. Periodika wie die vom IfS herausgegebene Zweimonatszeitschrift „Sezession" dienen als Theorieorgan, im hauseigenen Verlag „Antaios" erscheint die ambitionierte Literatur für eine radikale Rechte. Nach dem Scheitern der geschichtspolitischen Interventionen jener Rechten, die weder den 8. Mai 1945 als „Tag der Befreiung" akzeptieren noch die Verbrechen der Wehrmacht anerkennen wollten, sollten wieder deutschnationale Impulse zur Erlangung der kulturellen Hegemonie gesetzt werden. Der Historiker Karlheinz Weißmann und Kubitschek gründeten deshalb im Mai 2000 das damals noch im hessischen Bad Vilbel ansässige IfS. Weißmann — bis 2014 spiritus rector des Instituts — formulierte 2001 in der „Jungen Freiheit" die entsprechenden Konzepte. Es gehe „um geistigen Einfluß, nicht die intellektuelle Lufthoheit über Stammtischen, sondern über Hörsälen und Seminarräumen interessiert uns, es geht um Einfluß auf die Köpfe, und wenn die Köpfe auf den Schultern von Macht- und Mandatsträgern sitzen, um so besser."

Diese Köpfe erreicht das IfS inzwischen. Die maßgeblich von Höcke initiierte „Erfurter Erklärung" sendete neurechte Signale in die parteiinterne Diskussion der AfD, Initiativen wie „Ein Prozent" sorgen dabei für eine außerparlamentarische Flankierung. Zuvor beschränkte sich die Arbeit des Instituts auf die Selbstverständigung eines politisch heimatlosen Milieus, das beispielsweise in Burschenschaften oder intellektuellen Zirkeln auf bessere Zeiten hoffte. Kubitscheks Versuch der Etablierung einer „konservativ-subversiven aktion" (ksa) geriet als neuartiger Agitprop von rechts zum kurzzeitigen Medienphänomen. Tatsächliche Verkaufserfolge erzielten meist jene Studien des Instituts, die etwa im Windschatten der Debatte um Thilo Sarrazins „Deutschland schafft sich ab" veröffentlicht wurden. Die Ritterburg Schnellroda wirkte wie ein Ort der Nabelschau der Neuen Rechten. Ihre Anhänger inszenierten sich zwar als Avantgarde, befanden sich aber ständig in der Defensive.

Seit dem Herbst 2014 haben sich die Zeiten geändert. Kubitschek ist Redner bei Demonstrationen der PEGIDA und LEGIDA. Höcke verleiht den Protesten der „besorgten Bürger", die gegen Moscheen und Flüchtlingsheime demonstrieren, eine pathetische Stimme. Weißmann hingegen konzentriert sich seit dem Rückzug aus dem IfS, dem seit 2013 eine kontroverse Strategiedebatte vorausging, auf seine publizistische Tätigkeit. Der einstige Vordenker des Instituts mahnt nach wie vor zur Geduld und blickt mit Skepsis auf die scheinrevolutionären Posen seiner alten Kameraden. Im Interview mit der „Jungen Freiheit", die ebenfalls vordergründig Distanz zum aktuellen Kurs des IfS wahrt, warnte Weißmann mit Blick auf das Bündnis zwischen Höcke und Kubitschek vor einer „Lega Ost".

Gerade Weißmann war jedoch der Vordenker einer deutschen Rechten, die den staatstragenden, als betulich verspotteten Nachkriegskonservatismus überwinden wollte. Weißmann setzte die radikale Linie von Armin Mohler fort, als er beispielsweise 2007 in seiner Schrift „Das konservative Minimum" deklarierte, es komme darauf an, den Begriff ›konservativ‹ wieder „als Kampfbegriff zu etablieren". Mohler-Biograf Weißmann gehört ebenso wie Kubitschek zu den erklärten Schülern des ehemaligen Sekretärs von Ernst Jünger, der mit seiner 1949 vorgelegten Dissertation über die „Konservative Revolution in Deutschland 1918—1932" den Kanon der intellek-



Björn Höcke bei einer Veranstaltung der AfD

tuellen Rechten erstellte. Mohler, der zeitweise auch als politischer Berater von Franz-Josef Strauß tätig war, bevorzugte die „Liberalenbeschimpfung“ — und spitzte so das Leitmotiv der Neuen Rechten zu. Im Zentrum ihrer Ideologie steht die scharfe Ablehnung des gesellschaftspolitischen Liberalismus, die Kritik der Auflösung von Religion, Tradition, Nationalstaat und deutscher Identität. Diese Kulturkritik ist ganz im Sinne von Arthur Moeller van den Bruck, einem Vordenker der „Konservativen Revolution“. Dessen Credo lautete: „An Liberalismus gehen die Völker zugrunde.“

„Konservatismus“ ist hier ein Tarnbegriff für jene präfaschistischen Positionierungen, die im Spektrum der intellektuellen Rechten zirkulieren. Im Hausverlag des IfS schwärmen die Autoren Felix Menzel und Philip Stein von der italienische Bewegung „CasaPound“ und loben so die „Faschisten des dritten Jahrtausends“. Ob Höcke auch daraus „geistiges Manna“ zieht? Schon im Oktober 2014 — kurz vor den ersten „Abendspaziergängen“ der Dresdener PEGIDA — demonstrierte er im Interview mit Kubitschek auf „Sezession“ im Netz seine Zugehörigkeit zum Milieu. Seine Warnung vor einem „Globalisierungstotalitarismus“ oder die Forderung nach der „Verteidigung der ethnokulturellen Diversität“ zeigten, dass hier jemand die Codewörter der Neuen Rechten verinnerlicht hatte. Deren Haltung zur AfD bleibt jedoch ambivalent. Kubitschek sprach schon im Mai 2013 im Sonderheft der „Sezession“ von der „Öffnung eines zusätzlichen Resonanzraums“, die mit dem Antritt der AfD einherginge. Er warnte zugleich vor der AfD als „Kantenschere“, die nicht parteigebundene Rechtsintellektuelle weiter isoliert.

Trotz der Ablehnung seines Antrags auf Parteimitgliedschaft durch den alten Bundesvorstand, wirkt Kubitschek derzeit außerhalb der AfD als Stichwortgeber. Nicht nur Teile der AfD in Thüringen und Sachsen-Anhalt erhalten ihr politisches Rüstzeug in der rechten Ritterburg. Öffentlichkeitswirksame Aktionen flankieren dabei die parlamentarische Arbeit der Neuen Rechten in der AfD. Eine maßgeblich von dem Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider eingereichte „Verfassungsbeschwerde gegen die Politik der Masseneinwanderung“ wurde zwar zurückgewiesen, doch das unter anderem von Kubitschek, Schachtschneider und Hans-Thomas Tillschneider (AfD Sachsen-Anhalt) initiierte Projekt „Ein Prozent“ soll die Infrastruktur liefern, um weitere Aktivitäten zu koordinieren. Dass dabei Vorstöße wie die Propagierung des „Widerstandsrechts“ nach Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes selbst in den eigenen Reihen als bloße Show gelten, verdeutlicht der von Kositza und Kubitschek 2015 herausgegebenen Gesprächsband „Tristesse Droite. Die Abende von Schnellroda“. Als in vertrauter Runde die Rede auf das „Widerstandsrecht“ im deutschen Grundgesetz kommt, wird dieses Recht als „absurd“ oder „lächerlich“ bewertet. „Das ist was, das in den Kommentarspalten immer als Kadaver durchs Dorf geschleift wird“, lautet das vernichtende Urteil.

Lektionen in „Verfassungspatriotismus“ zählen deshalb wohl kaum zu den Schulungsunterlagen des IfS. Wer wissen will, welcher Geist dort herrscht, muss nur Björn Höckes Mentor zitieren. In seinem Büchlein „Provokation“ warf Götz Kubitschek bereits im Jahre 2007 der politischen Klasse den Fehdehandschuh vor die Füße. Der spin doctor des völkischen Flügels der AfD formuliert hier Klartext: „Weil Ihr Angst vor der Abrechnung habt, bittet Ihr uns nun an einen Eurer runden Tische? Nein, diese Mittel sind aufgebraucht, und von der Ernsthaftigkeit unseres Tuns wird Euch kein Wort überzeugen, sondern bloß ein Schlag ins Gesicht.“

„Provokation“ gehört zum Kanon der zeitgenössischen Neuen Rechten — und aktuell sicher auch zur Basislektüre jener Abgeordneten und Fraktionsmitarbeiter der AfD, die auf der Ritterburg ihr „geistiges Manna“ empfangen. Die Öffentlichkeit muss also nicht rätseln, welchen ›parlamentarischen‹ Stil die dort bevorzugte kämpferische Auslegung von ›konservativ‹ inspirieren wird. •

BRAUNZONE

Mit 24,3 Prozent der Zweitstimmen und fünfzehn Direktmandaten erhielt die Alternative für Deutschland (AfD) in keinem anderen Bundesland so hohe Ergebnisse wie in Sachsen-Anhalt.

# Land in Blau?

## Die AfD — zweitstärkste politische Kraft in Sachsen-Anhalt

Ein Blick auf die Wahlergebnisse zeigt, dass die AfD im Süden Sachsen-Anhalts, in den ehemaligen industriellen Zentren Ostdeutschlands die höchsten Ergebnisse erzielt. So etwa in Bitterfeld, wo die 30-Prozent-Marke locker geknackt wurde. In den an Thüringen grenzenden Landkreisen erzielte die Partei ihre höchsten Wahlergebnisse auf Kreisebene und brachte aus dem Stand ihre weithin unbekannten Direktkandidaten gegen die etablierte Konkurrenz der CDU durch, die seit jeher so etwas wie ein Abonnement auf die direkt zu gewinnenden Wahlkreise hatte. Nördlich von Magdeburg fielen die Wahlergebnisse nicht ganz so hoch, aber immer noch zweistellig aus. Ein solches Süd-Nord-Gefälle der Ergebnisse für rechte Parteien war bereits bei der Landtagswahl 2011 zu beobachten, als die NPD, wenn auch auf deutlich niedrigerem Niveau, ebenfalls im Süden Erfolge einfuhr. Der Wahlerfolg der AfD gründet auch auf der Mobilisierung bisheriger Nicht-Wähler_innen quer durch fast alle sozialen Milieus. Besonders bei Arbeiter_innen und Erwerbslosen konnte die Partei punkten. Insgesamt ist die Wähler_innenschaft der AfD jedoch auffallend männlich geprägt und gehört zur Kohorte der ca. 35 bis 55-Jährigen. Damit unterscheidet sich die Kernwählerschaft der AfD deutlich von jener, die den Wahlerfolg der DVU im Jahr 1998 ermöglichte. Damals waren es die männlichen Jung- und ErstwählerInnen der „Generation Hoyerswerda", die der Neonazipartei einen Stimmanteil von 12,9 Prozent bescherten. Zwar machte auch die AfD in der Endphase des Wahlkampfes, analog zur DVU, mit Sprüchen wie „Es reicht! Sachsen-Anhalt wählt AfD." auf sich aufmerksam, doch die monatelange rassistische Debatte um Flüchtlinge und die damit vor allem in Ostdeutschland einhergehende Ethnisierung sozialer Widersprüche entfaltete eine stärkere Reichweite als klassisch extrem rechte Politikangebote. Der Anstieg der Wahlbeteiligung von rund 52 auf mehr als 60 Prozent wurde in Stimmen fast ausschließlich der AfD gutgeschrieben. Eine deutlich rechts und rassistisch motivierte Protestwahl.

### Ganz rechts: Der AfD-Landesverband Sachsen-Anhalt

In der kurzen Geschichte der AfD hatte sich der Landesverband Sachsen-Anhalt frühzeitig sehr weit rechts positioniert. André



Foto: René Erler

Verkündung der ersten Prognosen im Landtag in Magdeburg: (v.l.n.r.) Alexander Raue (MdL, Halle), Daniel Roi (MdL, Thalheim), André Poggenburg (MdL, Stößen), Steffen Schröder (Hintergrund, Mitarbeiter Fraktion Brandenburg), Björn Höcke (MdL, Bornhagen, Thüringen), Andreas Kalbitz (MdL, Königs Wusterhausen, Brandenburg)

Poggenburg, Landes- und nunmehr auch Fraktionsvorsitzender der Partei, gehörte zu den Erstunterzeichnern der sogenannten „Erfurter Resolution" des rechten Parteiflügels, die den Sturz des Parteigründers Bernd Lucke einleitete. Poggenburg war es auch, der sich für eine Mitgliedschaft des neurechten Publizistenpaares Götz Kubitschek und Ellen Kositza bereits zu einem Zeitpunkt einsetzte, als deren Mitgliedschaft vom Bundesvorstand unter Lucke noch abgelehnt wurde. Die Verbindungen zwischen der neugewählten Fraktion und dem in Sachsen-Anhalt ansässigen neurechten Thinktank „Institut für Staatspolitik" (IfS) sind nach Bekunden beider Seiten eng. Im Juni spekulierte die regionale Presse über die Anstellung von Personen aus dem Umfeld des IfS bei der Fraktion in Magdeburg. Noch am Wahlabend hatte sich Kubitschek für eine Kooperation mit der AfD-Fraktion offen gezeigt. Unter Poggenburgs Führung steht der Landesverband Sachsen-Anhalt fest an der Seite des Thüringer AfD-Funktionärs Björn Höcke — einer Galionsfigur des völkisch-nationalistischen Flügels.

Dass die Fraktion nach rechtsaußen keinerlei Berührungsängste hat, wurde bereits in den ersten Wochen nach der Wahl deutlich. So trat der frisch gebackene Landtagsabgeordnete Jan Wenzel Schmidt bei einer Kundgebung der „Identitären Bewegung" in Wernigerode im Harz auf. Deren Anhängerschaft rekrutiert sich nach Angaben lokaler Antifaschist_innen nicht unwesentlich aus vormalig Aktiven der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten" (JN) bzw. deren neonazistischer regionaler Vorläuferstruktur „Wernigeröder Aktionsfront". Als die regionale Presse den Auftritt Schmidts bei den „Identitären" thematisierte, sprach Poggenburg davon, dass man als Partei und Fraktion organisatorisch mit den „Identitären" nichts zu tun habe, es jedoch inhaltliche Schnittmengen gebe.

Überregionale Beachtung fand der Auftritt des Landtagsabgeordneten Hans Thomas Tillschneider anlässlich einer „PEGIDA"-Kundgebung in Dresden. Im Ton eines Kameradschaftsführers sprach er die Teilnehmenden mit „Kameraden!" und „Deutsche!" in einem stramm rechten Imperativ an, um sodann einen Schulterschluss zwischen AfD und PEGIDA zu fordern. Dies wiederum kam bei AfD-Chefin Frauke Petry gar nicht gut an. In einem Brief an den Landesverband Sachsen-Anhalt kritisierte sie Tillschneiders Auftritt dem Sinn nach als Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landesverbandes. Doch Tillschneider und Poggenburg sahen keinen Grund, in Bezug auf ein Bekenntnis zu PEGIDA zurückzurudern.

Zeichen setzt die Fraktion auch mit ihrer Personalpolitik. Wahlkreismitarbeiter des Abgeordneten Jan Wenzel Schmidt ist der ehemalige sachsen-anhaltische NPD-Kader Stefan Träger. Mit der vormaligen PEGIDA-Frontfrau Kathrin Oertel führt die Fraktion offenbar Verhandlungen um ihre Einstellung.

Angesichts dieser stramm rechten Ausrichtung der Fraktion nimmt sich die Wahl von Volker Olenicak zum Obmann der AfD im „Parlamentarischen Kontrollgremium" fast als Satire aus. In den Medien wurden ihm Kontakte zu Reichsbürgern nachgesagt, andere warfen Olenicak antisemitische Facebook-Veröffentlichungen vor. Dieser Mann wird nun also den Verfassungsschutz in Sachsen-Anhalt (mit)-kontrollieren.

### Das Parlament als Bühne

Eine Ahnung davon, wie sich die AfD im Parlament verhalten wird, war anlässlich der ersten Sitzungen des Landtages zu bekommen. Zunächst hatte die Partei taktisch geschickt einen Kandidaten für das Amt des Landesvizepräsidenten mit mehr Stimmen als jene der eigenen Reihen durchgebracht. Doch bereits nach einer Sitzung im Amt schmiss der gewählte MdL Daniel Rausch den Job wieder hin. Beobachter sagen, er sei mit dem Amt und seiner Ausführung sichtlich überfordert gewesen. So sehr die Fraktion noch mit den Fallstricken des Parlamentsalltags ringt; das sie jenes als Bühne für scharfe Attacken auf die von ihr geschmähten „Altparteien" nutzen will, ist jetzt schon klar. Ob Abwassergebühren oder Integrationsgesetz: Immer geht es der AfD darum, sich als „Stimme der Bürger" in Szene zu setzen und rechte Ideologiebausteine in die Öffentlichkeit zu tragen. Mit Erfolg. Bislang stiegen auch kleinste Wortmeldungen der AfD zur dominanten Schlagzeile in der Berichterstattung auf.

### Gesellschaftliche Wirkung

Wie stark sich die AfD-Präsenz im Landtag im Feld der Gesellschaftspolitik auswirken wird, ist bislang nur in Umrissen klar. Als größter Oppositionspartei stehen ihr Sitze in so ziemlich allen Gremien der Kultur- und Gesellschaftspolitik zu. So geht in der Kulturszene des Landes die Angst um, für bestimmte Projekte zu den Themen Integration von der AfD angegriffen zu werden. Einen Vorgeschmack lieferte der Abgeordnete Gottfried Backhaus, der in einer Debatte um die Theaterlandschaft konzidierte, das die Kulturszene im Land nicht ganz so „linksversifft" sei wie andernorts. Zuvor hatte der Intendant des „neuen theater halle" eine kritische Auseinandersetzung der Kulturschaffenden mit den Positionen der AfD angemahnt. Hans Thomas Tillschneider hat bereits Gegenwehr bei der Umsetzung von „Gender Mainstreaming"-Konzepten angekündigt und nach der Finanzierung des gegen rechts aktiven Vereins „Miteinander e.V." gefragt. Einen Eklat löste der Abgeordnete Andreas Gehlmann aus, der in einer Debatte um die Situation von Homosexuellen in sogenannten sicheren Drittstaaten des Maghreb laut stenographischem Protokoll Zustimmung zu der Forderung nach Haftstrafen forderte.

### Ausblick

Die Debatte darum, wie die Auseinandersetzung mit der AfD zu führen sei, ist in Parteien und in der Gesellschaft in vollem Gange. Der Umstand, dass hier eine nicht-neonazistische Partei offen völkisch-rassistische Positionen bezieht, erschwert vielen die Einordnung und inhaltliche Auseinandersetzung. Dass die AfD eine heterogene rechte Sammlungsbewegung ist, die derzeit von negativen moralischen Zuschreibungen von außen profitiert, macht eine Strategiedebatte um die Auseinandersetzung mit extrem rechten Positionen im populistischen Gewand notwendig. Nicht nur in Sachsen-Anhalt. •

BRAUNZONE

# Der Sturmvogel

## Volkstreue Brauchtumspflege für Kinder und Jugendliche

ANDREA RÖPKE

Das Sturmvogel-Treffen im Juni 2014 in der Lüneburger Heide erregte keine Aufmerksamkeit. Der Lehrer Frank Sch. und seine Ehefrau Irmhild Sch., eine Tochter der NPD-Ikone Edda Schmidt, hatten den Kameradschaftsnachwuchs nach Masendorf, nahe Uelzen, geladen. Mit Wimpeln und zum Teil in Uniformen zog die Horde von Kindern und Jugendlichen aus dem Dorf. Das Ehepaar Sch. zählt zum Kreis von völkischen Aktivisten und Siedlern aus Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern, die ihre Kinder zum „Sturmvogel — Deutscher Jugendbund", schicken.

Die Organisation wird vom Verfassungsschutz nicht überwacht. Der brandenburgische Inlandsgeheimdienst „beobachtet" deren Entwicklung nach eigenem Bekunden allerdings „mit großer Aufmerksamkeit", um zu prüfen, ob die Grenze zur „verfassungsfeindlichen Bestrebung" überschritten wird. Angeführt wird der Bund zur Zeit von dem Pädagogikstudenten Michael Zeilinger und der Lehrerin Dietlind Brachat aus Bayern.

Erster Bundesführer des Sturmvogel war der Antiquar Rudi Wittig aus der Nähe von Wismar. Als älterer Herr nahm er 2015 an einer Versammlung der elitär-neonazistischen Identären teil. Die meisten Angehörigen des „Sturmvogel" stammen aus „Sippen", deren ältere Mitglieder noch die soldatische Erziehung der 1994 verbotenen „Wiking Jugend" (WJ) mitbekommen haben. Die WJ erzog den Nachwuchs offen militant und im Sinne des Nationalsozialismus, der „Sturmvogel" wählte einen gemäßigteren Weg, doch die Organisation scheut den Kontakt zu Neonazis nicht. 1987, nach der Abspaltung von der „Wiking-Jugend" hatte Wittig die Führung des Jugendbundes übernommen.

Die „Sturmvögel" bezeichneten sich in der Vergangenheit als „volkstreu eingestellte Deutsche", die die Kameradschaft von Kindern und Jugendlichen im Alter von drei bis 18 Jahren fördern und Eltern bei der Erziehung zur Seite stehen wollten. Wie bei der „Wiking-Jugend" sind Mädchen- und Jungenarbeit getrennt. Fahrten der Gruppen führen nach „Westpreußen", „Südtirol", dem Elsaß oder „Siebenbürgen". Der Jugendbund war angetreten, um das „große deutsche Kulturerbe" zu bewahren. Zöglinge lernen Runenschrift, geben den Monaten germanische Namen. Gesungen werden in diesen Kreisen Lieder wie eines von Falko Stegmann mit Zeilen, die lauten: „Es herrscht im Land die kranke Macht, das Wachstum der Geschwüre. So grabet Euch den eigenen Schacht, der Kinder Aug ist Türe. (...) und schmettern die Ketten der Mächte entzwei, der Wille der Tat, der macht uns frei." Anders als die HDJ sind die „Sturmvögel" um unauffällige Außenwirkung bemüht. Kinder und Jugendliche sollen sich nebenher beim Roten Kreuz oder in Feuerwehren engagieren, hieß es intern.

Das letztjährige Sommerlager des „Deutschen Jugendbundes" fand in Grabow in Brandenburg auf dem Gelände einer esoterischen Kommune statt, die der russischen, neuheidnischen Anastasia-Bewegung nahe steht und für Brauchtumsfeiern, Festivals oder Tanzveranstaltungen werben. Kinder rechter Familien aus Koppelow, Lalendorf, Berlin, Bansow, Bautzen, Kassel, dem Ilmkreis, Marburg, der Lüneburger Heide und einigen weiteren Regionen und Orten nehmen an deren geheimen Zusammenkünften wie in Grabow teil. Kleinere Lager und „Heimabende" finden regional in den Mädel- und Jungengruppen statt, die Heidelerchen, Seeschwalben, Sonnenreiter oder Wald- und Werwölfe heißen. Die Organisation ist ebenso wie bei der HDJ hierarchisch gegliedert. Nicht immer scheint es wirklich kindgerecht zuzugehen. Dann liefern Eltern den Nachwuchs erst spät in der Nacht an. Disziplin und Härte scheinen verlangt zu werden. Die Sprache ist streng reglementiert, Anglizismen sind unerwünscht, so wird ein Pullover eingedeutscht zum „Überzieher".

In der Vergangenheit soll es auch schon mal zehn Liegestützen als Strafe für ein „falsches Wort" gegeben haben. Das Strafmaß hängt demnach vom Ermessen der jeweiligen Lagerleitung ab. Kinder lernen Feindbilder kennen, die breite Gesellschaft wird in vielen „Sippen" allgemein als zu modern, tolerant und dekadent verachtet. Neben der Einwanderungspolitik findet vor allem auch das Thema Homosexualität in diesen Kreisen massive Ablehnung. Jeans, eine Erfindung des jüdischen Industriellen Levi Strauss, sollen nicht getragen werden. Vor allem den Jungen wird viel über Wehrmacht und SS beigebracht, die „Helden" der NS-Zeit sind in diesen Familien omnipräsent.

Im kleinen Dörfchen Grabow war das Lager gut sichtbar, doch kaum jemand schien sich — wie im niedersächsischen



Foto: Otto Belina

Strammstehen: Mitglieder des Sturmvogel in Mecklenburg-Vorpommern.

Masendorf — daran zu stören. Ein Mann mit einem Demminer Fahrzeug brachte seinen Sohn vorbei. Bernhard Schaub ist bekannt als Revisionist und Holocaust-Leugner. Der Schweizer hat es nicht weit bis ins brandenburgische Grabow, er gehört zu den Neusiedlern in Mecklenburg. Schaub war ehemaliger Vorsitzender des verbotenen „Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ (VRBHV). Seine Wut scheint sich der „Vordenker“ jüngst in einem Artikel für die „Stimme des Reiches“, Sonderheft Nr. 5, 2015, von der Seele geschrieben zu haben, dort heißt es u.a.: „Dass wir die willigen Sklaven der Bananenrepublik Deutschland in einem Scheineuropa sind, das de facto seit 1945 eine amerikanisch-zionistische Kolonie geworden ist“. Auch echauffiert sich der ehemalige Waldorff-Lehrer über die westliche „Verhausschweinung“. Wer keine ästhetischen Prinzipien habe, bemerke auch die „Entartung der Kunst“ nicht und der fände auch „Popmusik „cool“ und die Überfremdung „okay“, den stören Döner-Buden, Cola-Dosen und schwarze Gesichter eben nicht“. Schaubs Sohn lernt beim Sturmvogel stramm stehen oder das Befolgen von „Arbeitseinsätzen“.

In Grabow lief auch ein auffälliger Mann im blauen Fischerhemd zwischen den Zelten herum. Frank Klawitter war zuständig für den NPD-Ordnungsdienst „Waterkant“. Auch er lieferte seine Söhne beim Jugendbund ab. In den 1990er Jahren galt Klawitter selbst als „Führer von Greifswald“ und wurde mit Wehrsportübungen in Verbindung gebracht. Bis zum Verbot der verfassungsfeindlichen „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HDJ) bildete er in der „Einheit Mecklenburg und Pommern“ aus.

In der HDJ waren auch die beiden Frauen aktiv, die die „Sturmvogel“-Lagerküche in Grabow versorgten: Petra Müller aus Lalendorf und Gesine St. aus Hohen-Neuendorf in Brandenburg. Müller gehörte 2006 zu den Gründerinnen der NPD-Frauenorganisation „Ring Nationaler Frauen“, sie fährt seit Jahren zu den konspirativen Treffen der rassistischen „Artgemeinschaft — Germanische Glaubensgemeinschaft“. Zwei ihrer jüngsten Kinder unterrichtet die gebürtige Österreicherin zuhause in Lalendorf. Gesine St. beteiligte sich u.a. 2007 am großen Pfingstlager der HDJ in Eschede, der Ehemann stammt aus der Kameradschaftsszene, die Schwester war Bundesführerin der HDJ. Mit dabei beim „Sturmvogel“-Lager in Grabow ist in diesem Sommer auch Ingeborg G. aus dem hessischen Sebbeterode. Ihr Ehemann ist führendes Mitglied der dortigen NPD und erschien kürzlich beim Prozess gegen die Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck. Sich selbst und ihre Kinder hat die ehemalige Lehrerin, seit langem in den Jugendbund eingebracht. Eines der ersten Zeltlager fand auf deren Anwesen statt.

Am frühen Morgen wurden die Kinder und Jugendlichen zusammengetrommelt und zum Fahnenappell der Größe nach in einem Kreis aufgestellt. Sie rührten sich kaum. Die weiblichen und männlichen Anführer blickten streng. Die Bundesführerin Dietlind Brachat, eine junge Pädagogin aus der Nähe von München, trug ebenso wie alle Mädchen einen altmodischen, langen Rock, dazu ein grünes Uniformhemd.

Die Anstrengung ist den Kleineren anzusehen. Die Zeremonie mit Reden und Gesang dauerte an diesem Vormittag annähernd eine Stunde. Manche Kindergesichter sahen müde aus. Als alles vorüber war, sackte ein kleiner Junge in grünem Hemd und Ledersandalen ohnmächtig zu Boden. Nach einiger Zeit stand der Junge wieder auf, zwei Anführer legten ihm kameradschaftlich die Arme auf die Schultern.

Ende 2015 warnte die Brandenburgische Landesregierung in der Beantwortung einer Kleinen Anfrage vor den Aktivitäten des Sturmvogel: „Hinter diesen völkisch-nationalen Jugendlagern verbirgt sich oft eine rechtsextreme Parallelwelt.“ Genau zu dem Zeitpunkt, Ende Dezember, führte der Sturmvogel sein Winterlager im hessischen Immenhausen durch. Angemeldet hatte es der Schweizer Loic Sch. ausgerechnet im Zentrum des antirassistischen Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder e.V.. Als die von ihren Mietern erfuhren, kündigten sie dem völkischen Jugendbund sofort die Räume. Loic Sch., der in der Lüneburger Heide lebt, hatte seine Gruppe getarnt als „Wandervögel“ angemeldet.

Die Lüneburger Heide scheint eine der Schwerpunktregionen des Sturmvogel zu sein. Am „Maitanz“ völkischer Familien nahmen „Sturmvögel“ teil. Rund 200 vor allem junge Familien mit ihren Kindern feierten rechtes Brauchtum bis in die Nacht hinein. Unter ihnen neben dem NPD-Chef Stefan Köster und dem AfD-Landtagskandidaten aus MV, Sascha Jung, auch das Ehepaar Sch. aus Masendorf. Irmhild Sch. wird die Bedeutung völkischer Ritualfeiern von der eigene Mutter erlernt haben. Edda Schmidt gilt unter Neonazis als Expertin für die „ureigenen“ Brauchtümer der Deutschen. Immer wieder schrieb die einflussreiche NPD-Frau aus Baden-Württemberg darüber auch in der „Deutschen Stimme“. Im September 2010 hieß es: „In unseren Festen ist trotz der Überfremdung […] die Weltanschauung des nordischen Menschen im Kern erhalten geblieben.“ •

ANTIFA

Die Kampagne „Nationalismus ist keine Alternative“ will dem Rechtsruck die Perspektive einer grenzübergreifenden Solidarität entgegensetzen.

# Gegen die Festung Europa und ihre Fans

GASTBEITRAG DER KAMPAGNE NIKA

Am Anfang stand eine einigermaßen ernüchternde Diagnose: Angesichts des parteipolitischen Rechtsrucks, einer rassistischen Gewaltwelle von Heidenau bis Clausnitz und der Modernisierung der Festung Europa, die aktuell den Erfolg des „Sommers der Migration“ wieder zurückdreht, müsse die radikale Linke jetzt mehr als „Hauptsache irgendwas“ tun. Nämlich „unsere begrenzten Kräfte bündeln, uns finden, die Hebel da ansetzen, wo es weh tut — uns koordinieren. Und, na klar, dafür muss die Solidarität politisch werden — die Frage ist jetzt nur: Wie? Und vor allem: wie weiter?“

Eine Antwort, die mehrere hundert Linksradikale Ende Januar 2016 an der Frankfurter Uni fanden, war: Es braucht ein gemeinsames Vorgehen gegen den völkischen Nationalismus von AfD und Pegida sowie das staatliche Grenzregime. Die über 400 AktivistInnen verschiedener antifaschistischer und antirassistischer Gruppen, die auf Einladung des antinationalen Ums Ganze-Bündnisses aus dem gesamten Bundesgebiet angereist waren, einigten sich in diesem Sinne darauf, unter dem Motto „Nationalismus ist keine Alternative“ (Nika) den laufenden Wahlkampf der AfD zu stören und gegen das „organisatorische Rückgrat des völkischen Rollbacks“ vorzugehen. Begründung dafür ist, dass diese den öffentlichen Diskurs Stück für Stück nach rechts verschiebt und trotz aller verbalen Abgrenzung der Mitte den willkommenen Vorwand für die Erneuerung der tödlichen Abschottung liefert. Zugleich sollten die Akteure der staatlichen Entrechtung von Geflüchteten, wie sie in den diversen Asylpaketen und dem EU-Erdogan-Deal deutlich wird, selbst Ziel einer kontinuierlichen Gegenmobilisierung werden. Die Idee ist insofern, sich nicht einfach auf den rechten Rand festzulegen und damit am Ende eine smarte Version des neoliberalen Grenz- und Krisenregimes gegen seine plumpe Verschärfung zu verteidigen. Denn auch wenn nur die AfD offen davon redet, auf flüchtende Menschen zu schießen, tatsächlich organisiert wird das inzwischen längst wieder aus der Mitte der Gesellschaft. Das koordinierte Vorgehen gegen die AfD als Speerspitze der Menschenverachtung soll daher vielmehr dazu dienen, gemeinsam wieder handlungsfähig zu werden und den Preis für die Fans der Abschottung insgesamt in die Höhe zu treiben — und so deutlich zu machen: Abschottung ist keine Option.

Damit unterscheidet sich „Nika“ deutlich von anderen Bemühungen aus der gesellschaftlichen Linken, dem Rechtsruck etwas entgegen zu setzen. „Aufstehen gegen Rassismus“ will beispielsweise ein möglichst breites Bündnis auf die Beine stellen und bezieht dabei mit SPD und Grünen nicht nur wesentliche Akteure des europäischen Grenzregimes, sondern auch der sozialen Spaltung und autoritären Formierung in Europa mit ein. Das erreicht zwar formell erstmal weitaus größere Teile der Gesellschaft, übersieht aber, dass es gerade diese „Politik der Mitte“ war und ist, die eine Grundlage dafür liefert, dass die AfD und ihr Anhang sich aktuell als „echte Opposition“ inszenieren können. Dieser bündnispolitischen Orientierung liegt zudem eine andere Einschätzung des Rechtsrucks zugrunde. Denn die völkische AfD von heute wird bei „Nika“ nicht als Wiederkehr der faschistischen NSDAP von damals gewertet: Ihre Gefährlichkeit liegt demnach nicht in einer drohenden Machtübernahme, sondern in der weiteren Verschiebung des Diskurses nach rechts, hin zu einer noch aggressiveren Durchsetzung der Vorrechte von Etablierten und weißen, männlichen Staatsbürgern. Alle Versuche, dieser Verschiebung mit dem Verweis auf die demokratischen Sitten entgegen treten zu wollen, erscheinen insofern mehr als nur unglaubwürdig: Sie machen sich zum Werkzeug für den falschen Zweck. Anstatt sich mit den schwarz-grün-roten Sachverwaltern der bestehenden Ordnung, die mit ihren Parteien und Institutionen — allem guten Zureden zum Trotz — offenbar Teil des Problems und nicht Teil der Lösung sind, in eine Volksfront gegen rechts einzureihen, will „Nika“ einen emanzipatorischen Begriff von Antifa entwickeln. Das heißt vor allem gegen den Nationalismus vorzugehen, der sich in der BRD inzwischen in der parteiübergreifenden Zustimmung zur autoritären Krisen- und Abschottungspolitik artikuliert.

Das geht nicht ohne eine genauere Analyse. Denn die Stabilität des autoritären

Wettbewerbsstaates deutscher Prägung basiert auf einer umfassenden, ökonomischen wie ideologischen Einbindung zentraler Teile der Lohnabhängigen. Die doppelte Verstaatlichung wesentlicher Teile des Proletariats wird im Land des Exportweltmeisters der Fluchtursachen damit bezahlt, dass deren Kosten auf dem Weltmarkt outgesourct und in die Peripherie abgeschoben werden. Flankiert wird sie von der politischen Einbindung selbst weiter Teile einer linksliberalen Öffentlichkeit in die Standortdeutschlandfamily, die sich ihre kritische Distanziertheit im Detail mit einem grundsätzlichen Einverständnis zum nationalen Geschäftsmodell erkauft. Auf ökonomischer Ebene sind es die großen Industrie-Gewerkschaften, auf politischer Ebene nicht zuletzt die Grünen, die beispielhaft für diese Einbindung in die „Deutschland AG" stehen. Die nationalistische Einteilung der Welt in „die" und „wir" ist ihre gemeinsame Geschäftsgrundlage. Wer an den bleiernen Zuständen in diesem Land irgendwann etwas ändern will, muss hier den Hebel ansetzen.

Das heißt nicht, linke Inhalte bloß von der Seitenlinie einzufordern. Denn auch einfach „mehr Sozialstaat", wie ihn Teile der Linkspartei fordern, würde den Rassismus nicht stoppen. Was überall als „Ängste" der AfD-Wähler vor „Kriminalität", „Überfremdung" und „islamischer Unterwerfung" bezeichnet wird, markiert in Wahrheit deren sehnlichste Wünsche: Endlich mal die Sau raus lassen, die Ohnmachtserfahrungen des Krisenkapitalismus nach unten weitergeben und auf anderen rumtrampeln dürfen. Dagegen hilft kein „Aufstand der Anständigen", sondern nur — auch wenn es oldschool klingen mag — ein anständiger Aufstand, der den autoritären Charakteren ihre Schranken aufzeigt und, viel wichtiger noch, Bezugspunkt eines tatsächlich glaubwürdigen Ausbruchs aus der schlechten Verwaltung des Bestehenden werden könnte. Deswegen legt „Nika" den Schwerpunkt neben der inhaltlichen Vermittlung auf die Entwicklung einer eigenen Praxis gegen jeden Nationalismus, eine Praxis, die bewusst den Rahmen klassischer Antifapolitik überschreitet und zum Mit- und Nachmachen einladen soll. Damit zielt die Kampagne darauf, ein niedrigschwelliges Handlungsangebot für den solidarischen Teil der Gesellschaft anzubieten, der gesellschaftlichen Polarisierung einen politischen Ausdruck zu verleihen und zugleich den Fans der Festung Europa den öffentlichen und diskursiven Raum zu nehmen.

In diesem Sinne haben bisher verschiedene Aktionen im Rahmen der Kampagne stattgefunden, die ihren Zusammenhang über ein einheitliches Auftreten in weißen Ganzkörperanzügen und kreativen Aktionen, wie die Rücküberstellung des Schuttes einer abgebrannten Flüchtlingsunterkunft an die AfD-Zentrale (#returntosender), der Absperrung von Institutionen der Abschottung mit Stacheldraht oder dem Einmauern der AfD, deutlich gemacht haben. Aber auch eher klassische Aktionen des zivilen Ungehorsams wie Demonstrationen und Blockaden von kleineren und größeren Veranstaltungen, wie dem AfD-Programmparteitag in Stuttgart, gehören zum Aktionsspektrum.




Trotz ungünstiger Bedingungen, wie massiver Polizeigewalt in Stuttgart und Plauen, und einer relativ kurzen Vorbereitungszeit, ist es mit der „Nika"-Kampagne (und gemeinsam mit vielen anderen antifaschistischen Akteuren) bisher gelungen, die Fans der Festung zumindest empfindlich zu stören und zugleich ein Zeichen für eine eigenständige, solidarische Perspektive jenseits von jedem Nationalismus zu setzen. Zugleich hat der bisherige Verlauf der Kampagne aber auch gezeigt, dass wir noch viel mehr werden müssen, gerade weil von der bürgerlichen Mitte und ihrer Polizei keine Hilfe im Kampf gegen den Rechtsruck zu erwarten ist — im Gegenteil.

Dementsprechend geht es nun in die zweite Phase. Im Sommer und Herbst soll die Auseinandersetzung mit den Akteuren der Abschottung grenzübergreifend intensiviert werden. Daher lädt „Nika" zu einem bundesweiten Aktionstag gegen die Festung Europa im Juni und gemeinsam mit vielen Antira-Gruppen zu einem transnationalen No-Border-Camp in Thessaloniki in der Nähe der griechisch-mazedonischen Grenze im Juli ein. Anfang September bietet die bundesweite Großdemonstration von „Aufstehen gegen Rassismus" vor der Abgeordnetenhauswahl in Berlin Gelegenheit, die Perspektive einer grenzübergreifenden Solidarität als Gegenentwurf zur Hetze der Rechten wie dem Zynismus der Neoliberalen deutlich zu machen. Der Erfolg der Kampagne lebt dabei nicht zuletzt von der Beteiligung und der Kreativität aller. Denn, wie es in dem Aktionstags-Aufruf von „Nika" hieß, „die Gelegenheiten sind zahlreich, Ideen gibt es viele und die Nächte sind lang." •

ANTIFA

# Antifa heißt auch raus aus der metropolen Komfortzone

GASTBEITRAG DER KAMPAGNE HHGOESMV

■ Ende 2015 schlossen sich verschiedene Hamburger Antira- und Antifa-Gruppen zu der „Reiseallianz" HHgoesMV zusammen. Die Selbstbezeichnung als „Reiseallianz" verweist auf den Hauptfokus des Zusammenschlusses, aber auch auf das Bewusstsein in Bezug auf die Grenzen der eigenen Möglichkeiten. Ziel dieses Bündnisses war und ist es, aktive Antifaschist*innen vor Ort in Mecklenburg-Vorpommern (MV) zu unterstützen und dabei ein Bewusstsein für die Notwendigkeit zu schaffen, sich aus der linken Wohlfühlzone der einschlägigen Viertel herauszubewegen. Wir wollten die Möglichkeit eröffnen, mit anderen AntifaschistInnen nach MV zu fahren, dort zu intervenieren und sich zu vernetzen. Allen beteiligten Gruppen ist klar, dass wir nicht von Hamburg aus die Probleme in MV lösen können, gleichzeitig war aber auch deutlich dass wir unsere Genoss*innen in MV mit einem so massiven Auftreten von Neonazis und Rassist*innen nicht alleine lassen wollen. Viele AntifaschistInnen aus MV haben zu Neonaziaufmärschen innerhalb des Bundeslandes deutlich weitere Wege bei der Anreise als es aus Hamburg der Fall ist. Einzelne Gruppen von Antifaschist*innen die zu Aufmärschen nach Boizenburg oder zu anderen Orten in MV fuhren, waren ob der schieren Übermacht von Rassist*innen stark in ihren Handlungsoptionen eingeschränkt. Ein Verhindern oder Stören der Neonaziaufmärsche war kaum möglich. Und das zu einer Zeit in der Rassist*innen von AfD bis NPD teilweise mehrmals die Woche auf die Straße gingen. Wie in vielen Teilen Deutschlands ist die AfD auch in MV Nutznießer der rassistischen Mobilisierung gegen Geflüchtete. So nahmen an einer AfD-Demonstration in Rostock im Oktober 2015 ca. 2.000 Rassist*innen aus sämtlichen rechten Spektren teil. Neben der AfD formierte sich im vergangenen Jahr aber noch ein weiterer Akteur im rechten Hinterland MVs. Im Januar 2015 tauchte der NPD-dominierte Pegida-Ableger MVgida erstmalig auf. Anfänglich im Schutz der Dunkelheit demonstrierten rassistische Bürger*innen mit organisierten Neonazistrukturen Hand in Hand. Ab dem Spätsommer 2015 traten in Westmecklenburg dann Gruppen wie „Wismar wehrt sich" und „Schwerin wehrt sich" vermehrt in den Vordergrund. Täglich stattfindende Kundgebungen vor einer Notunterkunft für Geflüchtete in Schwerin bildeten den Auftakt zu wöchentlichen Demonstrationen in Wismar, Schwerin und anderen Städten in der Region — mit bis zu 700 Rassist*innen, bestehend aus einer Melange von NPD, organisierten Neonazistrukturen, Teilen der AfD, Hooligans und „besorgten Bürgern". Im Laufe des Jahres spitzte sich die Situation mehr und mehr zu. Es wurden zahlreiche Brandanschläge auf Unterkünfte für Geflüchtete verübt und Übergriffe gegen diese waren wieder trauriger Alltag. Im Rahmen einer „Herbstoffensive" meldete MVgida dann wöchentliche Demonstrationen bis Ende des Jahres an. Auch in Boizenburg fühlten sich die rassistischen „Abendspaziergänger*innen" von MVgida sehr wohl. Dabei ist der Ort ist kein unbeschriebenes Blatt, er gilt in der Region als braune Hochburg; rassistische Übergriffe und Gewalt gegen linke Jugendliche sind an der Tagesordnung. So ist es nicht überraschend, dass dort im Oktober 2015 ein Brandanschlag auf eine für 40 Menschen geplante Unterkunft verübt wurde. Dieser stellt somit keinen Zufall dar, sondern ist ein Ergebnis der rassistischen Stimmungsmache MVgidas. Und das alles nur 50km von Hamburg und wenige Kilometer von der Hamburger Erstaufnahmestelle für Geflüchtete in Horst entfernt. Mit Bezug auf den Anschlag mobilisierte MVgida für einen weiteren Aufmarsch nach Boizenburg, diesmal um mit Laternen und Fackeln durch die Stadt zu ziehen. Dabei wurde der Anschlag als legitime Artikulation eines vermeintlichen Volkswillen verherrlicht. Vielen Hamburger Antifaschist*innen war klar, dass nach dem Brandanschlag, Neonaziaufmärsche dort nicht mehr ungestört verlaufen dürfen. Wenige Tage vor der MVgida Kundgebung mobilisierten wir unsererseits zu einer Gegenkundgebung. Da es in Boizenburg bis dahin keine Proteste gegen die regelmäßigen Neonaziaufmärsche gab, war für uns klar, dass wir ein komplettes Paket schnüren müssen. Das heißt es sind Busse, Autos und ein Lautsprecherwagen zu einer von uns angemeldeten Kundgebung gefahren. Die Kundgebung fand in einem Polizeikessel statt, vor Ort waren ca. 100 Menschen. Schon bei dieser Aktion fanden sich vereinzelte Menschen aus Boizenburg ein. Zu zwei weiteren Neonaziaufmärschen in Boizenburg, orga-

nisierten wir Gegendemonstrationen und die dazu gehörige Anreise. Bei der letzten Aktion kam fast die Hälfte der Demonstrierenden von vor Ort. Insgesamt waren rund 200 Leute am Start. Dies ist ein beachtlicher Anstieg des aktiven lokalen Protestes. Nicht nur nahmen viel mehr Boizenburger*innen als bisher an der Demonstration teil, sie liefen auch samt eigener Fronttransparente im vorderen Teil der Demonstration und steuerten eigene Parolen bei. Auf der Zwischenkundgebung gab es zudem einen Redebeitrag eines Boizenburger Aktivisten. Dies zeigt, dass unsere Aktionen einen Raum geschaffen haben in dem lokale Antifaschist*innen die Möglichkeit gegeben wurde, sich gemeinsam gegen Neonazis und Rassist*innen stärker zu positionieren. Wir versuchen unseren Aktionsradius nicht auf das Hamburger Umland zu beschränken, so wurde von uns auch gegen die AfD in Schwerin (November 2015), die NPD in Schwerin (1.Mai 2016) und den Trauermarsch in Demmin (8.Mai 2016) mobilisiert. Wenig glücklich über genau diese antifaschistische Reisefreudigkeit zeigte sich die Polizei. Die Polizeiführung hat uns mehr als deutlich gemacht, dass nicht AfD- und NPD-Aufmärsche oder andere rassistische Mobilisierungen, sondern vielmehr der Protest dagegen ihr Problem sind. Obwohl diese Geisteshaltung in Lorenz Caffiers (CDU) MV zur Normalität gehört, muss immer wieder betont werden, dass wir als antifaschistische Zusammenhänge momentan nicht nur mit einem wachsenden rassistischen Konsens und Neonazi-Aktivitäten konfrontiert sind, sondern gerade die Polizei immer offensiver ihr politisches Interesse durchsetzen kann und versucht, antifaschistische Proteste kleinzuhalten. Höhepunkt der polizeilichen Repression, war der 1. Mai in Schwerin. Die angereiste Gruppe aus Hamburg wurde wenige Minuten nach der Ankunft für acht Stunden in einen Kessel gesteckt und alle Anwesenden einer erweiterten Personalienfeststellung unterzogen. Wenn es außer einem leichten Sonnenbrand etwas vom 1. Mai in Schwerin mitzunehmen gibt, dann die wiederkehrende Erkenntnis, dass Antifaschismus und Antirassismus weder dem Staat, noch einer wie auch immer gearteten bürgerlichen Öffentlichkeit zu überlassen sind, sondern selbst in die Hand genommen werden müssen. Wenn uns ebendies erschwert werden soll, müssen wir zusätzliche Wege finden, wie der kreativen Rechtsauslegung der Landespolizei MVs auf Augenhöhe begegnet werden kann.




Es bleibt notwendig, aus den relativ gut aufgestellten Metropolen die Genoss*innen aus den strukturschwächeren Regionen zu supporten. Dass es dabei nicht um ein paternalistisches „Wir wissen es besser als ihr!“ geht, sollte allen klar sein. Solche Unternehmungen können nur dann im Ansatz funktionieren, wenn sich alle aufeinander einlassen und im Mittelpunkt das gemeinsame Ziel steht rechte Strukturen zu schwächen und eigene Strukturen aus- und aufzubauen. Dabei spielen natürlich persönliche Kontakte, genauso eine Rolle, wie die politische Einschätzung, dass wir es uns gerade jetzt nicht leisten können, dem rechten Mob irgendwas, irgendwo zu überlassen. Also, egal ob MV, Brandenburg oder sonst wo — es gibt kein ruhiges Hinterland! •

Mehr Infos: hhgoesmv.blogsport.de

GESELLSCHAFT

# Migrationspolitik, die über Leichen geht

CHRISTIAN JAKOB

Es ist eine Dimension, so monströs wie die ständig wachsende Zahl der Mittelmeertoten: Bis zu 62 Milliarden Euro, so erklärte Anfang Juni der Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans, wolle die EU bezahlen, damit afrikanische und arabische Länder Flüchtlinge aufhalten. Schon kurzfristig sollen acht Milliarden Euro bereitgestellt werden. Mit diesen sogenannten Hilfsgeldern sollen Grenzaufrüstung, „Asylunterkünfte", Maßnahmen gegen Schlepper bezahlt und „Investitionen angekurbelt" werden, sagte Timmermans. Doch die EU gedenkt nicht, ihre neueste Offensive zur Migrationskontrolle auf das Öffnen des Portemonnaies zu beschränken: „Wir schlagen eine Mischung aus positiven und negativen Anreizen vor, um die Drittländer zu belohnen, die bereit sind, effektiv mit uns zusammen zuarbeiten, und sicherzustellen, dass es Konsequenzen für jene gibt, die das nicht tun." Wie genau die EU jene zu bestrafen gedenkt, die nicht als Türsteher für sie bereit stehen, ließ er vorerst offen. Nach dem Vorbild des Türkei-Deals strebt die EU nach eigener Auskunft nun vergleichbare Pakte mit Jordanien, Libanon, Niger, Nigeria, Senegal, Mali, Äthiopien und Libyen an. Mit der in Rede stehenden Gesamtsumme ließen sich sechs Millionen Flüchtlinge ein Jahr lang versorgen.

Timmermans Ankündigung kam in einer Zeit, in der die europäische Grenzpolitik mal wieder in den verschärften Krisenmodus geschaltet hatte. In den letzten Maiwochen waren über 1.000 Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken, die Zahl der registrierten Toten in diesem Jahr stieg damit auf über 3.000 — mehr als je zuvor in einem Frühjahr. Doch anders als bei den letzten Großkatastrophen zwischen Libyen und Lampedusa blieb es diesmal merkwürdig still. Die Öffentlichkeit scheint sich an die Horrornachrichten vom Mittelmeer gewöhnt zu haben. Kein führender EU-Politiker sah sich zu Brandreden genötigt. Kopfzerbrechen bereitete ihnen vielmehr die Frage, wie die EU vermeidet, dass in diesem Jahr ähnlich viele Flüchtlinge ihr Territorium erreichen wie im letzten Jahr.

Denn trotz aller Anstrengungen bröckelt die Flüchtlingsabwehrfront. Die Beziehungen zum wichtigsten Türsteherstaat, der Türkei, sind derzeit ungefähr so gut wie die zu Russland — Tendenz: rapide weiter vereisend. Und so trafen sich am Rande eines Gipfeltreffens der Vereinten Nationen am 29. Mai in Antalya der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoğlu, der türkische EU-Minister Ömer Celik mit Timmermans und kündigten ihm an, das gerade erst in Kraft getretene Flüchtligsabkommen wieder auszusetzen. Cavusoğlu und Celik ging die versprochene Einführung der Visafreiheit für Türken nicht schnell genug. Die Armenien-Resolution des Bundestages war da noch gar nicht verabschiedet worden.

Das deutsche Bundesinnenministerium beeilte sich, diesen angedrohten Supergau des EU-Grenzregimes wegzuwischen. „Die Türkei hält sich an die gemachten Zusagen, insbesondere die Maßnahmen, die für die Schleuserbekämpfung greifen", sagte Staatssekretärin Emily Haber.

An andere Zusagen fühlt die Türkei sich hingegen keineswegs gebunden. Pro Asyl sammelte „konkrete Informationen", dass die Türkei aus Griechenland Abgeschobene zu Hunderten im Knast von Kirklareri einsperrte. Die Organisation recherchierte den Fall einer yezidischen Familie, die vor dem IS-Terror nach Griechenland floh. Sie wurde in die Türkei zurückgeschoben und dort inhaftiert. „Die Haft endete erst, nachdem sie erzwungenermaßen ihrer „freiwilligen" Rückkehr in den Irak zugestimmt hatten", so Pro Asyl.

Die Türkei ist allerdings nicht die einzige, die sich nicht an Absprachen hält. Am 4. Juni wurde die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen bekannt. Die wollten wissen, wie viele Flüchtlinge Deutschland aus Italien, Griechenland und der Türkei aufnimmt. Zur Erinnerung: Im letzten Jahr hatten die EU-Staaten sich verpflichtet, insgesamt 120.000 Flüchtlinge aus Italien und Griechenland innerhalb der EU zu verteilen. Und neben Milliardenzahlungen hatte die EU auch der Türkei einer absurden Logik folgend versprochen, für jeden aus Griechenland zurück in die Türkei abgeschobenen Syrer einen anderen Syrer aus der Türkei in die EU reisen zu lassen.

Bislang ist davon allerdings nichts zu spüren: Seit Oktober, so das Bundesinnenministerium, hat Deutschland insgesamt ganze 57 Flüchtlinge aus Griechenland und Italien übernommen. Grund für diese minimale Größenordnung sei, dass die Übernahme von Syrern aus der Türkei „derzeit Priorität" habe, so Innen-Staatssekretär Ole Schröder. Der Türkei nehme Deutschland derzeit 100 Flüchtlinge ab. In dem Land




Foto: Jakob Huber/Campact (CC BY-SA 2.0)

halten sich mittlerweile über 3 Millionen Flüchtlinge auf.

Noch allerdings hält die Schließung der Balkanroute weitgehend. Weil in der Türkei kaum Boote mehr ablegen, versuchen Flüchtlinge verstärkt, die 15 Kilometer nach Griechenland zu schwimmen. Die Möglichkeit, Asylanträge zu stellen, gibt es dort faktisch nicht mehr. Die Inhaftierten werden in den sogenannten Hotspots gezwungen, ihre Zustimmung zur freiwilligen Ausreise zu erklären. Ansonsten droht ihnen monatelange Haft. Auf den griechischen Inseln sitzen Mitte Mai mehr als 8.300 Menschen fest, mehrere Tausend sind inhaftiert. Die Haftlager und provisorischen Unterkünfte sind völlig überfüllt, die hygienischen Verhältnisse katastrophal. Die sogenannten Asylverfahren zielen darauf ab, die Menschen so schnell es geht in die Türkei zurück zu schicken, wo die Zustände ähnlich sind. Und damit aus Richtung Syrien möglichst niemand mehr nachkommt, baut die Türkei derzeit an der Grenze zu Syrien Selbstschussanlagen. Alle 300 Meter soll bald ein solcher „intelligenter Wachturm" stehen. Mit den Milliarden aus Brüssel kann sich die Türkei das Projekt ohne weiteres leisten.

Immer stärker kommt da die zentrale Mittelmeerroute in den Blick. Die IOM rechnet damit, dass dort 200.000 Menschen auf die Überfahrt nach Europa warten. Beobachter gehen davon aus, dass sich diese Zahl erhöhen wird, weil der infolge der Schließung der Balkanroute erwartete Schub von SyrerInnen noch gar nicht eingesetzt hat. Denn weil auch Ägypten die Visabedingungen verschärft hat, müssen Syrer mittlerweile einen Umweg über den Sudan machen, um noch nach Libyen zu gelangen. Das dauert.

Und wie ihre Aussichten stehen, von Libyen aus an einen sicheren Ort zu kommen, ist offen. Die teils islamistischen, das Land beherrschenden Milizen stehen seit langem im Verdacht, das mörderische Schlepperbusiness an der Küste des Landes zu kontrollieren. Gleichzeitig hat der Ministerpräsident von Libyens sogenannter Einheitsregierung, Fajes al-Sarradsch, die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini Ende Mai per Brief offiziell um Hilfe beim Wiederaufbau der Küstenwache und der Sicherheitskräfte gebeten. Es ist völlig offen, inwieweit al-Sarradsch Kontrolle über das Staatsgebiet hat. Die EU will gleichwohl die mittlerweile in „Sophia" umbenannte Marine-Mission EUNAVFOR MED im Mittelmeer ausweiten. Neben dem Kampf gegen Schlepper soll sie nun auch die sogenannte Küstenwache von Libyen ausbilden. Die Bundeswehr soll sich daran von Tunesien aus beteiligen. 22 Nationen mit rund 1.300 SoldatInnen beteiligen sich derzeit an der Operation. Der Kampf gegen Schlepper beschränkte sich bislang auf die Zerstörung von Schlauch- und Holzbooten und die Festnahme von 69 „Schleusungsverdächtigen". Rund 9.000 Menschen seien von den Marineschiffen seit Sommer 2015 aus Seenot gerettet worden — nur ein Bruchteil jener, die im selben Zeitraum von zivilen Einheiten gerettet wurden.

Der Linken-Abgeordnete Andrej Hunko kritisierte die Ausbildungspläne für die „Küstenwache" genannten Milizen: „Das einzige, was diese schwer bewaffneten Männer nicht übernehmen, ist die Seenotrettung", sagt er. Die libysche Küstenwache gefährde Menschenleben. „Die geplante militärische Zusammenarbeit der EU und der NATO mit diesen marodierenden Einheiten ist Ausdruck einer Migrationspolitik, die nur die Abwehr von Flüchtlingen im Sinn hat und dabei über Leichen geht." Die EU-Mitgliedstaaten müssten deshalb alle Anstrengungen auf die Seenotrettung vor Libyens Küsten richten. Es brauche keine weiteren militärischen Abenteuer in Libyen, sondern sichere Überfahrten für Geflüchtete und eine Entwicklungsperspektive für Libyen. •

RASSISMUS

# Flucht, Migration und Selbstorganisierung in Griechenland

GASTBEITRAG VON INTERNATIONALISTISCHES ZENTRUM DRESDEN

Im Dezember 2015 trat das „Internationalistische Zentrum" eine Reise durch Griechenland an. Von Thessaloniki ging es nach Eidomeni, auf die Inseln Lesbos und Xios und in die Hauptstadt Athen. Ziel war es, einen Überblick über die aktuelle Situation Geflüchteter als auch über die politischen Mechanismen vor Ort zu gewinnen. Vom Standpunkt der „politischen Solidarität"[1] mit Geflüchteten war es von besonderem Interesse, inwieweit sich Geflüchtete selbst organisieren bzw. ob es gemeinsame Diskussionen, Standpunkte, Projekte und Kämpfe von Geflüchteten und dem sog. antiautoritären Raum[2] gibt. Dank der Genoss*innen in Griechenland erhielt das „Internationalistische Zentrum" tiefe Einblicke in die Situation vor Ort.

**Thessaloniki und Eidomeni — Selektion an den Toren Kerneuropas**

Über Thessaloniki fuhren wir nach Eidomeni an der mazedonischen Grenze. Von 2014 bis zum Frühjahr 2016 existierte ein gesonderter Grenzübergang für Menschen auf der Flucht. Zum Zeitpunkt unseres Besuchs durften allerdings nur Menschen aus Syrien, Afghanistan und Irak die Grenze passieren. Alle Geflüchteten, deren Registrierungsschein nicht auf diese drei Länder ausgestellt war, wurden in Bussen nach Athen transportiert, um dann auf offener Straße aus dem Bus geworfen oder in ein altes Freiluftstadion gebracht zu werden. Wochenlang harrten viele Menschen in Eidomeni aus, häufig durch Polizeigewalt schwer verletzt und ohne ausreichende sanitäre oder ärztliche Versorgung. Amnesty International berichtete bereits im Sommer 2015 über regelmäßige Misshandlungen von Geflüchteten an den Grenzen und entlang der Balkanroute,[3] zahlreiche Flüchtende und Aktivist*innen bestätigten Gewalttaten seitens der Polizeieinheiten. Das Camp in Eidomeni, das durch NGOs und das UNHCR betrieben wurde, war um ein Vielfaches überbelegt. Verschiedene Berichte gingen von zeitweise mehr als 10.000 Menschen aus, die meist in gewöhnlichen Campingzelten warteten. Als Reaktion auf die erste Räumung im Herbst 2015 wurde in Thessaloniki ein Haus besetzt. Das „Orfanotrofio" bot zum Zeitpunkt unseres Besuchs 54 Refugees und rund 20 weiteren Personen Platz. Es besitzt eine kollektive Küche, medizinische Versorgung, Lagerräume für Hilfsgüter, einen Versammlungs- und Gemeinschaftsraum und Schlafzimmer. Organisiert wird es über das Konsensprinzip. So soll die Partizipation für alle gewährleistet werden. Das Zusammenleben ist jedoch weit entfernt vom oft erwähnten „Ponyhof". Aufgrund von diversen Konflikten stößt die Selbstorganisierung an manchen Stellen an ihre Grenzen[4]. Dennoch ist das Potential selbstorganisierter Räume für die Entwicklung kollektiver Handlungsmöglichkeiten hoch. Nicht zuletzt sind es oft diese autonomen Küchenprojekte und Besetzungen etc., bei denen Menschen auf ihrer Flucht nach Europa zum ersten Mal menschenwürdig und mit Respekt begegnet wird.

**Lesbos — eine kurze Kritik des „reinen Helfens"**

Der offizielle erste Anlaufpunkt und verpflichtende Registrierungsstelle für Refugees auf Lesbos ist das nördlich von der Hauptstadt Mytilini gelegene Camp in Moria, indem die UNHCR präsent ist. Was wir bei unserem Besuch hier erlebten, ist der Inbegriff der Ungleichheit zwischen „Fliehenden" und „Helfenden" und „geduldeten" und „unerwünschten" Nationalitäten. EU-Agenturen wie „Frontex" und „Europol" sowie vor Ort stationierte Einheiten der „MAT"[5], arbeiten gemeinsam mit NGOs und „freiwilligen Helfer*innen" zusammen. „Moria" zeigt die vielfältigen Ebenen, auf denen das europäische Grenzregime aufbaut: Registrierung, Versorgung, Abschiebungen und Absatzmarkt laufen hier an einem Ort zusammen. NGOs und „Volunteers" werden strategisch von Cops für die Selektion und die Ausübung von „soft repression" benutzt. Betroffen sind insbesondere Menschen aus dem Norden Afrikas, die durch die Instruktion der Cops von NGOs und „Volunteers" im „Hotspot" zusammengebracht werden. So berichtete eine „Volunteer" von der polizeilichen Anweisung, dass nun „die Tunesier und Marokkaner" an der Reihe seien (gemeint war die Registrierung), woraufhin die vermeintlichen „Helfer*innen" die Geflüchteten aufsuchten und in die Registrierungsreihe stellten. Die Betroffenen wurden jedoch nicht registriert, sondern an Ort und Stelle verhaftet.

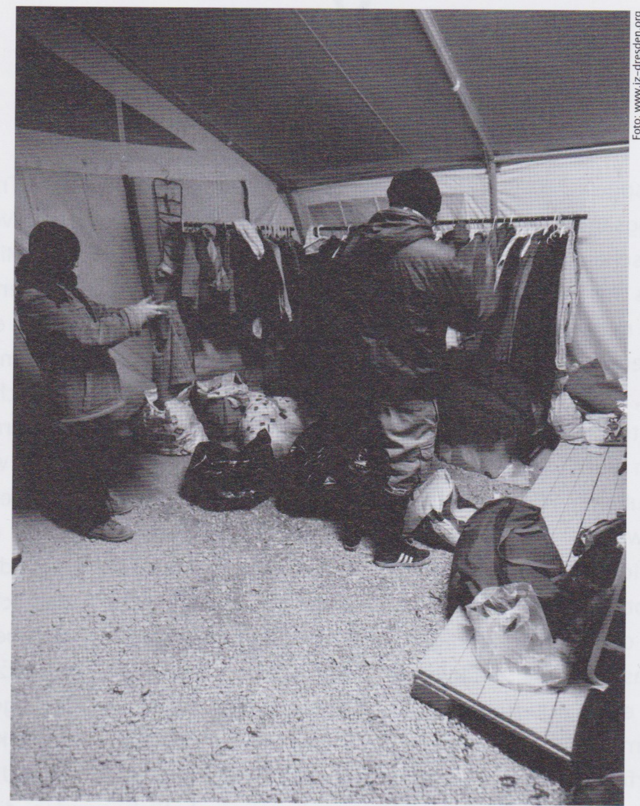
Diese Form der „Hilfsarbeit" hat keine Perspektiven. „Charity" wird keine Strukturen verändern, die Fluchtursachen und Illegalisierungen schaffen. Stattdessen ver-

bleibt das „reine Helfen“ in den ungleichen Rollen der „Gebenden“ und „Nehmenden“. Auch aus einer postkolonialen Analyse muss das „reine Helfen“ — oft von Weißen betrieben — kritisch hinterfragt werden, da es bisweilen rassistische Stereotype und Machtverhältnisse reproduziert. Indem Volunteers dafür sorgen, dass ein Camp wie „Moria“ sich einen „humanitären“ Anstrich geben kann, schaffen sie einen Deckmantel für die Überwachungs- und Selektionsmechanismen, auf denen das europäische Grenzregime beruht. Doch eine bloße Abwehrhaltung wäre fehl am Platz. Die Motivation zu „helfen“ steht für eine grundsätzliche Bereitschaft sich zu solidarisieren ob bei Willkommensbündnissen in Deutschland oder als „Volunteer“ auf den griechischen Inseln. Eine gemeinsame, kritische Diskussion kann ein Anfang sein, Perspektiven zu entwickeln und Solidarität politisch zu gestalten. Das scheint uns zunächst produktiver, als sich unmittelbar strikt voneinander abzugrenzen.

**Fazit und Handlungsmöglichkeiten**

Eidomeni wurde mittlerweile komplett geräumt — eine stille Räumung, von der Öffentlichkeit kaum beachtet, unter einer linken Regierung und innerhalb der Logik eines unsäglichen Deals mit dem türkischen Autokraten Erdogan. Die Balkanroute existiert faktisch nicht mehr. Neue Lagersystem mit Camps wie „Fracaport“ nahe Thessaloniki sind entstanden[6]. Die Inseln in der Ägäis sind von Zwischenstationen auf der Flucht zu Gefängnissen und Rückschiebeeinrichtungen transformiert worden. Europa forciert weiterhin eine offen rassistische Politik und Gesetzgebung und hat sich den Frieden mit erstarkenden rechtspopulistischen Bewegungen durch das Inhaftieren, Foltern, Sterben und Ausgrenzen Tausender Menschen auf der Flucht erkauft. Eine gemeinsame Revolte gegen diese Zustände scheint weit entfernt.

Wir denken, dass ein tieferes Verständnis von dem was „Grenze“ aktuell bedeutet notwendig ist, um eine glokale (lokal und global) Perspektive zu bekommen. Das viel zitierte europäische Grenzregime darf nicht nur als einfache Grenzlinie um Europa verstanden werden. Die Funktion der militarisierten Außengrenzlinien wird durch ganze Grenzräume erweitert, die nicht mehr geographisch an diese Linien gebunden sind. Überall in Europa sind Räume systematischer Ausgrenzung und Entrechtung von Geflüchteten entstanden, sei es in Form von Heimen oder Zeltstätten, eines Abschiebetransports oder durch die Regulierung des Zugangs zu medizinischer Versorgung und finanzieller Mittel bzw. Arbeit. Es wird immer ein Recht geben, dass das Recht der Geflüchteten suspendiert. Die Handlungsmuster und rechtliche Mechanismen der Außengrenzen Europas setzen sich im Inneren fort. Widerstand gegen die Festung und ihre Fans muss deshalb nicht notwendigerweise an den „Hotspots“ stattfinden.


Foto: www.iz-dresden.org

Unterstützer sortieren gespendete Kleidung in Eidomeni

Als Internationalistisches Zentrum organisieren wir uns gemeinsam mit Menschen aus den sog. Magrebstaaten. Aufhänger für eine erste Demonstration war die geplante Erweiterung der „sicheren Drittstaaten“ um Marokko, Tunesien und Algerien, die so gut wie jede Chance auf Asyl unmittelbar unterbindet.

Zudem diskutieren wir, ob und wie arbeits- und klassenkämpferische Ansätze Teil einer gemeinsamen Strategie sein können, die u.a. die nationalistische Trennung einzelner Gruppen von Geflüchteten überwinden könnte. Aktionen könnten mit Blick auf politische Mechanismen, die die Prozesse der Ausgrenzung bestärken bzw. fortführen, ausgebaut werden. Konkret heißt das Widerstand gegen Ein-Euro-Jobs als sog. Erstintegration zu organisieren und Aktionen für soziale Zentren für alle zu forcieren. Ziel sollte sein, eine solidarische Infrastrukturen aufzubauen, die politische Unsichtbarkeit von Geflüchteten zu beenden und ihre Akzeptanz als politische Subjekte gemeinsam zu erkämpfen.

Doch auch auf europäischer Ebene regt sich Widerstand. Aktuell sind wir in die Vorbereitungen des No-Border-Camps im Juli in Thessaloniki involviert. Mit der antiautoritären Plattform gegen Kapitalismus Beyond Europe[7] rufen wir dazu auf, das Camp finanziell und logistisch zu unterstützen und natürlich daran teilzunehmen[8/9]. •

Wir haben unsere Reise dokumentiert und in vielen Texten festgehalten: www.iz-dresden.org

1 http://critiquenact.blogsport.eu/2016/01/23/237 2 Der „antiautoritäre Raum“ ist eine Eigenbezeichnung der nicht-parlamentarischen Strukturen in Griechenland, die sich horizontal, d. h. mit möglichst geringen Hierarchien organisieren und Parteienpolitik ablehnen. Er umfasst sowohl Einzelpersonen als auch verschiedene feste und lose Gruppen, die sich an anarchistischen und libertär-kommunisitischen Ideen orientieren. 3 www.amnesty.org/en/latest/news/2015/07/balkans-refugees-and-migrants-beaten-by-police 4 http://iz-dresden.org/?p=33831&lang=de 5 „Monada Apokatastasis Taxis“, „Einheit zur Wiederherstellung der Ordnung“ 6 https://fallingborderssite.wordpress.com/2016/06/05/das-camp-fracaport-nahe-thessaloniki-offiziell-versteckt-im-industriegebiet 7 https://beyondeurope.net 8 https://noborder.beyondeurope.net 9 http://noborder2016.espivblogs.net

RASSISMUS

# „Ein echter Krieg gegen die Migranten"[1]

Die Entrüstung, die nach dem sogenannten ‚Türkei-Flüchtlingsdeal' langsam in den Medien anrollte, als vom türkischen Präsidenten die ‚westlichen Werte' als rhetorische Firnis vorgeführt wurden, ist mindestens naiv — wahrscheinlich aber heuchlerisch. Es ist zwar durchaus möglich, dass die ‚Entrüsteten' tatsächlich aus dem tiefen Tal der Ahnungslosigkeit stammen und bisher nie, nirgends, nichts von der Außenpolitik der EU vernommen haben, wahrscheinlich ist es nicht. Selbstverständlich ist es begrüßenswert, dass sich überhaupt eine Entrüstung äußert — nur scheint diese nicht den Umstand zu betreffen, dass es sich beim türkischen Präsidenten um einen Despoten handelt, sondern eher um die Arroganz mit der dieser die EU vorführt. Das wird eventuell von einem us-amerikanischen Präsidenten oder der NSA hingenommen, aber doch nicht von einem Türken. Der Verdacht liegt nahe, dass ein Großteil der Aufregung von einem soliden rassistischen Reflex herrührt und der amoralische Deal lediglich den Anlass bot.

Wäre das Unterschreiten einer ‚flüchtlingspolitischen' Schmutzgrenze tatsächlich der Grund, wäre zu dem am 28. November 2014 vereinbarten, nach der somalischen Hauptstadt ‚Khartoum process' genannten Vereinbarung zwischen der EU und Ägypten, Äthiopien, Eritrea, Dschibuti, Kenia, Somalia, Sudan, Südsudan sowie Tunesien nicht nur Entrüstung, sondern ein Aufschrei durch die Medien gegangen. Es reichte nicht einmal zum berühmten Sturm im Wasserglas. Es blieb Pro Asyl überlassen, die Vereinbarung einen „Pakt mit Despoten" zu nennen[2] — der Rest war Schweigen.

Das erklärte Ziel dieser Vereinbarung ist unter anderem die ‚Stärkung der institutionellen und personellen Kapazitäten der eritreischen Regierung bei der Migrationskontrolle'[3]. Wichtig ist zu wissen, dass Eritrea kein Transit- oder Zielland von Migrant*innen oder Geflüchteten ist, also keiner Unterstützung bei der Versorgung oder Unterbringung Geflüchteter bedarf. Das Gegenteil ist der Fall: Die Anerkennung des politischen Asyls eritreischer Geflüchteter in der BRD liegt seit Jahren bei über 90 Prozent, da Folter, Zwangsarbeit, willkürliche Verhaftungen, Mord und Totschlag Mittel der alltäglichen Unterdrückung der Bevölkerung sind. Auch in Sachen Pressefreiheit belegt Eritrea nach ‚Reporter ohne Grenzen' souverän den Platz 180 von 180.[4] Selbst Eritreer*innen, die es geschafft haben zu flüchten, werden durch Bedrohung ihrer Angehörigen zu einer ‚Exilsteuer' erpresst. Der Sinn des Pakts liegt also nicht in der Hilfe bei der humanitären Versorgung von Geflüchteten, sondern ist die Unterstützung des Regimes bei der Misshandlung, Ausbeutung und Terrorisierung der Bevölkerung durch Verhinderung von deren Flucht. Dass im deutschen Bundestag[5] zwar mahnende Worte gesprochen werden, in denen gefordert wird, die Stärkung dieses Regimes zu vermeiden, faktisch aber genau das Gegenteil getan wird[6], entspricht den außen- und entwicklungspolitischen Prinzipien der Bundesrepublik.

Eritrea ist hier nur ein Beispiel. Die Lage im Sudan oder Südsudan unterscheidet sich nicht wesentlich. Dort sind Völkermord und Kriegsverbrechen feste Bestandteile der ‚Politik'. Keines dieser Länder ist ein Ziel- oder Transitland von Geflüchteten, sondern die Bevölkerung versucht vor den mordenden Milizen und Armeen zu fliehen. Dies zu verhindern, ist die Zielsetzung des Pakts, ergo der EU und soll mittels der Einrichtung von „regionalen Trainingszentren zur Schleuserbekämpfung" und der „Verbesserung des Grenzmanagements" erreicht werden. Kurz zusammenfassen lässt sich der Pakt folgendermaßen: Die EU sorgt dafür, dass den Mörderbanden ihre Opfer nicht durch Flucht abhanden kommen. Eigentlich wäre der Straftatbestand Beihilfe gegeben, wenn „einem anderen zu dessen vorsätzlich begangener rechtswidriger Tat" Hilfe geleistet wurde.

Im Krieg gegen die Geflüchteten kämpft die EU auf allen Ebenen. Die Parole unter der dieser Krieg geführt wird, ist der ‚Kampf gegen die Schleuserkriminalität'. Nun sind die Zeitgenoss*innen, die zu den zu bekämpfenden Verursacher*innen der Fluchtbewegungen umdefiniert werden, also diejenigen, deren Geschäft das Überwinden von Wüsten, Meeren, Grenzen und Zäunen ist, in der Regel keine selbstlosen Idealisten, sondern sicherlich oft weniger sympathische Charakteren. Zu erwähnen wird bei diesem Thema jedoch stets vergessen, dass die Grundlage ihres Geschäftsmodells Kriege, Unterdrückung, Armut, Verfolgung usw. sind. Durch diese werden die Menschen dazu getrieben, ihre Länder zu verlassen. Und für viele, wenn nicht die meisten dieser Gründe sind die Staaten der EU direkt und ursächlich verantwortlich. Konsequenterweise müsste daher die EU nach den Forderungen ihrer Sonntagsreder*innen, die Fluchtursachen


Foto: RoberAstorgano

zu bekämpfen, die Wirtschafts- und Außenpolitik sowie die ‚Entwicklungspolitik' der EU-Staaten bekämpfen, um der ‚Schleuserkriminalität' die Existenzgrundlage zu entziehen.

Stattdessen werden wohl demnächst zur Verhinderung unerwünschter Migration neue ‚sichere Herkunftsstaaten' definiert. Über dieses Thema ist es nicht einmal mehr möglich satirische Übertreibungen zu kreieren, seit auch Afghanistan dazu zählt. Hier überholt die Realpolitik der BRD mit Leichtigkeit jegliche Satire. Der Zynismus der dabei verwendeten Argumentation hat die bei Asylthemen offenbar nach unten offene Skala in bisher unerreichte Tiefen getrieben.

Aber was wäre menschenverachtende Politik ohne die Zuverlässigkeit der SPD. Sie hat sich mit Sigmar Gabriel auf Erpressung als Grenzpolitik festgelegt. Das dazugehörige euphemistische Schlagwort heißt „more for more", das auch im November 2015 beim Beschluss des Treuhandfonds in Valletta für den „Khartoum process" (1,8 Mrd € für 34 Staaten) propagiert wurde. Hinter diesem Ausdruck steht, dass ein ‚kooperationsbereiter' Staat mehr Geld erhält. Unter Kooperation ist die Aufnahme abgeschobener Geflüchteter zu verstehen. Sigmar Gabriel sieht dies auch als Grundlage für die ‚Entwicklungshilfe' der BRD für die Maghreb-Staaten, deren „unkooperatives Verhalten" bei Abschiebungen ihm ein Dorn im Auge ist. Interessanterweise dürfte es absehbar sein, dass diese Renitenz bei Staaten Schule macht, die sich ohnehin nicht dauerhaft dem Druck der EU widersetzen können. Wenigstens könnten sie durch anfänglich unkooperatives Verhalten den Preis nach oben treiben. Allerdings ist es unwahrscheinlich, dass diese ‚Mehreinnahmen' den Abgeschobenen oder den Armen dieser Länder zugute kommen.

Und hier schließt sich der Kreis zum Türkei-Deal. Auch Marokko wurde seinerzeit für die Rücknahme von Geflüchteten eine „Mobilitätspartnerschaft" versprochen. Dieser ‚Deal' verspricht Erleichterungen bei der Visa-Erteilung für die Einreise in die EU-Staaten. Zeitpunkt? Verhandlungssache. Da ist Erdogans Ankündigung, den Flüchtlingsdeal platzen zu lassen, sollte die EU und allen voran die BRD bei den Reiseerleichterungen für türkische Staatsbürger weiter auf Zeit spielen, nicht verwunderlich.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die Bundesregierung als treibende Kraft der EU-Grenzpolitik agiert vorwiegend in den Kategorien Erpressung, Nötigung und Despotenstabilisierung. Ein Interesse das tausendfache Sterben an den europäischen Grenzen zu beenden ist nicht vorhanden. Das einzige Interesse besteht darin, dem Sterben mehr geografischen Abstand zu organisieren. Dazu sind vor allem Diktatoren, Despoten, Militärregime und Staatsgebilde möglichst frei von Skrupeln oder menschenrechtlichen Relikten dienlich, die dankbar die Aufrüstung ihrer Repressions-, Folter- und Mordorgane durch die EU erhalten. Dass die Bundesrepublik Deutschland dank ihrer rührigen und die rassistischen „Sorgen" ihrer Bürger*innen ernstnehmenden Parteien dabei eine maßgebliche Rolle spielt, bedarf eigentlich keiner besonderen Erwähnung mehr — wären da nicht Parteien, wie DIE LINKE oder DIE GRÜNEN, in denen sich zum vorgeblichen antirassistischen und antifaschistischen Anspruch zunehmend Nationalistisches in die Rhetorik mischt. Und das auf breiter Front, wie eine braune Torte im Gesicht der populistischen Politikerin Wagenknecht zeigt. Denn dass eine Partei sich plötzlich geschlossen hinter eine Querfront-Wegbereiterin stellt, die sich noch nicht einmal zu banalen AfD-typischen Dementi-Methoden genötigt sieht, ihre grundrechtswidrige Gastrechtsauffassung und Obergrenzenforderung für Flüchtlinge als aus dem Zusammenhang gerissene paar Zeilen, auf der Maus abgerutschte Fehlklicks oder gar nicht so gemeinte Worte — nach rechtsaußen augenzwinkernd — zu relativieren, gehört in die Abteilung ‚Geschichte wiederholt sich als Farce'. •

1 Tresor von „Voix des Migrants", CISPM Berlin (dem Netzwerk in Deutschland der Internationalen Koalition der Sans-Papier MigrantInnen und Flüchtlinge) und des „Watch The Med - Alarmphone" im Interview, CILIP 109 2 www.cilip.de/category/archiv/cilip-109 3 www.proasyl.de/news/pakt-mit-despoten-fluchtverhinderung-um-jeden-preis 4 http://statewatch.org/news/2015/sep/eu-council-khartoum-plan-of-action-04-2015.pdf, S.6 5 www.reporter-ohne-grenzen.de/eritrea 6 Aktuelle Stunde am 10.06.2015 7 Eritreareise von Entwicklungsminister Müller am 15.12.2015 8 DIE LINKE Bundesparteitag Magdeburg 28.05.2016 9 „Hegel bemerkte irgendwo, daß alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen, hinzuzufügen: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce." Nach: Karl Marx/Friedrich Engels — Werke, Band 8, „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte", S. 115, Dietz Verlag, Berlin/DDR 1972

GESCHICHTE

# Totalitäre Schäferhunde

## Über eine notwendige Intervention beim Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung[1]

YVES MÜLLER

Ein Artikel, der vorgibt, „die Geschichte der deutsch-deutschen Teilung aus dem Blickwinkel des Schäferhundes zu betrachten", und „zu den ersten Opfern der Berliner Mauer" einen Schäferhund namens Rex zählt, klingt vielleicht kurios, war aber dem mit der Technischen Universität Dresden assoziierten Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. (HAIT) eine Veröffentlichung in ihrer Fachzeitschrift „Totalitarismus und Demokratie" wert. Die Autorin Christiane Schulte behauptete unbelegt, dass 34 Diensthunde an der innerdeutschen Grenze starben — „verschlissen in einem Krieg, der nicht der ihre war". Doch die Tiere waren nicht nur ‚Opfer', sondern eben auch ‚Täter', schließlich seien sie als „direkte Nachfahren von KZ-Wachhunden um 1947 auch im Speziallager Nr. 2 eingesetzt" gewesen.[2] Der Aufsatz passt in die Agenda des HAIT, bestätigt er doch das totalitarismustheoretische Paradigma von den zwei deutschen Diktaturen. Dumm nur, dass sowohl der Artikel als auch „Christiane Schulte" von Aktivist_innen „frei erfunden" wurden.[3] Sie machten damit auch darauf aufmerksam, dass es nur allzu opportun ist, ‚Drittes Reich' und DDR beziehungsweise Nationalsozialismus und Kommunismus gleichermaßen als ‚totalitär' zu bezeichnen.

Dabei ist der Ansatz keineswegs neu: 1986 löste der Historiker Ernst Nolte einen „Historikerstreit" aus, indem er einen „kausalen Nexus" zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus ausmachte und den „Archipel GULag' ursprünglicher als Auschwitz" bezeichnete.[4] Der zwangsweise die Shoah relativierende Vorstoß Noltes ging einher mit den geschichtspolitischen Bestrebungen der damaligen Kohl-Regierung für eine „geistig-moralische Wende". Der Begriff ‚totalitär' ist jedoch bereits seit den 1920ern geläufig und wurde — ebenso wie der Faschismus-Begriff — in der antifaschistischen Literatur verwendet. Später verwendete auch Franz Neumann in seinem Werk „Behemoth" (1942/44) die Begriffswendung „totalitärer Staat", ohne jedoch daraus ein völlig neues, eigenständiges Staatsmodell abzuleiten. Spätestens mit Hannah Arendts „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft" (1951) etablierte sich der Totalitarismusbegriff. Zwar ist für Arendt der Nationalsozialismus Ausgangspunkt der Untersuchung, doch bezieht sie auch die stalinistische Ära der Sowjetunion in ihr Konzept ein. Die Politikwissenschaftler Carl J. Friedrich und Zbigniew Brzezinski haben ein breit rezipiertes Totalitarismusmodell erarbeitet, dass der Kommandowirtschaft in totalitären Systemen besondere Bedeutung beimisst. Auf die Transformationsprozesse in den Ostblockstaaten nach Stalins Tod und dem berühmten XX. Parteitag der KPdSU 1956 hatten sie jedoch keine Antworten. Nach dem Scheitern des Staatssozialismus und der ‚Wende' 1989/90 erlangte die Totalitarismustheorie neue Bedeutung und sollte das geschichtspolitische Fundament der nun größer gewordenen Bundesrepublik stützen. Zusammen mit dem Extremismusansatz bildet die Totalitarismustheorie so den freiheitlich-demokratischen ‚Schutzschild' der ‚Berliner Republik' gegen ihre Feinde von rechts und links. Dabei werden Nationalsozialismus und Kommunismus sowie ‚Rechts-' und ‚Linksextremismus' keineswegs einfach gleichgesetzt, sondern durch ‚Vergleich' als Antipoden der Demokratie gegenübergestellt. Um Vorwürfen zu entgehen, wird die Unterschiedlichkeit der Phänomene durchaus benannt, um letztlich jedoch wesensmäßige Verwandtschaften herauszustellen.

Als ‚Denkfabrik' von Totalitarismus- und Extremismustheorie gilt seitdem das Dresdener Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, das sich seit seiner auf Beschluss des Sächsischen Landtages erfolgten Gründung im Jahr 1993 der Erforschung der „politischen und gesellschaftlichen Strukturen von NS-Diktatur und SED-Regime sowie ihrer Folgen für die Gestaltung der deutschen Einheit" widmet.[5] Die Einrichtung wird seit 2009 von dem Historiker Günther Heydemann geleitet, stellvertretender Direktor ist der Politikwissenschaftler Uwe Backes, der als Extremismustheoretiker einen zweifelhaften Ruf genießt. Zusammen mit dem Politikwissenschaftler Eckhard Jesse gilt Backes als Stichwortgeber des Verfassungsschutzes.

Bereits 1999 hatte eine Studie eines Mitarbeiters des Instituts über den Hitler-At-

tentäter Georg Elser für Aufruhr gesorgt, in der dessen Tat die moralische Legitimation abgesprochen wurde. Der „Täter" Elser, so Autor Lothar Fritze, der „die Qualität seiner Überzeugungs- und Willensbildung" selbst infrage gestellt habe, habe „seine politische Beurteilungskompetenz überschritten", als er 1938 den Ausbruch eines Krieges prognostizierte.[6] In der folgenden Auseinandersetzung musste der damalige Institutsleiter Klaus-Dietmar Henke seinen Hut nehmen, nachdem er seinem Vize Backes vorgeworfen hatte, er wolle „einen geschichtspolitischen Krawall" anzetteln.[7]

Bedenklich scheint auch, dass neben dem linker Tendenzen unverdächtigen HAIT auch der „Chimaira AK — Arbeitskreis für Human Animal Studies" Ziel der geschichtspolitischen Intervention von „Christiane Schulte & Freund_innen" wurde. So konnte der später bei den Dresdener Totalitarismusforscher_innen publizierte Aufsatz zuvor im Rahmen einer Tagung des Chimaira AK im Februar 2015 an der Technischen Universität Berlin als Vortrag gehalten werden. Die Human Animal Studies sind eine noch junge Forschungsrichtung, die sich auch aus der Tierrechtsbewegung heraus entwickelt hat und sich zum Ziel setzt, „die kulturelle, soziale und gesellschaftliche Bedeutung nichtmenschlicher Tiere, ihre Beziehungen zu Menschen sowie die Gesellschaftlichen Mensch-Tier-Verhältnisse" zu beforschen.[8] Das klingt zunächst nach einem folgerichtigen Transfer der emanzipatorischen Ideen dieser Bewegung in die Wissenschaftslandschaft. Doch „Christiane Schulte & Freund_innen" werfen den „Human Animal Studies" vor, zwar radikal daherzukommen, aber eigentlich nur eine „Modeerscheinung" zu sein, die „keinesfalls herrschende Interessen oder gar staatliches Handeln in Frage stellen." Tatsächlich muss sich eine Forschungsrichtung, die sich zum Ziel setzt, Mensch-Tier-Verhältnisse kritisch zu hinterfragen, und sich als emanzipatorisch versteht, fragen, wie sie es mit der Totalitarismustheorie hält.

Die Nichtbeachtung oder „stille Teilhabe" der Geschichtswissenschaft trägt zur weiteren „Verwissenschaftlichung" dieses Ansatzes bei. Tatsächlich ist das weitgehende Schweigen großer Teile der Geschichtswissenschaft verstörend. Während die Extremismustheorie auf weitgehende Ablehnung in der politischen Bildungsarbeit und Pädagogik stößt (Stichwort „Extremismusklausel"), bleibt die geschichtspolitische Intervention gegen den Totalitarismusbegriff bisher Linken überlassen. Damit macht es aber eine Wissenschaft, die sich als unabhängig und progressiv versteht, den totalitarismustheoretischen Jüngern allzu leicht. Wie leicht, stellten „Christiane Schulte & Freund_innen" in einem Interview zum Tagungsvortrag fest: „Es reichte völlig, die Textsorte zu treffen und den Unsinn ohne Lachen vorzutragen."[9]

•

**1** Teile des Artikels basieren auf: RLS-Standpunkte 9/2016 **2** Christiane Schulte, Der deutsch-deutsche Schäferhund — Ein Beitrag zur Gewaltgeschichte des Jahrhunderts der Extreme, in: Totalitarismus und Demokratie 12/2015, S. 319-334, hier: 319 f., 324 **3** Christiane Schulte & Freund_Innen, Kommissar Rex an der Mauer erschossen? Ein Plädoyer gegen den akademischen Konformismus, in: Telepolis, 15.2.2016 **4** Ernst Nolte, Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.6.1986, S. 25. **5** Aus der Satzung des HAIT **6** Lothar Fritze, Legitimer Widerstand? Der Fall Elser, Berlin 2009, S. 88f **7** AIB Nr. 50, 1/2000 **8** Chimaira AK, Was sind Human Animal Studies?, 19.4.2014 **9** Interview mit „Christiane Schulte & Freund_innen", 1.5.2016, www.zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/suburban/announcement/view/35



REPRESSION

In der Nachfolge zum Artikel „Antifa nach Snowden" (AIB Nr. 107) wollen wir nun einige Überlegungen zu Handys (Smartphones) ergänzen. Unsere Empfehlungen zur Verwendung von Kommunikationstechnik in der Antifa-Szene hatten diesen schwierigen Komplex zunächst ausgeklammert. Dies wird der Lebensrealität und dem Politikalltag vieler Aktiver jedoch längst nicht mehr gerecht.

# Handys nach Snowden

■ Smartphones sind weit verbreitet und verschlüsselte Messenger (z.B. Signal[1]) werden zunehmend für (politische) Kommunikation genutzt. Tatsächlich sind diese verschlüsselten Messenger oft kostenlos, ausgesprochen einfach zu bedienen und im Ergebnis den früher üblichen und unter Sicherheitsaspekten sehr viel problematischeren SMS klar vorzuziehen. Zudem entwickeln sich Möglichkeiten für verschlüsselte Telefonie kontinuierlich weiter und könnten in absehbarer Zeit alltagstauglich sein. Auch Edward Snowden spricht Signal seine Empfehlung aus (siehe Abbildung).

Diese bestechenden Vorteile und Aussichten sollten aber nicht über die Nachteile hinwegtäuschen, die bei der Nutzung von Handys grundsätzlich (weiter)bestehen.

### Grundsätzliche Probleme von Handys/ Smartphones

Aus technischen Gründen sind (angeschaltete) Handys ortbar, da sie ihre Position regelmäßig an den nächstgelegenen Handymast bzw. Mobilfunkbetreiber melden, um für die Nachrichtenzustellung besser erreichbar zu sein.[2] Smartphones werden wegen der in der Regel beim Kauf abgeschlossenen Verträge kaum mehr anonym erworben. Bei den billigeren Handys mag das noch möglich sein, da aber — wie eben erwähnt — die Möglichkeit der Ortung besteht, ist die Zuordnung von Handy zu Nutzer_in nur eine Frage von Zeit und Aufwand.

D.h. das Mitführen eines (eingeschalteten) Handys bedeutet für die mögliche Überwachung prinzipiell immer die Bestimmbarkeit des Aufenthaltsortes der Person, die das Handy nutzt. Das Ausschalten von Handys bietet in dieser Situation jedoch nun keine einfache Lösung. Es wäre in der Überwachung erkennbar und auffällig, dass eine Abschaltung erfolgt. Wenn womöglich mehrere Personen gleichzeitig ihre Handys am selben Ort ausschalten, mag gar der Verdacht aufkommen, dass diese in konspirativem Kontakt stehen.[3] Eine solche Art der Überwachung dürfte sich im Übrigen computer-basiert und ressourcen-schonend leicht und flächendeckend umsetzen lassen.

Im vorherigen Text wiesen wir auf die gute Nachricht hin, dass die von Snowden „geleakten" Dokumente etablierten Verschlüsselungstechniken ein gutes Zeugnis ausstellen und diese weiterhin empfehlenswert sind. Tatsächlich lassen sich mittlerweile auch viele Smartphones von Haus aus komplett verschlüsseln, die Frage der „Knackbarkeit" der Verschlüsselung misst sich damit theoretisch (wie bei Computern) an der Qualität des gewählten Passwortes.[4] Praktisch gilt dies aber nur, falls das Smartphone in ausgeschaltetem Zustand ist, denn nur dann ist die Verschlüsselung voll wirksam. Und das ist selten, weshalb die natürlich grundsätzlich empfehlenswerte Verschlüsselung von Smartphones in der Praxis oft weniger wirksam sein dürfte. Im schlimmsten Fall wären alle auf dem Handy vorliegenden Daten (Kontaktlisten, Kalender, Fotos, Kommunikation,...) zugänglich, wenn sie nicht anderweitig verschlüsselt sind. Andererseits haben im regulären Betrieb oftmals gleich mehrere Firmen, die Software auf dem Smartphone beigesteuert haben, über das Internet und vertraglich vereinbart Zugriff auf alle diese Daten. Unter Sicherheitsaspekten ein inakzeptabler Zustand.

### Die Messenger Signal und Threema

Die beliebten Messenger Threema und Signal eint, dass sie eine verschlüsselte Verbindung zwischen Kommunikationspartner_innen anbieten und darüber hinaus der Hoffnung Nahrung geben, sensibel mit den anfallenden „Metadaten" umzugehen.[5] Zu den Metadaten gehört beispielsweise, wer mit wem, wann und (ungefähr) wie viel kommuniziert — Informationen, die neben dem eigentlichen Nachrichteninhalt geschützt werden sollten. Der wesentliche Unterschied zwischen beiden Messengern besteht darin, dass Signal open-source- und Threema closed-source-Software ist. Open-Source-Software (z.B. Linux) macht die Überprüfung von unabhängiger Seite auf Sicherheitslücken und Hintertüren erst möglich, während (kommerzielle) Closed-Source-Software diese Art der Kontrolle des Quelltextes (Source Code) von Programmen (und ganzen Betriebssystemen) verhindert. Hier legt man sein Vertrauen auf die Fä-




Edward Snowden spricht Signal eine Empfehlung aus.

higkeiten und die Integrität der Schweizer Firma, die Threema entwickelt und verkauft. Es dürfte zur Zeit schwierig sein, Smartphones ganz frei von „closed source-Software" zu halten, in sicherheitssensiblen Bereichen spricht jedoch einiges dafür — und damit deutlich für Signal.

Bei beiden Messengern sollten unbedingt passwortgeschützte verschlüsselte Bereiche für die gespeicherten Nachrichten eingerichtet und diese regelmäßig gelöscht werden. Die bei jeglicher Kommunikationsverschlüsselung notwendigen Authentifizierungsverfahren[6] (bekannt ist z.B. der „Fingerprint-Vergleich" bei GPG, den auch Signal verwendet) sind nutzer_innenfreundlich gestaltet und müssen ebenfalls eigenverantwortlich umgesetzt werden.

**Smartphone oder Computer?**

Oft dürften Smartphones unsicherer als Computer sein. Zumindest wenn letztere mit open source-Software betrieben werden, was bei Smartphones nur eingeschränkt möglich ist. Dennoch fällt auf, dass fast niemand die Kameras seines Smartphones abklebt, während dies bei Laptops zum guten Ton gehört. Dabei werden Kamera und Mikrophon des Handys fast immer mit sich geführt. Scheinbar wird ein größeres Vertrauen gegenüber Smartphones empfunden, ohne dass das vernünftig ist. Empfehlenswerter als jeder Smartphone-Messenger dürfte jedenfalls weiterhin der OTR-verschlüsselte Chat (per Jabber) über einen vertrauenswürdigen linken Anbieter sein — wenn das Betriebssystem auf dem PC gut gewählt und mit Sicherheitsupdates versorgt ist.[7] Das auf Debian-Linux basierende Betriebssystem Tails[8] bietet sich hier an, aber auch andere open-source-Lösungen (Ubuntu-Linux) sollten in Hinblick auf Sicherheitsaspekte oft deutliche Vorteile gegenüber Smartphone-Betriebssystemen haben. Denkbar ist, dass diese Teil- und Momentaufnahme in Zukunft positiver für die Smartphones ausfallen kann, wenn die Weiterentwicklungen in diesem Bereich anhalten.

Den generellen Hinweis zum Schluss des Vorgängertextes möchten wir zum Abschluss leicht ergänzt wiederholen: Prinzipiell sollte nur die Technik verwendet werden, die gebraucht wird und jeweils genau abgewogen werden, ob die Risiken der Technik ihren Nutzen nicht übersteigen — Gespräche im „Real Life" sollen auch im „Computerzeitalter" noch möglich sein — und zwar auch in Abwesenheit von Handys. •

1 Früherer und zum Teil noch verwendeter Name: TextSecure. 2 Sogenannte „Stille SMS" werden zunehmend und im großem Umfang von Polizei und Geheimdiensten eingesetzt, um diese Positionsmeldungen für Ortungen anzuregen (Vgl. www.tagesschau.de/inland/bka-stille-sms-101.html [10.06.16]). Auch Funkzellenanfragen gehören mittlerweile zur Routine. Mit ihnen lässt sich ermitteln, welche Handys zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem bestimmten Ort waren. 3 Sinnvoller dürfte es sein, das angeschaltete Handy an einem Ort zu belassen, an dem man sich üblicherweise aufhält und dann ohne dieses an politischen Aktivitäten, wie z.B. Demos teilzunehmen. 4 Passwörter werden oft zu kurz gewählt. Ein Problem, das bei Smartphones wegen der Bequemlichkeit und der fehlenden Tastatur eine besonders wichtige Rolle spielen dürfte. Die Empfehlungen für die Mindestlänge von Passwörtern werden von Expert_innen seit Jahren immer wieder nach oben korrigiert. Es empfiehlt sich für die Praxis, Passwort-Manager (wie z.B. KeePassX) zu nutzen. Tipps zu Passwörtern: https://capulcu.blackblogs.org/bandi/html-version/#Passwoerter 5 Letzteres gilt z.B. für den Messenger „Whatsapp" nicht, auch wenn dieser mittlerweile wegen der Hilfe der Macher_innen von Signal ebenfalls Ende-zu-Ende-Verschlüsselung anbietet. 6 Vgl. „Antifa nach Snowden" (AIB Nr. 107). 7 Vgl. „Antifa nach Snowden" (AIB Nr. 107). 8 Tails („The amnesic incognito live system") startet als „Live"-System von USB-Stick oder DVD und arbeitet nur im Arbeitsspeicher (RAM) eines Rechners, dessen Festplatte somit unverändert bleibt. Nach dem Beenden einer Tails-Sitzung werden alle Spuren der Aktivitäten im Arbeitsspeicher überschrieben und alle Nutzungsspuren auf dem verwendeten Rechner beseitigt. Optional lassen sich jedoch Daten (verschlüsselt) speichern. Vgl.: https://tails.boum.org/ und Anleitung (deutsch): https://capulcu.blackblogs.org/bandi/html-version

GROSSBRITANNIEN

Kaum ein Tag vergeht in Großbritannien ohne eine Story über die widerwärtigen Aktivitäten der extremen Rechten. Berichtet wird über Besäufnisse vor Moscheen, über „christliche Patrouillen" in gepanzerten Fahrzeugen durch muslimisch geprägte Viertel, über öffentliche Versuche, Imame in ihren Moscheen zum christlichen Glauben zu bekehren. Die kleinen Gruppen alkoholisierter, mit Bibeln wedelnder Fanatiker ernten sowohl großes mediales Interesse als auch oft handfeste Gegenwehr aus den angegriffenen muslimischen Communities. Jedoch irren diejenigen, die die wachsende Konfrontationsbereitschaft dieser Gruppen als Zeichen eines generellen Erstarkens der extremen Rechten sehen. Insgesamt ist das Gegenteil der Fall.

# Pöbel statt Prozente

## Die Transformation der britischen extremen Rechten

MATTHEW COLLINS, HOPE NOT HATE

### Provokation als letzte Strategie

Es ist ein gefährliches Spiel, das die Anhänger der Partei „Britain First" (BF) momentan spielen. Gerüstet mit Kruzifixen und Bierdosen glauben sie, dass ein heiliger Krieg überfällig sei und es ihr Job ist, diesen zu entfachen. Die britische extreme Rechte hat keinesfalls plötzlich ihre Religiosität entdeckt. Vielmehr hat eine ihrer Fraktionen in der Auseinandersetzung mit Muslimen ein neues Rekrutierungsfeld gefunden. Während die Traditionalisten beispielsweise der British National Party (BNP) in die Bedeutungslosigkeit geschlittert sind, suchen die weniger gebildeten und radikaleren Teile der extremen Rechten die gewalttätige Auseinandersetzung. Die BF hat auf dieses Klientel eine integrative Wirkung. Gegründet von ehemaligen Funktionären der neonazistischen BNP und der antimuslimischen Straßenbewegung „English Defence League" (EDL) ist sie vor allem ein Produkt des Niedergangs dieser bisher etablierten Akteure der extremen Rechten. Die BF dient vor allem rechten Hooligans, Kleinkriminellen und Drogendealern als Plattform. Zuletzt musste eine deutlich höhere Gewaltbereitschaft der BF verzeichnet werden. Wir gehen davon aus, dass dieser Trend anhalten wird. Mit der zunehmenden Radikalisierung auf der Handlungsebene sinkt das inhaltliche Niveau. Das Milieu der BF hat fast nichts mehr mit dem früher bei der extremen Rechten zu beobachtenden Konservatismus zu tun. Die ideologische Basis dieser Gruppen hat außer NS-Verherrlichung, plattem antimuslimischen Rassismus und Gewalt wenig zu bieten.

Neonazis während ihrer Kundgebung im Zentrum Liverpools

### Der Niedergang von BNP und EDL

Der Niedergang der extremen Rechten lässt sich am besten am Niedergang von BNP und EDL ablesen. Bei den diesjährigen Kommunalwahlen brachte die BNP, bisher erfolgreichste und größte extrem rechte Partei, nur sieben KandidatInnen und damit 600 weniger als vor sechs Jahren an den Start. Insgesamt treten bei allen diesjährigen Wahlen weniger als 30 KandidatInnen an, die von „HOPE not hate" als neonazistisch eingeschätzt werden. Selbst aus den Reihen der BF fand sich niemand, der auf kommunaler Ebene anzutreten bereit war. Stattdessen hält man es wie die „National Front" (NF) und die BNP und investiert ein paar tausend Pfund in die Regionalversammlungswahlen

und die Londoner Bürgermeisterwahl. Dort hat man zwar keine Chance, aber hinterher läßt sich wenigstens sagen, man sei zu Wahlen angetreten.

In ihrem diesjährigen Report „State of Hate" beschrieb „HOPE not hate" den Zustand der britischen extremen Rechten wie folgt: „(...) isoliert und auf dem Rückzug. Zersplittert und gebrochen, ist sie führer- und steuerlos." Dies scheint nicht zum fieberhaften Interesse zu passen, das der extremen Rechten medial gewidmet wird. Es herrschte Panikmache. Unser Report sorgte für etwas Nüchternheit in der Berichterstattung. Der „State of Hate" Bericht macht deutlich, dass der Niedergang der extremen Rechten darin begründet liegt, dass sie im Rausch des in den britischen sozialen Medien oft dominanten antimuslimischen und rassistischen Krawalls keine hervorgehobene Stimme mehr waren. Vielmehr wurde ihnen das bisherige Kernanliegen ihres Wahlkampfs aus der Hand genommen.

**Antimuslimischer Hass ist zum Mainstream geworden**

Der Niedergang bisher wichtiger Akteure der extremen Rechten ist demzufolge auch darauf zurückzuführen, dass der antimuslimische Hass zum Mainstream geworden ist. Viele der derzeit in den sozialen Medien kursierenden Horrorstories über MigrantInnen und MuslimAs sind kein Werk der extremen Rechten. Der überwiegende Teil ist schlicht und ergreifend aus der Mainstreampresse kopiert. Nur „Britain First" vermag es noch durch gewaltvolle Rhetorik die Online-Aufmerksamkeit zu erhalten. Bis auf über eine Million Likes bei Facebook hat es die Partei gebracht. Sie ist damit online die stärkste Partei Großbritanniens. Bei Wahlen hingegen schaffen sie nicht einmal über ein Prozent.

Sowohl die BNP als auch die Straßenbewegung EDL, die in den Jahren von 2009 bis 2014 massive rassistische Gewalt auf die Straßen brachte und zu Recht im Fokus antifaschistischer Aufmerksamkeit stand, sind unserer Einschätzung nach endgültig im Niedergang. Der Untergang der BNP begann nach ihrem mit zwei gewählten Abgeordneten relativ erfolgreichen Abschneiden bei der Europawahl 2009. Nachdem sie 2010 eine Wahlschlappe erlitten hatte machte die Partei spätestens 2015 nur noch mit personellen und finanziellen Querelen von sich reden. Die EDL wurde vom Niedergang der BNP ebenso geschwächt wie durch interne Auseinandersetzungen und die Verstrickung ihrer Mitglieder ins organisierte Verbrechen. Nachdem der Anführer und Gründer Stephen Lennon aka Tommy Robinson wiederholt ins Gefängnis musste, zersplitterte die EDL in Dutzende Kleinstgruppen.

**Zulauf bei extrem rechten Gewaltfanatikern**

Neben BF beherrscht derzeit eine weitere Gruppierung die Bühne des britischen Neofaschismus: die „North West-Infidels". Der Begriff „Infidels" war ursprünglich eine von Islamisten verwendete abfällige Bezeichnung für Nicht-Muslime, die nun zur Selbstbezeichnung wurde. Die Gruppen der Infidels waren mal eine Fraktion innerhalb der EDL. Sie wurden jedoch 2010 ausgeschlossen, woraufhin sie einerseits zur BNP und anderseits zur ebenfalls vor sich hindümpelnden National Front, der dienstältesten britischen Partei der extremen Rechten, überliefen. Dort begrüßte man die versprengten Gangs anfangs freudig. Inzwischen ärgert man sich über die vielen verurteilten Kriminellen in den eigenen Reihen und deren häufige Auseinandersetzungen mit militanten AntifaschistInnen. Die „Infidels", ursprünglich aus den deindustrialisierten Städten des englischen Nordwestens und Nordostens kommend, erstrecken sich inzwischen über den größten Teil Nordenglands, Teile Londons und Schottlands. Zuletzt haben sie die Rolle und die Symbolik früherer Gruppen wie „Combat 18" (C18) übernommen. C18 galt Anfang der 1990er Jahre als eine Gruppe von Hooligan-Schlägern im Umfeld der BNP. Später entwickelte sich C18 zu dem von dem Neonazi-Netzwerk „Blood & Honour" (B&H) getragenen und protegierten Label für den militanten Untergrundkampf (AIB 107, Das Label „Combat 18"). Mit dem Erstarken der „Infidels" kam es zu einem Anstieg von Gewalttaten gegen SozialistInnen und GewerkschafterInnen. Das Ausmaß der Gewalt gleicht dem der 1990er Jahre.

**Gewalt und Kriminalität als Bindeglied**

Zu größeren Auseinandersetzungen kommt es inzwischen bei fast allen Aufmärschen dieser Gruppen. Anfang 2016 lieferten sich 200 Neonazis eine vierstündige Schlacht mit AntifaschistInnen und der Polizei in der südenglischen Hafenstadt Dover. Dort endet der Eurotunnel, über den die meisten aus Frankreich kommenden Flüchtlinge britischen Boden erreichen. Die Polizei hatte die Situation nicht unter Kontrolle und war trotz Warnungen unvorbereitet auf das Ausmaß der Gewalt. In Dover fuhr die britische extreme Rechte noch mal jeden aktiven Aktivisten auf. Es kamen VertreterInnen von BNP, der EDL, der NF und sogar Überbleibsel von C18 wurden gesichtet. Die „Infidels" führten die Angriffe an. Einen Monat später marschierten sie in Liverpool auf. Obwohl vierzig in England lebende polnische Hooligans eingeladen worden waren um an ihrer Seite zu kämpfen, konnten sie von AntifaschistInnen erfolgreich in ihre Schranken gewiesen werden. Inzwischen sind rund 40 Personen wegen der Ausschreitungen in Dover verurteilt oder in Untersuchungshaft genommen. Weitere Verurteilungen gab es gegen einen Infidels-Anführer wegen Kokainschmuggels, andere mussten sich vor Gericht wegen des Handels mit Ecstasy verantworten.

**Fazit**

Was wir in der extremen Rechten beobachten sind nicht länger Neonazis mit dem Willen, Wahlen zu gewinnen. Es handelt sich auch nicht mehr um „wissenschaftliche" Rechtskonservative, die von einer höherwertigen „Rasse" träumen und alle anderen von der Insel jagen wollen. AntifaschistInnen sind mit einem völlig anderen Gegner als zuvor konfrontiert: Mit alkoholisierten kriminellen und extrem gewaltbereiten Banden. Wir sind Zeugen eines tiefen und brutalen Abstiegs der extremen Rechten. Den konnte niemand vorraussehen, als extrem rechte Parteien noch vor sieben Jahren bei den Kommunalwahlen abräumten und sogar Vertreter ins europäische Parlament schickten. •

ITALIEN

Seit Jahren gilt Italien als Mekka der extrem rechten Musikszene Europas. 2015 konnten rund 130 Konzerte registriert werden, für 2016 wurden bis jetzt — einschließlich der bereits durchgeführten — fast 60 beworben. Selten stoßen diese auf wirksamen Widerstand seitens antifaschistischer Initiativen und auch staatliche Behörden versuchen wenig, um sie zu unterbinden. Dazu kommt, dass viele Club-BetreiberInnen keine Berührungsängste mit der rechten Szene zu haben scheinen, wodurch den VeranstalterInnen auch größere Räume zur Verfügung stehen.

# Jenseits der Alpen

## Groß-Events der rechten Musikszene in Italien

■ Die folgenden, kürzlich stattgefundenen Groß-Events stehen beispielhaft für das Netzwerk, welches sich besonders in Norditalien etablieren konnte.

**20 Jahre „Italian Hammerskins"**

Versuchen wir den Großteil der Konzerte geografisch zu lokalisieren, landen wir unausweichlich in der Lombardei. Eines der Prestige-Objekte der Szene, das „Skinhouse Milano", wird dort seit Jahren von der italienischen Sektion der „Hammerskins", kurz HS (Vgl. AIB 93), betrieben.

Auch nach dem Umzug ins Mailänder Viertel Bollate bietet das „Skinhouse" Platz für Partys und Konzerte mit europaweiter Bedeutung. Da das für den 29. November 2015 angekündigte „Hammerfest", zum 20-jährigen Bestehen der „Italian Hammerskins" (IHS), weit über 1000 Personen anlocken würde, griffen die Veranstalter auf die Disko „Galimiba's Space" im Bezirk Rogoredo zurück. Diese war schon 2013 und 2014 Austragungsort des „Hammerfestes".

Beispiellos wurde jedoch das Spektakel in 2015 beworben. Die Mobilisierung als „Facebook-Event" ließ zahlreiche Einblicke zu, u.a. dass sich Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet auf den Weg machen würden, um die deutschen RechtsRock-Urgesteine „Division Germania" und „Frontalkraft" — nebst fünf italienischen Bands und „Whitelaw" aus England — spielen zu sehen.

Aus Thüringen warb die Neonazi-Liedermacherin Sandra Knieling aus Schmalkalden für eine Busreise. Der ehemals in Berlin aktive Neonazi Sebastian Dahl war in der Reisegruppe ebenso zugegen, wie der thüringische Neonazi Tommy Frenck.

Rund 35 Personen, darunter die Musiker von „Frontalkraft" aus Cottbus, die Berliner „Hammerskin"-Sektion (ehemals Bruderschaft „Wolfs Hook" (vgl. AIB 110) und diverse Neonazis aus Sachsen und Brandenburg — unter anderen der Potsdamer Daniel Hintze, Schlagzeuger der Band „Preussenstolz" — zogen es vor, bereits am Freitag von Berlin-Schönefeld nach Mailand zu fliegen.

Der Rest der rund 150 Konzertbesucher aus Deutschland reiste mit dem Auto an. Für zehn Autos wurde das laut eigenen Aussagen zum Nachteil, denn Antifaschist_innen hatten deren Parkplatz entdeckt und für Glasbruch gesorgt. Kaum verwunderlich, denn das angrenzende „Hotel Europa" wird seit Jahren von lokalen Neonazis genutzt, um ausländische Konzertbesucher unterzubringen.

Das „Hammerfest" selbst war mit 1.500 Personen überdurchschnittlich gut besucht. Neben den deutschen HS-Sektionen Berlin, Bayern, Sachsen und Franken — letztere vertreten durch Frank Zu. — fanden sich größere Delegationen der Bruderschaft aus der Schweiz und Portugal ein. Nicht zuletzt standen auch Mitglieder der „Hammerskins" auf der Bühne, etwa Andreas Koroschetz, Sänger der Band „Division Germania". Teil dieser bundesweit zusammen gewürfelten Band war dieses Mal auch der bei Chemnitz lebende Mirko Szydlowski, alias Liedermacher „Barny" und der im „AB-Mittelhein"-Verfahren (vgl. AIB 94) angeklagte Philipp Neumann, alias Liedermacher „Flak". Erwähnenswert ist auch die Teilnahme des NPD-Kreisvorsitzenden Dominik Stürmer aus der Ostalb, der auf einem Foto aus Mailand zu sehen ist, wie er den rechten Arm hebt. Events wie dieses bieten den „Hammerskins" reichlich Erträge, dienen dem Austausch und stärken die Identität. Und, durch die Stilisierung zum Event und durch das Aufbrechen der Konspirativität erlangen solche Veranstaltungen einen Charakter, der zum einen die Gefährlichkeit des Netzwerkes verwischt, zum anderen aber dessen Status als ernstzunehmende Konstante im RechtsRock-Geschäft untermauert — in Konkurrenz zu den verbliebenen „Blood & Honour"-Strukturen. Eine ähnliche Konstante lässt sich auch bei folgendem Event erkennen.

**„Hot Shower Fest" — ein fester Termin im NS-Black Metal**

Ein Totenkopf der Waffen-SS mit einem illustrierten Schnurrbart teilt dem Ticketbesitzer mit, dass er ein Freigetränk erhält, sollte er „einen Schnurrbart wie ein richtiger Mann und nicht wie ein Hipster" auf dem




Screenshot Facebook



Screenshot Youtube

**Oben:** „Hammerfest" 2015 in Mailand, auf der Bühne die Band „Frontalkraft" aus Cottbus

**Unten:** „Hot Shower 5" 2016 in Mailand. Auftritt der Band „Leichenzug" um Paul Morgenstern ( 1.v.l.)

Konzert tragen. Ein Bild jenseits des satanischen, misanthropischen Images des Black Metal, welches schon fast selbst-ironisch für das „Hot Shower 5" wirbt.

Zumindest für Außenstehende, denn hinter den Vorhängen ist das größte NSBM-Konzert Europas kaum an Anti-Humanismus und NS-Verherrlichung zu überbieten.

Knapp 900 NS-Black Metaller aus ganz Europa bekamen die „Elite" des NSBMs im „Elyon Club" im Mailänder Vorort Rozzano Anfang April geboten. Der Saal soll sogar vergrößert worden sein, dass Platz für „6 Millionen mehr" ist. Eine Anspielung eines der Veranstalter auf die 6 Millionen Juden und Jüdinnen, die durch das NS-Regime vernichtet wurden. Der Club ist bereits durch andere rechte Konzerte bekannt: 2013 ging hier das bisher letzte Konzert der deutschen NSBM-Größe „Absurd" über die Bühne, wie auch das „Hot Shower 3 1/3" in 2014.

„Il Colonello", Sänger der italienischen Band „Frangar" ist Hauptorganisator des Events, wobei er, wie bereits bei den vorangegangenen Konzerten, Hilfe vom dem in Berlin lebenden Neonazi Hendrik Möbus bekam (vgl. AIB 105). Über den von ihm und Christian Schöndorfer betriebenen Versand „Merchant of Death" lief auch der Verkauf der Tickets, stolze 35 Euro pro Stück. Möbus Kontakte sorgen auch dafür, dass das Urgestein des polnischen NSBM, Robert Fudali alias „Rob Darken", seinen ersten Auftritt mit seiner seit 1991 als Solo-Projekt bekannten Band „Graveland" auf dem „Hot Shower" spielte.

Ebenso stand „Leichenzug" auf der Bühne. Mit Liedern gegen Pädophilie und die „judeo-christliche Weltordung" ist das Projekt um den Zwickauer Paul Morgenstern ein regelmäßiger Gast auf NSBM-Konzerten. Und auch wenn Morgenstern — der auch als Schlagzeuger bei der NS-Hardcore Band „Brainwash" mitwirkt — diesmal keinen „Absurd"-Song coverte, flogen in Mailand die Arme zum Hitler-Gruß. Ein Ritual, welches Hendrik Möbus — der unter dem Pseudonym „JFN" im Black Metal Forum „New Black Order" schreibt — folgend zu erläutern weiß: „Endlich wieder Winke-Winke machen und altbekannte Beschwörungsformeln aus vollen Lungen brüllen. Das Hot Shower ist immer so etwas wir ein Befreiungsritual, wo jeder die deutsche Sau ordentlich rauslassen kann (...)."

In diesen Tenor stimmte auch die finnische Band „Goatmoon" ein, deren Sänger Jaakko Lähde mit einem auf sein Gesicht gemalten Hakenkreuz die Bühne betrat. Das Publikum huldigte ihm mit Hitler-Grüßen. Ein ähnliches Bild bot sich bei den Bands „Baise Ma Hache", „Frangar" und „White Death". Den Sicherheitsdienst übernahmen die „Hammerskins", wie schon bei den zurückliegenden Konzerten. Dieser Kontakt kommt nicht von ungefähr, denn bereits 2013 wurden die Räumlichkeiten des „Skinhouse Milano" für das zweite „Hot Shower Fest" genutzt.

Für 2017 wird bereits das „Hot Shower 6" beworben, u.a. mit „Naer Mataron", deren Bassist Giorgos Germenis für die griechische Neonazi-Partei „Golden Dawn" im Parlament saß.

Die RechtsRock-Szene bereitet sich indes auf das viertägige „Ritorno a Camelot 2016" im September vor, auf dem auch die deutschen Bands „Kraft durch Froide" und „Sachsonia" spielen sollen.

Der Norden Italiens bleibt so ein stabiler Garant für extrem rechte Konzerte, sollten antifaschistische Gruppen dem Treiben auch weiterhin (fast) tatenlos zusehen. Besonders für deutsche Neonazis erschließt sich durch die geringe räumliche Distanz eine Erlebniswelt, wie sie hierzulande — selbst bei Besucherzahlen von über 3000, wie beim „Rock für Identität" im Mai diesen Jahres — unvorstellbar ist. Zu streng ist das Reglement der deutschen Behörden, sei es beim Ausschank alkoholischer Getränke oder in Bezug auf indizierte Musik, verbotene Symbole oder Gesten.

In Italien, jenseits der Alpen, ist „Winke Winke" machen und exzessive Volksverhetzung nur „Business as usual". Bisher. •

INTERNATIONAL

Im März diesen Jahres fanden in der Slowakei Nationalratswahlen statt. Die extrem rechte „Kotleba - Volkspartei Unsere Slowakei“ (L'SNS)[1] errang einen beachtlichen Wahlerfolg. Über die gesellschaftliche Situation in der Slowakei, über L'SNS, ihren Anführer Marian Kotleba und über antifaschistisches Engagement sprachen wir mit Vertreter_innen des antifaschistischen Monitoring-Projekts „Watch BBSK“.

# Die Slowakei nach den Nationalratswahlen

***Zwar schloss der slowakische Präsident Andrej Kiska direkt nach den Wahlen aus, mit Marian Kotleba's L'SNS über eine Regierungsbeteiligung zu verhandeln, doch über das starke Ergebnis von acht Prozent lässt sich nicht hinwegsehen. Wie konnte das passieren?***

Die Frage ist etwas irreführend. Trotz des beachtlichen Ergebnisses gehört Kotlebas Partei immer noch nicht zu den Großen der slowakischen Parteienlandschaft. Ihr Wachstumspotenzial ist begrenzt, die anderen Parteien können immer noch genug Wähler mobilisieren. Wir müssen ihre Erfolge aber aufmerksam beobachten.

Präsident Kiska befolgte die wichtigste Regel: Verhandle nicht mit Faschisten. Allerdings bestärkte dieses Vorgehen Kotlebas Image als Märtyrer in den Augen seiner Anhänger. Es ist für Politiker leichter, Unterstützer zu mobilisieren, wenn sie sich als diejenigen inszenieren können, denen Steine in den Weg gelegt werden und die ihre Versprechen trotz aller Bemühungen nur deshalb nicht halten können, weil alle gegen sie arbeiten. Diese Inszenierung war erfolgreich und Kotleba konnte zur Wahl auf seine Unterstützer bauen.

Unserer Meinung nach war es seit längerem absehbar, dass Kotleba mindestens fünf Prozent einfahren würde, obwohl es seit seinem Sieg bei der Regionalwahl 2013 in Banská Bystrica immer hieß, Kotleba sei unser „lokales Problem“. Seine Rhetorik ist inzwischen teilweise etwas weichgespült, aber wir vergessen nicht, wo er herkommt: In der Vergangenheit bezeichnete er den slowakischen Nationalaufstand als kommunistischen Putsch, sprach vom „sogenannten Holocaust“ oder begrüßte Teilnehmer einer Versammlung mit dem faschistischen Gruß und wünschte ihnen einen „wunderschönen weißen Tag“. Den Großteil der Stimmen erhielt er aber eben nicht von den Wählern aus der traditionellen extremen Rechten, die ihn wegen seines etwas gemäßigteren Tons als Enttäuschung ansehen. Seine Wähler waren vor allem Durchschnittsbürger aus von der etablierten Politik vernachlässigten ländlichen Regionen, die es honorierten, dass sich ein Kandidat auch mal bei ihnen blicken lässt.

***Was ist der politische Hintergrund von Kotleba und seinen Kameraden, die sich nun, da sie sich etablieren, nicht mehr ganz so radikal zeigen?***

Die Unterstützer haben eine Entwicklung durchgemacht. Es fing in den 1990ern mit der „Slowakischen Zusammengehörigkeit“[2] an, die Fackelmärsche veranstaltete und sehr aggressiv gegen Minderheiten auftrat. Diese wollte Kotleba 2006 von einer kameradschaftsartigen Organisation zu einer politischen Partei transformieren, bevor sie dann allerdings vom Obersten Gerichtshof aufgelöst wurde. Allmählich lernten Kotleba und seine Leute ihre Worte abzuwägen und benutzen inzwischen eine etwas durchdachtere Rhetorik. Leider wurden sie bis heute aufgrund kaum zu fassender Inkompetenz der Strafverfolgungsbehörden nie verurteilt. Nach der Auflösung der Partei „Slowakische Zusammengehörigkeit“ kaperten ihre Mitglieder die Partei der „Freunde des Weins“, die sie später umbenannten in „Volkspartei Unsere Slowakei“. Ihr aktueller Name ist nun „Kotleba — Volkspartei Unsere Slowakei.“ Diese Partei verzeichnet Erfolge sowohl bei regionalen Wahlen, als auch bei den Parlamentswahlen.

Der Erfolg Kotlebas beweist, dass die geänderte Rhetorik und die gemäßigtere Wortwahl vor allem bei den jungen WählerInnen ankommt. Kotleba und seine Leute haben gemerkt, dass sie mit dem alten extrem rechten Habitus, der eher abschreckend wirkt, nicht über einen bestimmten Punkt hinauskamen. Es ist traurig zu sehen, dass auch andere im slowakischen Parlament vertretene Parteien inzwischen die gleiche Rhetorik wie Kotleba benutzen. Bezüglich der Flüchtlingskrise verwendet Ministerpräsident Fico von der sozialdemokratischen „Smer“ sehr ähnliche Formulierungen. Auch die „Smer“ macht sich Hass und Angst in der Bevölkerung zunutze, um Wählerstimmen zu erlangen.

***Was sind die Themen, die sie attraktiv für breite Teile der Bevölkerung macht? Und woher kommen diese Themen historisch gesehen?***

Kotleba hat gelernt, was man sagen darf, wie man es sagen darf und wie man sich zu benehmen hat. Er beschwört die tradi-

tionelle Familie, warnt vor der lasterhaften, unnatürlichen und perversen LGBTI-Community und betont die Notwendigkeit des Grenzschutzes gegen Immigrant_innen. Er unterstützt Traditionen und Folklore, sagt „NEIN zu dekadenter“ Kunst, „NEIN zu Parasiten in Siedlungen“ (gemeint sind Angehörige der Roma-Minderheit), er ist gegen NATO und EU und fordert eine wirtschaftlich unabhängige und militärisch starke Slowakei. Das ist das, was seine WählerInnen hören wollen.

Kotleba reagiert sehr schnell auf aktuelle Ereignisse und Entwicklungen. Zum Beispiel gab es neulich einen Vorfall, bei dem ein junges Mädchen im Zug von einem Jungen angegriffen wurde. Kotleba führte sofort Zugpatrouillen ein, um die Menschen vor „zigeunerhaftem Extremismus“ zu schützen. Kotleba spielt mit der Angst der Leute und mit ihrer Wut auf Politiker, die sich nicht um ihre Probleme kümmern. Er inszeniert sich als derjenige, der kommt um zu helfen. Diese Selbstinszenierung steht in der öffentlichen Wahrnehmung im Vordergrund und weniger der Hass, den er schürt.

Kotleba versucht seine Partei als einzige politische Kraft darzustellen, die traditionelle nationale und christliche Werte schützt. Sein Bezug und der Bezug seine Anhänger auf den faschistischen Slowakischen Staat (1939–1945) ist mehr als offensichtlich. Sie verhehlen nicht ihre Bewunderung für den „einzig wahren slowakischen Präsidenten“ Jozef Tiso, der Zehntausende slowakischer Bürger_innen in die Konzentrationslager der Nazis schickte. Fragt man sie nach ihrer Meinung zum Holocaust und speziell der Vertreibung und Vernichtung von 70.000 slowakischen Jüd_innen, erhält man als Antwort, sie seien keine Historiker und hätten keine Meinung zu diesem Thema. Die Mehrheit der Kotleba-WählerInnen scheint dies nicht zu interessieren — sie haben vergessen, dass Kotleba früher nach fast jedem von ihm organisierten Treffen von der Polizei in Handschellen abgeführt wurde. Sie denken nicht daran, dass der Hass, den er nicht nur gegen Minderheiten hegt, in etwas münden könnte, das wir seit mehr als 70 Jahren zu verhindern versuchen. Die Geschichte lehrt uns, dass in Zeiten, in denen mehr und mehr Menschen frustriert von der Inaktivität der etablierten Politik sind, es zur Tragödie führen kann, wenn PolitikerInnen die Ängste und Wut der Menschen benutzen, um Wahlen zu gewinnen.

***Welche rechten Bewegungen und Organisationen existieren in der Slowakei neben Kotlebas Partei? Was sind ihre Themen? Wie treten sie auf?***

Die Slowakischen Rekruten („Slovenskí Branci“) sind eine Gruppe junger männlicher Aktivisten, die insbesondere bei Naturkatastrophen ins Rampenlicht treten. Laut dem Rechtsextremismusexperten Bránik, der sich seit langem mit ihnen beschäftigt, erhalten die Slowakischen Rekruten schnell Zuspruch aus der lokalen Bevölkerung — sie sind es, die vor Ort sind und helfen, wenn es eine Flut oder einen Erdrutsch gibt. Sie gehen dorthin, wo Hilfe am nötigsten gebraucht wird, tun ihre Arbeit und gehen wieder. Sie übernehmen die Rolle des Staates dort, wo er versagt und sammeln so neue Anhänger.

***Wie ist es um den antifaschistischen Widerstand in der Slowakei bestellt?***

Wir müssen besonders die Initiative „STOP FASCISM“ erwähnen, die einen Appell an die Mitglieder des slowakischen Parlaments gestartet hat, der sich an den Umgang der demokratischen Parteien mit der NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern anlehnt. Wir denken, dass diese Strategie sinnvoll und erfolgversprechend ist, um Faschisten im Parlament zu bekämpfen. Bis heute wurde dieser Appell erst von 21 Abgeordneten unterstützt, was leider nicht viel ist.

Die Initiativen „Bratislava ohne Nazis“ (Bratislava Bez Nackov) und „der Aufstand geht weiter“ organisieren kontinuierlich kulturelle Events und auch Demonstrationen gegen Neonaziaktivitäten. Nach der Parlamentswahl im März veranstalteten sie eine der größten Demos in der Hauptstadt Bratislava.

Abseits von Bratislava gibt es ähliche Gruppen in Banská Bystrica, wie beispielsweise die zivilgesellschaftliche Plattform „Nicht in unserer Stadt“, die eng mit dem Projekt „Watch BBSK“ zusammenarbeitet. In anderen Städten gibt es gelegentlich ähnliche Initiativen, aber eher sporadisch und ohne feste Verankerung. Überregional wahrnehmbare Aktivitäten werden oft von unabhängigen Kulturzentren aus organisiert, zum Beispiel in Žilina, Košice oder Banská Bystrica. Seit der Wahl beobachten wir, dass auch in anderen Städten wie Banská Štiavnica oder Brezno Menschen anfangen, sich selbst zu organisieren.

***Ihr habt das Projekt „Watch BBSK“ gegründet. Was sind eure Aufgaben und vor welchen Herausforderungen steht ihr?***

Wir beobachten Marian Kotleba und seine Aktivitäten als Regionalpräsident des Landkreises Banská Bystrica. Nach zwei Jahren haben wir festgestellt, dass Recherche und Beobachtung in der Auseinandersetzung mit Kotleba und seiner Partei wichtig, aber nicht ausreichend sind. Momentan befinden wir uns in einer Phase des Umbruchs und versuchen unsere Aktivitäten den neuen Gegebenheiten nach dem Erfolg Kotlebas bei der Parlamentswahl anzupassen. Wir hoffen, dass unsere Arbeit in ein starkes regionales Netzwerk von Individuen und Organisationen mündet und versprechen uns viel vom Ansatz des Collective impact.[3] Es geht um eine umfassendere Kooperation auf Basis konkret definierter gemeinsamer Ziele. Inhaltlich wollen wir weiterhin Recherche betreiben und Bildungs- und Kulturveranstaltungen organisieren. Diese wollen wir verknüpfen mit zivilgesellschaftlichem Aktivismus, Deradikalisierungs- und Gemeinwesenarbeit.

***Vielen Dank für das Gespräch!*** •

**1** slowakisch: L'udová strana Naše Slovensko, geschrieben auch ĽSNS, ĽS NS oder ĽS-NS) **2** Slovenská pospolitosť **3** https://en.wikipedia.org/wiki/Collective_impact

USA

Am Samstag, den 27. Februar 2016, planten Anhänger des rassistischen Ku-Klux-Klans eine Demonstration in Anaheim im kalifornischen Orange County. Dabei kam es zur Konfrontation mit Anwohner_innen und Antifaschist_innen — medial auch als „some crustpunky dudes, along with African Americans“ betitelt, die sich den Klan-Mitgliedern spontan und entschlossen in den Weg stellten.

# Blue by Day, White by Night

■ Die rassistischen DemonstrantInnen trugen KKK-Insignien und Schilder mit Parolen wie „White Lives Do Matter“ und „Say No To Cultural Genocide“. Die Auseinandersetzung eskalierte, als der KKK-Landeschef William Quigg (eigentlicher Name William „Billy“ Hagen) begann, mit der Spitze einer US-Flagge die Gegendemonstrant_innen zu attackieren. Durch das beherzte Eingreifen der Antifaschist_innen konnten die KKK-Mitglieder niedergeschlagen und verjagt werden, wobei drei Gegendemonstrant_innen Stichverletzungen erlitten und insgesamt sieben von ihnen verhaftet wurden.

Als das Fahrzeug mit den KKK-AktivistInnen erschien, stand auch Brian Levin, Direktor des „Cal State San Bernardino's Center for the Study of Hate and Extremism“ und ehemaliger New Yorker Polizist, in der Nähe. Er berichtete später, er habe versucht, den lokalen KKK-Rädelsführer Quigg zu interviewen. Dessen „Loyal White Knights“ sehen sich selbst als „Klan ohne Roben“. Levin brachte den Klan-Führer in Sicherheit, während die drei antirassistischen Demonstranten niedergestochen wurden. Die Los Angeles Times zitierte Levin mit seiner Frage, die er dem KKK-Anführer gestellt haben will: „How do you feel that a Jewish guy just saved your life?“

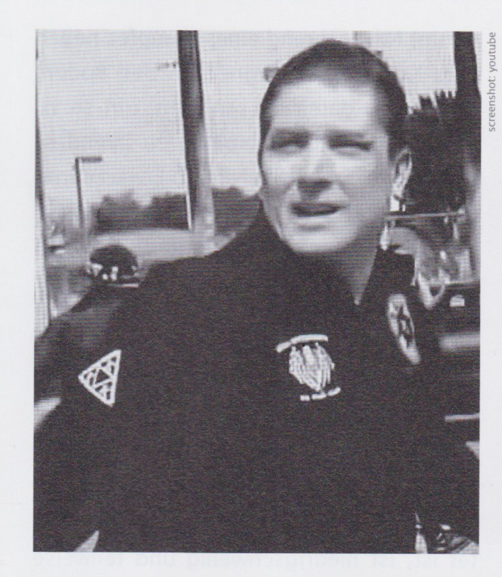
Als Antwort soll dieser sich brav bei ihm bedankt haben. In späteren Interviews stellt Levin seine Position klar: „Gewaltlosigkeit“ und ein „Marktplatz der Ideen“ seien die einzig angemessene Weise mit rassistischer Hetze umzugehen. Der rassistische „Daily Stormer“ sieht das ähnlich und verkündete: „He's like the Jewish Batman!“.

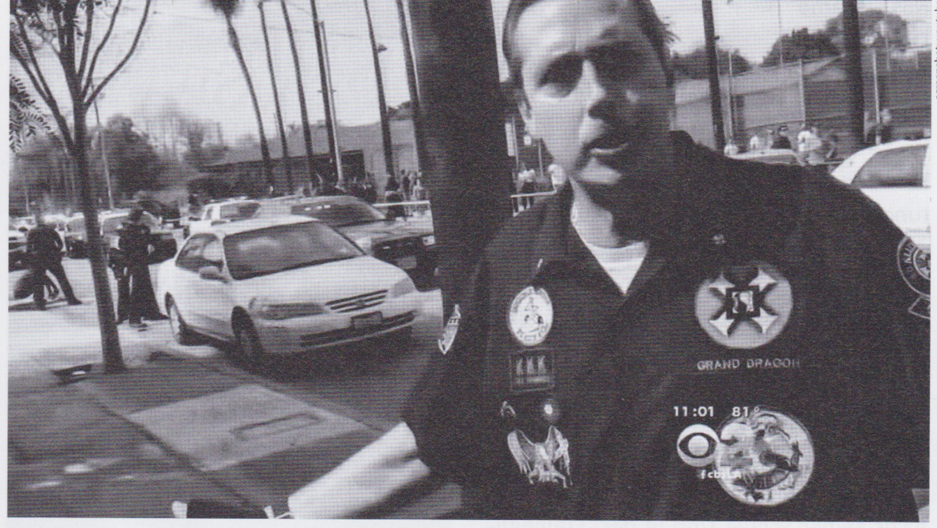
Bei soviel — den tödlichen Rassismus des KKK komplett ausblendenden — Pseudo-Heldenepos war es lediglich die Los Angeles Times, die in einer Rückschau „The Ku Klux Klan's ugly, violent history in Anaheim“ in Erinnerung rief und darüber berichtete, vor welchem politischen Hintergrund diese Auseinandersetzung stattfand. Anaheim wurde in den 1920er Jahren von einer kaufmännisch-bürgerlichen Elite dominiert, die hauptsächlich aus Deutsch-Amerikaner_innen bestand.

Unter der Führung des Pfarrers der „ersten christlichen Kirche“ repräsentierte der Klan eine aufstrebende Gruppe von „non-ethnic Germans“, welche diese Elite als korrupt, undemokratisch und eigennützig denunzierte. Der Historiker Christopher Cocoltchos[1] beschrieb, der Klan habe versucht, eine mustergültige geordnete Gemeinschaft zu schaffen. Allein im kalifornischen Orange County zählte der KKK um die 1.200 Mitglieder. Im Jahr 1924 gewann der Klan die lokalen Wahlen in Anaheim. Bekannte Amtsträger der Stadt, die katholisch waren, wurden daraufhin entlassen und durch protestantische Klan- Mitglieder ersetzt. Die „Klansmen“ waren damit in Anaheim die dominierende politische Kraft und bekleideten vier von fünf Sitzen im Stadtrat. Eine bekannt gewordene Liste der lokalen Klan-Mitglieder enthielt die Namen der vier Ratsherren, neun der zehn Mitglieder der örtlichen Polizeibehörde und mehrere andere Beamte der Stadt. Anaheims damalige führende Zeitung, der „Plain Dealer“, hatte die Klan-Kandidaten beim Wahlkampf massiv unterstützt. Nach dem Wahlsieg versuchten sie, die Prohibition voranzutreiben und hielten riesige Kundgebungen und Einweihungszeremonien ab. Eine davon fand an dem anvisierten Ort der diesjährigen verhinderten KKK-Kundgebung statt, dem „Person Park“ in Anaheim, und wurde von mehr als 30.000 RassistInnen besucht. Dabei brannte ein dreißig Fuß großes Holzkreuz über der Stadt. Es war eine der größten KKK-Versammlungen in der amerikanischen Geschichte.

Auf der Höhe ihrer Macht hatte die rassistische Vereinigung etwa 300 Mitglieder in Anaheim. Heute ist die Stadt eher für seinen Disneyland Park bekannt, der Rassismus ist jedoch geblieben. Die Zeitung Orange Country Weekly bilanziert dazu: „the KKK isn't an anomaly; it's the hometown cheer squad“[2].

Die verhafteten Anti-Klan-Demonstrant_innen können von den lokalen etablierten NGOs und liberalen Gruppen keine Unterstützung erwarten. Während die Polizei bewaffnete KKK-Mitglieder weitestgehend unbehelligt ließ, wurden die durch Messerstiche Verletzten festgenommen. Gegen die antirassistischen Aktivist_innen wurde Anklage wegen „Angriff mit einer




**Links:** Das KKK-Mitglied Charles Edward Donner aus San Francisco

**Rechts:** Der KKK-Landeschef William Quigg

tödlichen Waffe" und „Missbrauch von Senioren" erhoben. Die meisten Klan-Mitglieder wurden mit der Begründung, sie hätten in Notwehr gehandelt, von der Polizei schnell wieder entlassen. Auch der Angriff mit der Spitze der US-Flagge wurde nicht als ein solcher gewertet, da er keine Verletzungen zur Folge gehabt habe und angeblich nur der Verteidigung dienen sollte. Lediglich gegen das KKK-Mitglied Charles Edward Donner aus San Francisco sollte Anklage wegen des Angriffs mit einer tödlichen Waffe erhoben werden. Nachdem er nach der Kundgebung am Samstag verhaftet und eine Kaution von 25.000 Dollar festgelegt worden war, kam er am Sonntag bereits ohne Anklage wieder frei[3]. Nach Angaben der New York Times haben die Ermittlungsergebnisse der Polizei ergeben, dass Donner in Notwehr gehandelt habe. Ein weiterer Gegendemonstrant wurde zu diesem Zeitpunkt hingegen noch per Steckbrief von der Polizei gesucht. Zu den Verletzten gehörte auch Tom Bibiyan, ein 34-jähriger Stadtratskandidat für die „Green Party" in Los Angeles. Ein Messerstich traf ihn in die linke Seite der Brust. Auch hier ließ die Polizei Notwehr gelten, obwohl Bibiyan nicht direkt an den Auseinandersetzungen beteiligt war.

Einen Tag nach der KKK-Kundgebung, am 28. Februar, stürmte daher eine Gruppe Aktivist_innen mit Schildern mit den Aufschriften „Don't protect racism" und „We got stabbed while you protected the KKK" den Eingangsbereich des Polizeireviers von Anaheim und forderte die Freilassung der verhafteten Gegendemonstrant_innen. „Die ungleiche Behandlung von KKK-Mitgliedern und Gegendemonstrant_innen durch die Polizei ist der Grund, warum wir „„Blue by Day, White by Night'[4] singen", sagt ein Mitglied von „Turning the Tide", einer antirassistischen Initiative aus Los Angeles. Dieser Slogan soll den Zusammenhang zwischen den Strafverfolgungsorganen (blau) und dem rassistischen KKK (weiß) zum Ausdruck bringen, deren Mitgliedschaften sich oft überschneiden. Weiter erklärt er: „Es ist ein systematisches Muster. Beispielsweise der engagierte Trump-Supporter William Celli, der im Norden Kaliforniens wegen Bombenbaus in der Absicht, damit einen Moslem zu ermorden, verhaftet wurde, erhielt lediglich eine Gefängnisstrafe von 90 Tagen, 3 Jahre Bewährung und ein Facebook-Verbot wegen eines Deals in seinem Strafverfahren. Celli wurde im Dezember in seinem Haus mit Sprengstoff festgenommen, nachdem ein anonymer Hinweis telefonisch bei der Polizei eingegangen war. Seine gesamte Nachbarschaft musste evakuiert werden, während ein SWAT-Team die Bombe entschärfte. Vorher hatte Celli der Islamischen Gesellschaft von West Contra County bereits in zahlreichen Facebook-Einträgen gedroht, sie „alle umzubringen". Die ursprüngliche Anklage umfasste auch die Planung eines Hassverbrechens, doch nach einem Deal im Strafverfahren blieb nur noch ein einziger Anklagepunkt, die Verletzung der Ausübung der freien Bürgerrechte, übrig, weshalb Celli lediglich zu einem Anti-Gewalt-Training, zu drei Jahren Bewährung und dazu verurteilt wurde, keine Facebook-Seite betreiben zu dürfen. Verglichen dazu werden Muslime, die wegen angeblich geplanten Bombenanschlägen vom FBI verhaftet wurden, zu langen Gefängnisstrafen verurteilt."

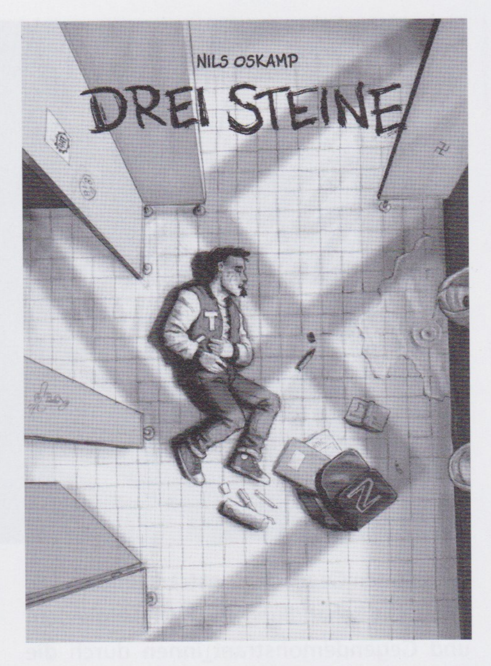
Um Geld für medizinische und juristische Unterstützung der verhafteten Aktivist_innen zu beschaffen, wurde von der Gruppe „Copwatch Santa Ana" eine Crowdfunding-Kampagne ins Leben gerufen. Bis zum 1. Mai diesen Jahres konnten so 31.422 Dollar gesammelt werden. Am 27. März fand in Los Angeles (Kalifornien) das Musikfestival Rock Against Fascism in Solidarität und zur Unterstützung der inhaftierten und verletzten Gegendemonstrant_innen von Anaheim statt, mit dabei bekannte Bands wie Resist and Exist. •

1 https://en.wikipedia.org/wiki/Ku_Klux_Klan#cite_note-Cocoltchos-124 2 www.ocweekly.com/news/anaheims-racist-as-hell-history-beyond-the-kkk-and-why-oc-weekly-covers-it-7009856 3 http://eltecolote.org/content/en/features/unmasking-san-franciscos-klansman 4 http://ara-la.tumblr.com/post/117781155855/blue-by-day-white-by-night

Nils Oskamp
**Drei Steine**
Panini-Verlag, Stuttgart 2016.
150 Seiten, 19.99 Euro

In dem durch die Amadeu Antonio Stiftung geförderten Comic „Drei Steine" thematisiert Nils Oskamp seine eigenen Erfahrungen mit neonazistischer Gewalt. Als Schüler in Dortmund-Dorstfeld in den 80er Jahren wird er von Neonazis in seiner Klasse schikaniert, bedroht und verprügelt bis schließlich sogar auf ihn geschossen wird, weil er den rechten Parolen in Klassenzimmer und Schulhof entgegen tritt. Die Neonazis seiner Schule sind in der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" organisiert und werden durch die älteren Neonazis der Partei unterstützt und mit Material versorgt, um weitere Schüler*innen zu rekrutieren. Nils Versuche sich Hilfe bei Lehrer*innen, seinen Eltern oder der Polizei zu suchen, scheitern kläglich an mangelnder Aufmerksamkeit, Unverständnis und Bagatellisierung der Gewalt. Nur Tom, ein Freund seines Bruders, sieht die ernste Lage, in der sich Nils befindet und hilft ihm sich gegen die Neonazis zu verteidigen. Als die Gewaltspirale sich immer weiter hoch zu schrauben droht, entscheidet Nils dem ein Ende zu setzen, indem er darauf verzichtet, zurück zu schlagen.

Die Handlung ist eingebettet in eine Rahmenerzählung, in der Nils als Vater seinem Sohn von seinen Erfahrungen berichtet. Die Fragen des Sohns leiten durch die Geschichte und lassen Nils immer wieder inne halten und das Erzählte reflektieren. Die kindliche Figur steht dabei für die Adressat*innen des Comics, der an Schüler*innen der 8. bis 10. Klasse gerichtet ist. Der umfangreiche Anhang mit Informationen zu neonazistischen Gruppen, Einzelpersonen und Symbolen bereichert die Geschichte und ist sowohl als Hintergrundinformation für die Lehrenden, als auch für die Schüler*innen sinnvoll. In einer Chronologie von 1980 bis 2015 werden unter anderem die Entstehung der extrem rechten Vereinigung „Borussenfront" und ihr Gründungsmitglied Siegfried Borchardt, die Gründung des „Nationalen Widerstands Dortmund" und der Mord an Mehmet Kubaşik durch den NSU in Dortmund näher beleuchtet.

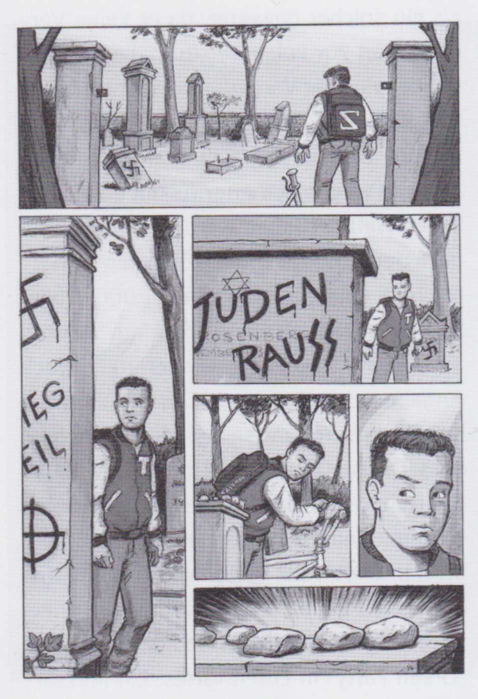






Der Titel „Drei Steine" zeigt eine weitere Bedeutungsebene auf, wenn Nils während der Geschichte und im Nachwort erzählt, dass er im Verlauf seiner Auseinandersetzung mit rechter Gewalt an drei Stellen einen Stein hinterlässt. Die Steine findet er auf dem Grabstein eines jüdischen Friedhofs, der zu großen Teilen von Neonazis zerstört und mit antisemitischen Parolen und rechten Symbolen besprüht worden ist. Den ersten Stein wirft er einem Angreifer an den Kopf, um sich so einem Angriff der Neonazis zu entziehen. Den zweiten Stein rammt Nils während eines Kampfes neben dem Kopf seines Gegners in den Boden, anstatt ihn damit zu schlagen, um so zu versuchen die Gewaltspirale zu beenden. Den dritten Stein legt Nils als Erwachsener auf einer Reise durch Israel an dem Mahnmal für die Widerstandskämpfer, Yad Vashem, nieder.

Auf der ästhetischen Ebene verbleibt der Comic auf einem niedrigen Niveau. Die Zeichnungen und Panelanordnungen sind einfach gehalten und unkreativ gestaltet, so dass der didaktische Inhalt im Vordergrund steht. Auch die Geschichte, die auch in der Erzählung selber an ein Kind gerichtet ist, ist niedrigschwellig und teilweise durch Plattitüden von dem wehrhaften, aber vernünftigen jungen Nils geprägt. In Hinblick auf die Thematisierung rechter Gewalt im Schulunterricht ist der Comic jedoch eine gute Möglichkeit Schüler*innen zu sensibilisieren.




So bietet die autobiographische Geschichte einen ersten emotionalen Zugang zum Thema und in der Auseinandersetzung mit der Geschichte von Nils und den Informationen in Anhang. Auch auf der Homepage des Comics kann eine tiefer gehende Diskussion angeschlossen werden, die über die subjektiven Erfahrungen von Nils hinaus geht. •

Friedrich Burschel (Hrsg.)
**Durchmarsch von Rechts**
**Völkischer Aufbruch: Rassismus, Rechtspopulismus, Rechter Terror**
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2016.
145 Seiten, Kostenloser download oder Bestellung unter: www.rosalux.de

■ Der vorliegende Band vereint Beiträge der letzten zwei Gesprächskreise Rechts der RLS in Potsdam und Göttingen. Die 11 Texte beziehen sich in Analyse und Beschreibung auf die Zunahme rassistischer Stimmungen in Deutschland und einem damit einhergehenden gesamtgesellschaftlichen Rechtsruck. So vielfältig wie sich dieser in der Praxis — von PEGIDA über die AfD bis hin zu diversen Bürgerwehren — zeigt und deutliche Spuren in Politik und Medien hinterlässt, nähern sich auch die jeweiligen Autor_innen diesem Phänomen.

Es zieht sich kein roter Faden durch die Publikation, was der Lektüre insofern erstmal keinen Abbruch tut, da die Beiträge als in sich abgeschlossen betrachtet werden können. Die jeweils individuelle Gewichtung der Analyse und Beschreibung — sei es zur Neonazipartei „Der Dritte Weg", den Ereignissen rund um die Kölner Silvesternacht oder auch die politische Bildungsarbeit — führt dann aber doch dazu, dass so manchem Text eine breitere Einbettung fehlt und diese eher als Diskussionsgrundlagen bzw. Einstiege hilfreich sein können.

Tieferen Einblick und spannende Ansätze zum Verständnis der neuen sozialen Bewegung von rechts bieten hingegen die Beiträge zur Rolle von Burschenschaften in diesem Kontext sowie die Aktivitäten der Identitären Bewegung. Auf völkischer Grundlage wird einem vermeintlichen Identitäts- und Kulturverlust der Kampf angesagt. Die Inszenierung des Spektakels ist hier ein wesentlicher Faktor, haben z.B. die Identitären doch gelernt, „dass man mit relativ geringem Aufwand und schwachen personellen Ressourcen maximale Aufmerksamkeit erzielen kann." Das diese und weitere „Änderungen zentraler Handlungsbedingungen" mit „nicht weniger als [einem] Strukturwandel der extremen Rechten einhergehen wird", beschreibt äußert anschaulich der umfassende Beitrag von Felix Korsch. Allein dafür lohnt sich ein Blick in das Buch. •



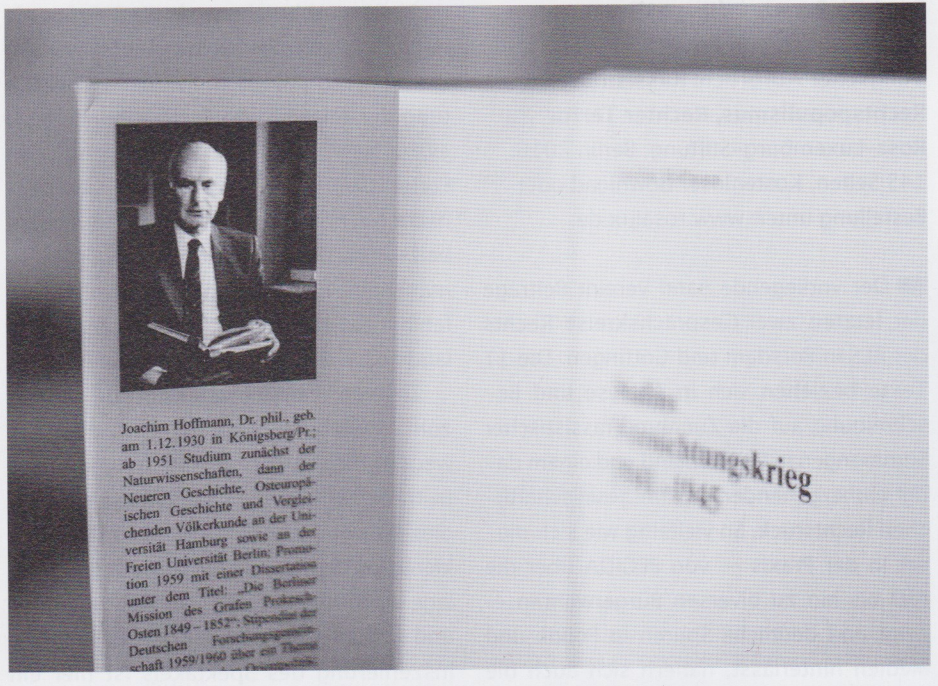

Archäologisches Freilichtmuseum Oerlinghausen (Hrsg.)
**Nazis im Wolfspelz**
Germanen und der rechte Rand
ISBN: 978-3-943643-03-9
53 Seiten

Bestellung unter:
www.afm-oerlinghausen.de/

■ „Wer Geschichte deutet, liefert auch eine glaubhafte Erzählung, wie es zu unserer heutigen Gesellschaft gekommen ist. Dass Rechte mit bemerkenswerter Zähigkeit um historische Deutungen kämpfen, zeigt, wie sehr sie in ihrem politischen Selbstbild von ihnen abhängig sind." Ausgehend von dieser These widmet sich das Archäologische Freilichtmuseum Oerlinghausen in der vorliegenden Broschüre der sinn- und identitätsstiftenden Bezugnahme von (Neo-)Nazis auf Germanendarstellungen. Den Herausgeber_innen ist es gelungen, einen fachlich fundierten und gleichzeitig sehr anschaulichen sowie pointierten Einblick zu liefern. Geht es bei der Darstellung immer auch um Bildsprache ist hier eine umfangreiche Bebilderung, die u.a. in Form einer aufklärenden Symbolkunde auftaucht sowie auf die eingängig geschriebenen Textstellen Bezug nimmt, sehr lobend hervorzuheben. Am Beispiel des Wikingertages im polnischen Wolin wird exemplarisch aufgezeigt, wie weit völkisches und neonazistisches Gedankengut sowie dessen Darstellung sogenannte Living-History-Veranstaltungen und Reenactment-Gruppen dominieren kann. Einblicke in das Pagan-Metal-Genre sowie ein umfangreicherer Text zur Germanendarstellung im Nationalsozialismus runden die sehr lesenswerte Broschüre ab. Nicht nur Geschichtsinteressierten sei die Lektüre empfohlen. •



# Vor 20 Jahren …




… trug die Sommerausgabe des Antifaschistischen Infoblattes den Titel „Widerstand gegen den deutschen Militarismus“. Im Editorial schilderten wir „Seit der Wiedervereinigung präsentiert sich uns eine andere BRD. Nach Abschüttelung der von den Alliierten aufgesetzten Beschränkungen und der weitgehenden Selbstbefreiung von der Schuld am Nationalsozialismus zum 8. Mai 1995 ist Deutschland bereit, sein Macht- und Wirkungsfeld wieder auszudehnen und zur wirtschaftlichen und politischen Weltmacht zu werden. Einher damit geht eine immer stärker werdende Militarisierung.“ Der Schwerpunktartikel „Geschichtsfälscher“ berichtet über die revisionistische Agenda des Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) der Bundeswehr. Dort entstand eine Veröffentlichung, die den Vernichtungskrieg der Nazis gegen die Sowjetunion zu einem Präventivkrieg umdeutet, starke antisemitische Züge trägt und vermutlich nur knapp an der „Auschwitzleugnung“ vorbeilaviert. Ihr Autor Joachim Hoffmann war von 1960 bis 1995 am MGFA tätig, zuletzt als Wissenschaftlicher Direktor. Hoffmann war nach Ernst Nolte der zweite Aktivist des Historikerstreites aus den 1980er Jahren, der damit seine Nähe zur extremen Rechten dokumentierte. Das erstmalig 1995 veröffentlichte Buch „Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945“, war — wenn gleich der Autor mittlerweile pensioniert war — noch im MGFA zustande gekommen. Der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion, so Hoffmanns Hauptaussage, sei ein Präventivkrieg gewesen, denn eigentlich habe Stalin mit Hilfe eines „antideutschen Volks- und Rassenhasses“ die Vernichtung des deutschen Volkes geplant. Hitler sei ihm nur knapp zuvorgekommen. Bei der Zahl von sechs Millionen ermordeter Juden handle es sich „um eine Zahl der Sowjetpropaganda“. Ebenso wie für das „Auschwitzproblem“ mag er auch für die „Gasangelegenheit“ keine rechten Beweise finden und verweist dafür auf eine „mit Kenntnis und Scharfsinn“ geführte Debatte in der inoffiziellen Literatur und den „abgelegenen Publikationen“, die jedoch „durch amtlich dekretierte Denk- und Formulierungsverbote“ beeinträchtigt seien. Dieser codierte Rückgriff auf die „Auschwitzlüge“ machte es wohl erforderlich, das Buch vorab auf mögliche Straftatbestände überprüfen zu lassen, wofür der Autor im Vorwort einem „Vorsitzenden Richter“ Johann Birk aus Freiburg dankte. Er wird Hoffmann wohl auch empfohlen haben, Behauptungen wie, die bolschewistische Herrschaft in den 1920er Jahren habe „tatsächlich gewisse ‚jüdische' Züge“ getragen, als Zitate zu kennzeichnen. Doch Hoffmann war kein Einzelfall. Zwar mochte weder das MGFA noch die Bundesregierung seine Ansichten so recht teilen, zu einer öffentlichen Klarstellung war man aber nicht bereit und sichtbare Konzequenzen wurden nie gezogen. In Neonazikreisen war das Buch begehrt, denn es war nicht am schmuddeligen Küchentisch eines Holocaustleugners verfaßt, sondern hatte eine quasi amtliche Reputation. Nicht nur Hoffmann erweckt den Eindruck, es handle sich um ein Gemeinschaftswerk des MGFA. Manfred Kehrig schrieb ein wohlwollendes Vorwort und unterzeichnete dieses mit seiner dienstlichen Funktion als leitender Archivdirektor des Bundesarchiv-Militärarchiv. In der Vorbemerkung dankt Hoffmann seinem Amtschef im MGFA, dem Brigadegeneral Günter Roth, für verständnisvoll „gewährte Freiheiten“ und der Amtskollegin Karin Hepp für die Mithilfe. Schon 1988 bemerkte der Historiker Hans-Ulrich Wehler im MGFA, eine „Gruppe von Historikern um (...) Joachim Hoffmann“, die die „Präventivkriegsthese vertritt“. Der Streit habe, so Wehler, zu derartigen Spannungen im Amt geführt, daß der damalige Verteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) einen Beirat als Kontrollinstanz eingesetzt habe. Allerdings soll dieser Manfred Wörner laut späteren Veröffentlichungen in seiner Funktion als NATO-Generalsekretär 1993 selbst bei der ultra-rechten „Düsseldorfer Herrenrunde“ als Referent aufgetreten sein.

So verwunderte es nicht, dass dem vierköpfigen Beirat der ehemalige Oberst im Generalstab der Wehrmacht und General a.D. Johann Adolf Graf von Kielmansegg und die drei Publizisten im Historikerstreits Klaus Hildebrand, Michael Martin Stürmer und Thomas Nipperdey angehörten. Der (rechts)-konservative Flügel der deutschen Historiker marschierte also nicht mehr nur durch die Feuilletons, sondern nunmehr durch regierungsamtliche Institutionen, um dort politischen Einfluss geltend zu machen. Nicht Hoffmann, sondern die liberalen Geschichtswissenschaftler haben das MGFA daraufhin verlassen. •

**KONTAKT**
**Antifaschistisches Infoblatt**
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

www.antifainfoblatt.de/pgp
PGP-Fingerprint:
0DEA A79A 9738 7F2B 5245 62BF 8DC1 51B9 9FAE 15B1



**IMPRESSUM**
Antifaschistisches Infoblatt
29. Jahrgang
Nummer 111 | 2.2016

**Preis:** 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

**ISSN:** 1862-7838

**Redaktion**
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

**V.i.S.d.P.** Ulrike Müller
(Adresse s.o.)

**Konto AIB**
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE48100205000003251800
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin




# Abonniert
## das Antifaschistische Infoblatt

**ABOKONDITIONEN**

**Preise***

| | |
|---|---|
| • 5 Ausgaben im Abonnement | 17,50 Euro |
| • 10 Ausgaben im Abonnement | 35,00 Euro |

**Weiterverkauf**

| | |
|---|---|
| • ab 3 Exemplaren je | 3,50 Euro |
| • ab 5 Exemplaren | 20% Rabatt |
| • ab 50 Exemplaren | 25% Rabatt |

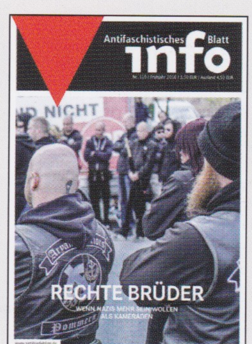
* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich **widerrufen** werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse, Zahlung per Überweisung oder per Einzugsermächtigung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.




**AIB 110**

**TITEL**
Rechte Brüder

**NS-SZENE**
Spurensuche im rechten Söldnermilieu

**RASSISMUS**
Eine Brücke zum Faschismus

**INTERNATIONAL**
Im nationalistischen Taumel fällt Polen nach rechts




**AIB 109**

**TITEL**
Welcome? Zum Umgang mit Geflüchteten in Deutschland

**NS-SZENE**
Tod eines Spitzels

**ANTIFA**
Antifaschistische Aktion: Für die konsequente Intervention

**INTERNATIONAL**
Militanter Neonazismus in Griechenland

Absender_in

____________________

____________________

____________________

____________________

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe ☐
für 5 ◯ 10 ◯ Ausgaben (bitte ankreuzen)

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle ☐ Exemplare.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

☐

Datum, Unterschrift

Empfänger_innen

**Antifaschistisches Infoblatt (AIB)**

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin









WEISSE ROSE
im Kampf gegen Faschismus, Diktatur und Krieg

NO BORDERS·NO NATIONS
JUST PEOPLE